Nr. 43. Einzelpreis 15 Pfennig

Halle (Saale), Freitag, den 20. Februar 1931

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Volk und Zeit". Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisationen u. amtl. Organe verschied. Behörden. Schriftleitung: Gr. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605 24607 26605. Persönliche Auskunfterteilung mittags von 1 bis 2 Uhr. — Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen

Bezugspreis monatlich 2,00 Mk. u. 0,30 Mk. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,30 Mk., für Abholer wöchentlich 0,50 Mk., Postbezugspreis 2,30 Mk., durch Postboten zugestellt 2,70 Mk., bei direkter Einsendung an den Verlag 2,00 Mk. — Anzeigenpreis 13 Pfg. im Anzeigen- und 80 Pfg. im Reklameteil der Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Gr. Märkerstraße 6. Fernruf 24605. 24607 26605. Postscheckkonto 2312 Erfurt

Severing gegen den Naxispuk

Preußen steht gerüstet

Die Schwäche der Bürgerkriegsformationen
Eineinviertel Millionen Staatsunkosten durch die Stahlhelm-Aktion

Am Donnerstag fand im preußischen Ministerium des Innern eine Konferenz der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten Preußens statt, an der auch Vertreter der anderen preußischen Ministerien teilnahmen. Der preußische Minister des Innern, Severing, eröffnete die Konferenz mit einer Betrachtung über die politische Lage.

Der Minister führte u. a. aus, daß ihm die Konferenz geboten erscheine, weil nach seiner Ansicht die politische Lage in Preußen und Deutschland keinen Anlaß zu Besorgnissen gebe. Diese Erkenntnis zu verbreiten auch außerhalb des Behördenapparates, sei eine Aufgabe, die heute vor allem auch den politisch verantwortlichen Behördenleitern in der Provinz obliege. Selbstverständlich ständen im Augenblick die politischen Vorgänge im Vordergrund des Interesses.

Die Rechte des Volksbegehrens und des Volksentscheides — so führte der Minister aus — achte er durchaus hoch, aber es sei ein Mißbrauch dieser Rechte, wenn ein Wehrverband wie der Stahlhelm, der satzungsgemäß keinerlei Beziehung zur Politik habe, im letzten Jahr der Legislaturperiode des Landtages durch eine große Aktion von Volksbegehren und Volksentscheid eine frühere Wahl herbeiführen wolle, ungeachtet der Tatsache, daß sie selbst im Falle des Erfolges nur unwesentlich beschleunigt werden könne. Dies scheine ihm Klamauk, d. h. Lärm um des Lärmens willen zu sein. Schon deshalb sei, ganz abgesehen von den bindenden Vorschriften, der von dem Stahlhelm geforderte Nachweis der 20 000 Unterschriften nötig gewesen, weil ja sonst jedem Sport- oder anderen Verbande geradezu die Tür zur Einleitung eines unnötigen Volksbegehrens aus verbandsagitatorischen Gründen geöffnet würde. Die Unterschriften, die der Stahlhelm eingebracht habe, würden nun nachgeprüft; entsprächen sie den gesetzlichen Anforderungen, so würde er die Zulassung des Volksbegehrens beim Staatsministerium beantragen. Aber darüber könne kein Zweifel sein, daß die gesetzlichen Fristen, die das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid vorsähe, innezuhalten seien; es liege kein Anlaß vor, sie abzukürzen.

Das Volksbegehren und der evtl. Volksentscheid des Stahlhelms verursachten Staat und Gemeinden selbst bei geringer Schätzung allein Kosten von 1¼ Millionen Mark in einer Zeit, da Sparsamkeit allen öffentlichen Stellen zur äußersten Pflicht gemacht und Erwerbslosen ihre Unterstützungssätze gekürzt würden.

Die angedrohte Versammlungswelle der Nationalsozialisten — so fuhr der Minister fort — kann uns nur ein Lächeln abnötigen. Die preußischen Behörden, das preußische Ministerium des Innern sehen die gesamte Situation weder als prekär, noch als irgendwie besorglich an. Die preußische Verwaltung in allen ihren Sparten muß gerade in den nächsten Monaten der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht sein. Wir werden uns durch nichts von unseren durch Verfassung und Gesetz vorgezeichneten Pflichten abdringen lassen. Der Nervosität gewisser Volkskreise müssen wir ruhige und kühle Energie entgegensetzen. Drohungen, wie sie in nationalsozialistischen Zeitungen, in nationalsozialistischen Versammlungen von Rednern ausgesprochen werden, können uns nicht schrecken oder gar nervös machen. Aber wir wollen keine Unklarheit darüber bestehen lassen, daß wir gegen jede Verletzung bestehender Gesetze mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen werden. Das müssen wir schon deshalb tun, um gegenüber den hohlen Phrasen der Nationalsozialisten, die mit Redensarten vom „kommenden Bürgerkrieg", von „Vollstreckung der Volksrache" usw. Eindruck zu machen und Aengstliche zu schrecken suchen, den Beweis zu liefern, daß die Staatsmacht dieser heterischen Opposition unendlich überlegen ist. Das Gepralle von der festen militärischen Organisation der nationalsozialistischen Sturmabteilungen (SA.) und Schutzstaffeln (SS.) ist lächerlich. Es hat sich gezeigt, daß in

Berlin noch nicht einmal 1500 Menschen in der SA. organisiert

sind. Wir müssen die Hypnose von dem unaufhaltsamen Vordringen, von der bevorstehenden Machtausübung der Nationalsozialisten brechen. Gegenüber den Maulhelden muß sich immer zeigen, daß sie der festen staatlichen Macht nichts anhaben können. Deshalb sollen die Behörden und Organe des Staates draußen in vollem Umfange von den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch machen überall dort, wo Drohungen gegen Beamte, Beschimpfungen und Herabsetzungen des republikanischen Staates sich ereignen.

Die stehende Agitationsphrase der Nationalsozialisten ist: Wir greifen an! Ich habe den Eindruck, daß heute bei ihnen von Angriff nicht mehr, höchstens von Abwehr die Rede sein kann. Es gilt jetzt, sie weiter zurückzudrängen. Die Nervosität bei den Nationalsozialisten ist deutlich erkennbar, sie geht auch hervor aus dem jetzt veröffentlichten längeren Aufruf Hitlers an die Nationalsozialistische Partei. Darin stellt Hitler es so dar, als ob er die Bewaffnung der Nationalsozialisten strikt ablehnt. Aber jeder Sonntagsexzeß nicht nur in Berlin, sondern auch draußen im Lande zeugt davon, daß

bei den Nationalsozialisten Schußwaffen vorhanden

sind. In diesem Aufruf spricht Hitler weiter von „Spitzelzentralen, die scheinbar unter Förderung amtlicher oder halbamtlicher Stellen arbeiten". Diese Worte Hitlers sind eine Verleumdung der Polizei. Wir haben zwar ein Interesse, ja sogar die Pflicht, zu erfahren, was in den Reihen der nationalsozialistischen Organisation vorgeht, aber die Unterstellung, daß wir Bestechungsgelder auswerfen, um Spitzel zu dingen, die provozieren sollen, das ist eine unverschämte Unterstellung, die ich aufs schärfste zurückweise.

Wir wollen und werden uns durch nichts abhalten lassen, das zu tun, was nötig ist.

Die Nationalsozialisten sollen wissen, daß die Polizei sie beobachtet, ihnen auf den Fersen sitzt, dann wird auch der politische Grippebazillus des Nationalsozialismus bald aus dem deutschen Volke schwinden. Es kommt jetzt darauf an, der Oeffentlichkeit zu beweisen, daß von einer Putschgefahr in Deutschland keine Rede sein kann. Das Ausland muß das Vertrauen zu Deutschlands unerschütterlicher staatlicher Ordnung, zu Deutschlands Arbeitswilligkeit und Kreditfähigkeit bekommen; das kann nicht durch Phrasen erreicht, das kann nur erarbeitet werden."

Böse Worte für Hitler und Hugenberg

Selbstmord der nationalen Opposition

So charakterisiert Kapitän Ehrhardt, der Gründer der Organisation Consul, den Auszug der Nazis und Hugenbergianer aus dem Reichstag. Diesen Bescheid erteilt er seinen Freunden in der rechtsstehenden Berliner „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in einem langen Artikel, der zeigt, daß man auch im rechtsradikalen Lager über Sinn und Zweck der Flucht aus dem Reichstag alles andere als einer Meinung ist.

Ehrhardt wirft den Nazis und Hugenbergianern zunächst vor, daß sie

ebenso dumm operierten wie die Träger des Kaiserreiches,

daß sie den Gegner unterschätzten, die eigenen Erfolge überbewerteten und eine seltsame Scheu vor der unerbittlichen Wirklichkeit besäßen. So sei es zu erklären, daß sich die nationale Opposition auf lange Zeit selbst von der Mitbestimmung der deutschen Geschicke ausgeschaltet habe und in beispiellos kurzsichtiger Weise Selbstmord verübe. Der Reichstag sei keineswegs „zerschlagen", wie es ein offizieller Aufruf der Opposition behaupte. Es sei eine leere Drohung, wenn der Nationalsozialist Frank II den Bürgerkrieg an die Wand male. Die Wehrmacht des Reiches und die Polizeimacht des größten Staates Preußen seien fest in der Hand der gesetzlichen Gewalten. Mit der Erzeugung von Putsch-Phrasen lasse sich allenfalls ein Propaganda-Erfolg erzielen, im Jahre 1931 aber keine ernsthafte Politik mehr machen.

So sagt Ehrhardt seinen Freunden eine bittere Wahrheit nach der anderen und fährt dann wörtlich fort:

„Der Haß gegen den Staat an sich, der von der nationalen Opposition seit einigen Jahren mit allen Mitteln der Massenverhetzung getrieben wird, hat zwar den bestehenden Staat nicht zu erschüttern vermocht, wohl aber in breitesten Schichten des Volkes, besonders unter der Jugend, berufsmäßige und beinahe schon krankhafte Verneiner großgezüchtet. Die Bindungen zum Staat überhaupt, zur Staats- und Herrschaftsidee, sind zerrissen worden. Damit hat die nationale Opposition einer Anarchie des Staatsbewußtseins Vorschub geleistet, die sich noch einmal bitter rächen wird."

Die Rache, von der Ehrhardt spricht, ist bereits in vollem Gange. Sie wird gekennzeichnet durch den Abstieg der „nationalen Opposition", der sowohl bei den Nazis wie bei den Hugenbergianern in großen Verlusten an Mitgliedern und Zeitungslesern seinen Ausdruck findet. So stieg z. B. die Verkaufsauflage des „Völkischen Beobachter" in Berlin in den ersten Tagen nach dem 14. September von 13 000 auf 70 000. Und heute? Heute zählt das Hitler-Organ in Berlin nicht einmal mehr so viel Leser wie vor dem 14. September.

Von Deerberg zu Moritz

Deutschnationaler Verfall.

Der deutschnationale Abgeordnete des Preußischen Landtags Dr. Deerberg hat am Donnerstag sein Mandat niedergelegt.

Die Mandatsniederlegung des Senatspräsidenten Dr. Deerberg hat eindeutigen Sinn: für einen anständigen, objektiven Menschen ist in der verhugenbergten Deutschnationalen Partei kein Raum mehr. Der Mann hat sorgengutzt, weil er sich geweigert hat, gegen bessere Einsicht die verlogene Hetze der Hugenbergschen Rumpelstilzchen-Garde zu unterstützen. Der Mann hat sorgengutzt, weil er sein richterliches Gewissen höher geachtet hat, als die Schlüche politischer Taktik. Und das gibt der Sache ihren eigenen, pikanten Geschmack: während die deutschnationale Berlewundereke über Fesselung der Justiz zetert, zwingt sie einen ihrer besten Männer zum Ausscheiden, aus keinem anderen Grunde, als weil er — auf seiner richterlichen Ueberzeugung bestanden hat!

Deerbergs Mandatsverzicht war durchaus nicht freiwillig. Nachdem Deerberg seine beachtenswert mutige Rede im Hauptausschuß des Preußischen Landtags gehalten, nachdem er bekanntgegeben hatte, daß er den Verfasser der Lügenschrift „Gefesselte Justiz" bereits vor Erscheinen auf die völlige Haltlosigkeit seiner Behauptungen hinge-

Senatspräsident Dr. Deerberg.

wiesen hatte, da konnte man wahrnehmen, wie unter Leitung des betriebsamen Herrn Steuer die Deutschnationalen von Deerberg abrückten. In der Mittagspause saß Deerberg, ein isolierter Mann, am einsamen Tische, während Herr Steuer, sein verschlagenes Lächeln auf den Lippen, von einem zum andern wieselte, um Stimmung gegen Deerberg zu machen. Man beriet einen Ausschlußantrag. Dem ist Deerberg, angewidert von der „Gerechtigkeitsliebe" seiner Parteikollegen, durch Mandatsverzicht zuvorgekommen.

Deerberg hat sich gegen das Moritz-Zarnowsche Lügenbuch gestemmt, weil er auf Grund genauesten Studiums des Aktenmaterials, weil er auf Grund eigener intensiver Mitarbeiterschaft in den Untersuchungsausschüssen wußte, daß der Inhalt des Buches zusammengelogen und zusammengefälscht ist. Er hat dies seinen Parteigenossen mitgeteilt. Sie haben sachlich nichts einwenden können, aber sie haben ihn dennoch zwingen wollen, seine innere Ueberzeugung zu vergewaltigen, damit ihre schöne Hetzkampagne nicht in die Brüche gehe!

Die Deutschnationale Partei hat zwischen dem Senatspräsidenten Deerberg und dem Lügenschriftsteller Moritz zu wählen gehabt. Sie hat sich prompt für Moritz gegen Deerberg entschieden. In der Tat: je weniger für einen Deerberg Platz in der heutigen Deutschnationalen Partei ist, desto mehr Verwendung hat diese Hugenberg-Filiale für Leute von den Talenten und Charaktereigenschaften des Moritz aus Zarnow.

Die Gestalt dieses Mannes ist ebenso eindeutig, wie die des Präsidenten Deerberg — nur in umgekehrtem Sinne. Als entlassener Proviantamtsinspektor nach dem Kriege hat Moritz zunächst einen Racheseldzug gegen seine ehemaligen Vorgesetzten unternommen. Er hat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219310220-15/fragment/page=0001

die Intendanturbeamten beschuldigt, in gemeiner Weise die Feldsoldaten um ihre Verpflegung gebracht zu haben. Er hat in Artikeln der sozialdemokratischen Presse bewiesen, daß die Schlemmerei der Offiziere in den hohen Stäben zum Zusammenbruch des 9. November geführt habe. Als sozialdemokratischer Bezirkstagsdelegierter hat er im Jahre 1921 in Magdeburg die Säuberung der Ministerien von reaktionären Beamten verlangt. Aber dieser Mann, der mit einem sozialdemokratischen Mitgliedsbuch in der Tasche in der Partei emporzukommen strebte, gesteht zynisch in einer von ihm selbst verfaßten Lebensbeschreibung, daß er von 1919 bis 1924 volksparteilich, dann deutschnational und von 1928 an nationalsozialistisch gewählt hat! Nach eigener Angabe hat er aber in der gleichen Zeit auch Artikel für die „Rote Fahne" geschrieben.

Das ist der Typ, wie man ihn jetzt in der Deutschnationalen Partei braucht. Man muß doch die Konkurrenz mit den Goebbels, Kube, Münchmeyer, Holz, Sauckel, Hinkler usw. usw. bestehen können! Nachdem unter Hugenbergs genialer Leitung die Deutschnationale Partei völlig in das strudelnde Fahrwasser nationalsozialistischer Hetz- und Verleumdungsmethoden eingelaufen ist, bilden sachliche und objektive Männer wie Deerberg nur unnützen Ballast, der über Bord geworfen werden muß. Statt ihrer braucht man aalglatte, gewandte Burschen, die vor keinem noch so bedenklichen Manöver zurückschrecken.

Der Weg von Düringer und Deerberg zu Moritz und Rumpelstilzchen kennzeichnet den geistigen und moralischen Verfall der Deutschnationalen Partei.

Der Nazigraf als Schimpfheld

Vor Gericht sehr kleinlaut.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Graf Reventlow am Donnerstag wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik zu 600 Mark Geldstrafe oder einem Monat Gefängnis.

Reventlow hat in einer von ihm herausgegebenen Zeitschrift ein Schimpfgedicht auf die Republik veröffentlicht. Der Verfasser dieses Gedichtes, ein Pfarrer Krieger, war wegen des Elaborats in erster Instanz zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Dieses Urteil wurde in zweiter Instanz aufgehoben und durch eine Geldstrafe von 600 Mk. ersetzt. Schließlich bestätigte das Reichsgericht dem Verleumder als dritte Instanz, daß seine

Verurteilung wegen Beschimpfung der Staatsform zu Recht erfolgt

sei. Wie dieser verleumderische Pfarrer, so benahm sich auch Herr Reventlow sehr kleinlaut vor Gericht. Das Gericht bescheinigte ihm deshalb in der Urteilsbegründung, daß er sich kläglich habe herausreden wollen, obwohl sich ein erwachsener Mensch über die Wirkung der in dem Gedicht vorhandenen beleidigenden Ausdrücke hätte im klaren sein müssen.

Politischer Mord in Jugoslawien. Der kroatische Gelehrte Dr. Milian Sufflay wurde in Agram auf offener Straße aus politischen Gründen ermordet. Ein bisher noch unbekannter Mann versetzte dem seit einiger Zeit pensionierten Universitätsprofessor mit einer Eisenstange einen Schlag über den Kopf. Der Gelehrte brach zusammen und starb auf der Stelle. Seine Schädeldecke war vollständig zertrümmert.

Reaktionäre Filmpolitik

Sozialdemokratische Kritik und schwächliche Entschuldigung des Reichsinnenministers

Im Haushaltsausschuß des Reichstags steht zur Zeit der Etat des Reichsinnenministeriums zur Beratung. Im Verlauf der Donnerstag-Debatte führte Abg. Sollmann (Soz.) u. a. aus:

„Die Kürzung der Fonds ist insofern ungleichmäßig und ungerecht erfolgt, als bei der Technischen Nothilfe nur 80 000 Mk. gestrichen worden sind, während der Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus um 200 000 Mk. gekürzt wurde, der Fonds für Erziehungsbeihilfen um 270 000 Mk., der Fonds zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke um 160 000 Mk., zur Förderung der Theaterkultur um 150 000 Mk., zur Förderung der Wissenschaften um 450 000 Mk. Wir werden die Streichung von einigen 100 000 Mk. bei der Technischen Nothilfe beantragen und die Ersparnisse für den Fonds zur Behebung der Notstände in der deutschen Kunst und für Zwecke der studentischen Wirtschaftshilfe aufwenden. Diese wirtschaftliche Hilfe soll insbesondere hochbegabten Arbeiterkindern zugute kommen.

Die

Verhetzung der studentischen Jugend

ist nicht nur eine Folge ihrer Notlage und Verzweiflung, sondern auch des Versagens vieler Lehrer an den höheren Schulen und auf den Universitäten. Die bürgerlichen Mittelparteien haben die Folge dieser Verhetzung nicht rechtzeitig vorausgesehen. Schließlich sollen die Studenten erst zu Führern erzogen werden und sollen etwas lernen, sind aber nicht deswegen schon zu Führern berufen, weil sie „akademische Bürger" sind.

Die

Filmpolitik des Reichsministeriums des Innern

und seiner Organe ist unglücklich. Der sozialdemokratische Propagandafilm „Das Dritte Reich" durfte nicht verboten werden. Wenn die stärkste Verfassungspartei gegen eine Partei operiert, die mit allen Mitteln die Vernichtung dieses Staatswesens erstrebt, darf man ihr nicht durch ein Filmverbot in den Arm fallen. Das Verbot des Remarque-Films ist vor allem deswegen zu bedauern, weil dieser Film geeignet wäre, der verlogenen Kriegsromantik zu steuern, die man der Jugend einimpft.

Es wäre gut, wenn der Reichsminister des Innern auch dem

Gerede vom Bürgerkrieg

entgegentreten würde, das nicht ernst ist, aber politisch und wirtschaftlich viel schadet. Nicht minder gefährlich sind die ständigen Forderungen auf Verfassungsänderungen, die auf verfassungsmäßigem Wege nicht möglich sind. Der Führer der Volkspartei, Dr. Dingeldey, verlangt eben erst wieder die Schaffung einer Ersten Kammer, die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung und die Heraufsetzung des Wahlalters. Haben Sie das nicht alles schon einmal gehabt und einen halb absoluten König dazu? Es hat Ihnen nichts geholfen, als im Oktober und November 1918 die politischen Wogen über diese Einrichtung hinweggingen. Wir sollten uns endlich von der Ueberschätzung von Verfassungsparagraphen freimachen und mehr auf die realen Machtverhältnisse blicken. Man sollte überhaupt dem Reichsbanner für seine staatspolitische Arbeit dankbar sein. So mancher Reichsbannermann zieht Sonntag um Sonntag, oft nur mit einem Stück trockenen Brotes in der Tasche, hinaus aufs Land.

Reichsinnenminister Dr. Wirth erklärte: Die Filmzensur übe er nicht aus. Er sei angewiesen auf das Urteil der Kammer in erster und zweiter Instanz. Der sozialdemokratische Film „Das Dritte Reich", dessen Nichtzulassung bemängelt werde, sei künstlerisch nicht sehr bedeutend, er sei ein Trickfilm. Aber das sei gar nicht die entscheidende Frage für die Beurteilung seiner Zulassung gewesen. Es handele sich vielmehr darum, ob man

polemisch-politische Kampffilme zulassen könne.

Bevor der Reichsinnenminister eine Empfehlung ausspreche, müsse er sich vergewissern, daß er auch in der Lage sei, die Durchführung des Filmes im Reiche störungsfrei zu garantieren. Ob eine solche Möglichkeit bei der heute so gespannten politischen Atmosphäre bestehe, ob nicht vielmehr die Aufführung des polemisch-politischen Filmes eine Bewegung auslöse, die hernach zu dämpfen außerordentlich schwer sei, bleibe die große Frage. Was den Remarque-Film betreffe, so müsse einmal die Frage geprüft werden, eine Aenderung des Filmgesetzes dahin zu schaffen, daß ein Film, der im Auslande produziert sei, im Inland auch so gezeigt werden müsse, wie er produziert sei. Wenn aus warmem, mildem, mütterlichem Herzen heraus der Remarque-Film gepriesen werde, weil er die Roheit und das Entsetzen des Krieges zeige, so sei dies durchaus zu verstehen und hochzuhalten. Aber für ihn wäre auch zu prüfen gewesen, ob die politische Atmosphäre geeignet sei, diesen Film laufen zu lassen. Er habe diese Frage verneinen müssen.

Änderung des Reichstagswahlrechts?

Der Reichsrat hat am Donnerstag mit 56 gegen 10 Stimmen eine Novelle zum Reichswahlgesetz angenommn, die von der Reichsregierung vorgelegt worden war. Die Novelle vermehrt die Zahl der Wahlkreise, verkleinert die Zahl der Abgeordneten und soll der Parteizersplitterung entgegenwirken. Ob sich im Reichstag eine Mehrheit für sie finden wird, ist zunächst noch zweifelhaft.

Wahlerfolg der Arbeiterpartei. Die in dem Londoner Wahlkreis Islington vorgenommene Ersatzwahl für die verstorbene Abgeordnete der Labour-Party Ethel Bentham führte zu einem erfreulichen Erfolg der Arbeiterpartei. Ihre Kandidatin, Frau Manning, wurde mit 2277 Stimmen Mehrheit gewählt.

Versöhnung und Strenge

Das Programm der spanischen Rechtsregierung.

Das neue Kabinett, das am Donnerstag zum erstenmal zusammentrat, dürfte in den nächsten Tagen die Einsetzung einer außerparlamentarischen Kommission zum Studium der Verfassungsänderung bekanntgeben. Man ist bestrebt, in die Kommission u. a. auch eine Reihe linksstehender Gegner des Kabinetts aufzunehmen. Daß diese Bestrebungen Erfolg haben werden, ist wenig wahrscheinlich.

Die neue Regierung hat in der Nacht zum Freitag eine Proklamation beschlossen, worin sie sich zunächst als eine Regierung der Sachlichkeit und der Versöhnung hinzustellen sucht. Zwar seien alle Minister überzeugte Monarchisten, doch wären sie gewillt, die Ueberzeugungen der Opposition zu respektieren, solange diese sich im Rahmen der Gesetzlichkeit halten. Die Nationalversammlung werde volle Freiheit zur Reform der Verfassung haben, doch unter der Bedingung, daß auch sie „die Grenzen der Gesetzlichkeit nicht überschreite". Unbeugsam dagegen werde sich die Regierung zeigen, wenn von irgend welcher Seite versucht werden sollte, die öffentliche Ordnung zu stören. Von einer Amnestie ist in der Erklärung nicht die Rede.

Herabsetzung der Kriegsschulden Frankreichs.

In der Donnerstagsitzung des englischen Unterhauses erklärte Finanzminister Snowden, daß die Kriegsschulden Frankreichs an England am 12. Juli 1926 netto 606 Millionen Pfund (12 Milliarden Goldmark) betragen hätten. Diese Summe sei in dem an diesem Tage abgeschlossenen Vertrag auf 227 Millionen Pfund Sterling mit fünfprozentiger Zinsentilgung herabgesetzt worden.

Hitlers „rauhe Kämpfer".

Hitler hat soeben auf das strengste verboten, dem Privatleben und dem Vorstrafenregister von SA.-Leuten und SA.-Führern nachzuspüren. Denn der Mensch versuche die Götter nicht und begehre nie und nimmer zu schauen, was sie gnädig bedecken mit Nacht und Grauen! Am selben Tag findet man in der Tagespresse wieder zwei Schreckenskinder aus dem Hitlerlager porträtiert.

Nummer 1: SA.-Mann Otto Oberle, Hauptheld der Hitlerschen SA. in Karlsruhe. Wegen Sittlichkeitsverbrechens zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung entrollte ein außerordentlich trübes Sittenbild.

Nummer 2: Redakteur Tg. Wagner vom „NS.-Courier" in Stuttgart. Vorbestraft wegen Fahnenflucht und Unterschlagung. Der Mann bot, obgleich er im Dienste der Hakenkreuz-Presse steht, dem Stuttgarter Zentrumsblatt und dem „Tagblatt" seine journalistischen Dienste an.

Zwei wackere rauhe Kämpfer, der eine ein Mädchenhändler, der andere ein wegen gemeiner Vergehen vorbestrafter Schmock, der kann schreiben rechts und links. Da lohnt es sich, die Nachforschungen zu verbieten. Glückwunsch, Herr Hitler, zu so feinen Gesinnungsgenossen!

Friedrich Maximilian Klinger

Zum 100. Todestage des Dichters am 25. Februar.

Von **Dr. Alfred Kleinberg.**

Der Name des Dichters Klinger lebt heute nur noch in der Literaturgeschichte, und seine Werke ruhen ungelesen in den Büchereien. Aber ein Wort von ihm hat den vollen Klang bewahrt, jenes Etikett, das nicht einmal er selbst seinem wirrsten, lärmendsten Drama aufgeklebt hat: das Schlagwort „Sturm und Drang". Sobald es, Anschauung weckend und Pulse beflügelnd, ertönt, blasen wieder die Jünglinge Herder und Goethe, Klinger, Lenz, Maler Müller und Schiller die Fanfare zum Angriff gegen alle Bollwerke des Absolutismus, der Kirche und der versteinten Gesellschaftsmoral, und wir werden uns bewußt, daß damals, zwischen 1770 und 1775, eine neue Triebkraft entscheidend in die deutsche Geisteswelt einbrach: das junge intellektuelle Bürgertum. Ihm war, anders als den Menschen der Erbstände und Erbberufe, der Geist Lebenselement und Waffe. Durch Willen und Spannkraft, durch Leidenschaft und Phantasie hofften die jungen Leute, die ja nichts ihr Eigen nannten als ihr „Genie", die verschlossene Welt zu erobern, und dieser Traum einte sie zu Brüdern — zu Brüdern so lange, bis sie erkannten, daß im starr-feudalen Deutschland der Geist noch sehr wenig bedeute, und sie sich entweder einordneten oder zugrunde gingen.

Die extremen Fälle dieses Entweder-Oder, der Aufstieg Goethes zum Geheimrat und Minister und Lenzens früher Untergang in Selbstzerstörung und Wahnsinn, sind schon zum Ueberdruß oft erörtert worden. Doch von der eigentümlichen Zwischenstellung Klingers spricht man fast nie, trotzdem sie an ergreifender Tragik nicht so bald ihresgleichen hat. Als Sohn eines Schutzmanns und einer Waschfrau drei Jahre nach Goethe in demselben Frankfurt a. M. geboren (1752), durch Holzhacken, Leichensingen, Stundengeben und dergleichen ein armseliges Dasein fristend, dazu ungewöhnlich stark an Seele und Leib, empfand Klinger den Gegensatz zwischen Ich und Umwelt, zwischen Natur und Zivilisation nach ganz anders schneidend als die mitstrebenden Patrizier-, Pastoren- und Lehrersöhne. Rousseau's „Zurück zur Natur!" ward ihm zum innerlichst erlebten Evangelium. Je leidenschaftlicher er die Lehren dieses Meisters dazu die Kunst der Alten und Shakespeares in sich aufnahm, je heftiger er bis in die Fingerspitzen von unbefriedigter Tatkraft fieberte, und je siegreicher er die Herzen der Frauen eroberte, desto toller mußte er nur den Widerständen der Welt gegenüber aufbrausen, desto notwendiger mußte, was er dichtete, in jedem Gedanken, jedem Ton ein Protest um jeden Preis sein. Davon wurde die Sprache seiner frühen Dramen, seines „Otto" (1774), des (neuerdings von Carl Sternheim bearbeiteten) „Leidenden Weibes" (1775), der „Zwillunge" (1776) und von „Sturm und Drang" (1776), so explosiv und keuchend im Ausdruck, als lauere das Chaos hinter jeder Gestalt, ja, hinter der gesamten Ordnung der Dinge, und in der Handlung drängten und stießen sich die Motive und Leidenschaften, als wollte der Dichter allen Widersinn des Daseins, alle Unrast und Qual der Menschen in sein Werk hineinraffen.

Gurgelnde Laute bloß von Erstickenden. Doch die bürgerliche Jugend jener Tage fühlte, daß sie selbst mit Klingers Helden um das bißchen Atemluft ringe, und darum ließ sie sich vom Wirrwarr seiner Worte und Geschehnisse hinreißen — der Dichter aber, der Starke, der Mann, strebte, nachdem er seinen Protest herausgeschrien, nach festem Boden unter den Füßen. Er wollte sich nicht in Stimmung, in Wahnsinn auflösen wie Lenz. Er wollte handeln, kämpfen, erobern. So wurde Klinger Soldat in russischen Diensten. 1780 Unterleutnant und Vorleser beim Großfürsten Paul, 1785 Lehrer beim Kadettenkorps, 1798 Generalmajor, 1803 Kurator der Universität Dorpat, 1811 mit der Verwaltung wichtigster Schulangelegenheiten betrauter Generalleutnant. Aber die Einordnung Klingers in die Gesellschaft glückte, anders als bei Goethe, nur halb, denn er hörte nicht auf, den Staat, Menschentun und Menschenpflicht mit Rousseau's Augen zu betrachten. Man denke: Rousseau und Rußland! Rousseau und die asiatische Barbarei, Rousseau und die Korruption, Willkür und Grausamkeit des Zarismus! Was konnte bei diesem unüberbrückbaren Gegensatz andres herauskommen als innere Zerrissenheit, als reines Streben und heiße Sehnsucht, gepaart mit dem Bewußtsein, daß alles vergebens sei, und daß Gewöhnlichkeit, böser Wille und Niedertracht schließlich doch triumphieren?

So denken zu müssen und dabei doch die Fahne der Tat, des edlen Wollens aufrecht zu erhalten, bis ans Ende, ist eine Ausgabe von gigantischem Ausmaß und heldenhafter Tragik. Aber Klinger hat sie bewältigt: bewältigt als Mensch, indem er ein Beamter von stoischer Pflichterfüllung, strenger Güte und harter Lauterkeit ward; bewältigt als Dichter, indem er den uns Allen auferlegten Kampf in bedeutsamen philosophischen Romanen nach allen Seiten hin tiefgründig erörterte. Sie sind grausam in der Unbarmherzigkeit des Schauens, in den Greueln des Herzens und des irdischen Treibens, die sie enthüllen, und ohne Hoffnung entlassen sie den Leser. Aber noch lauter spricht ein tapferes „Trotz allem!" aus ihnen, der Wille eines ganzen Menschen, sich nie und nimmer besiegt zu geben, die Mahnung an uns, dem gefallenen Bannerträger zu weiterem Sturm die Fahne aus der erkalteten Hand zu nehmen. Sie tönt hell und überzeugend, weil Klinger sie tief und geistreich zu begründen weiß, und darum hätte zum mindesten sein Testament, die „Betrachtungen und Gedanken", es nicht verdient, von den Deutschen so gründlich vergessen zu werden.

Hallisches Stadttheater.

Ellen Pfitzner als Gast a. E. in „Viktoria und ihr Husar".

In der gestrigen Aufführung der Abrahamschen Operette „Viktoria und ihr Husar" spielte Ellen Pfitzner vom Stadttheater Guben die Rolle der Viktoria, und zwar auf Engagement. Man darf also vorstellen: Fräulein Pfitzner ist eine jugendliche schlanke Erscheinung, Blondine; bringt, wie man sieht, eine blendende Bühnenerscheinung mit. Auch stimmlich mochte sie hoch befriedigen. Zunächst klang ihr nicht übermäßig großer, aber doch gut durchdringender Sopran stellenweis etwas flach. Das gab sich jedoch bald und man hörte ein in allen Lagen recht ausgeglichenes Organ von großem Klangreiz, aus dem bei weiterer Kultivierung unzweifelhaft noch mehr herauszuholen ist. Dazu kam ein vornehmes, sympathisches Spiel, das, auf billige Operettensentimentalitäten verzichtend, hinter der Operettenfigur — soweit es hier überhaupt möglich war — den Menschen sichtbar zu machen, sich bemühte. Den Beweis, daß sie auch für lebendigere Operettengestalten das nötige Temperament und den nötigen Charme hat, müßte uns Fräulein Pfitzner noch bringen. Im großen und ganzen hatte man an dem Gastspiel, wie an der Aufführung selbst viel Freude.

G. G.

Drei Gastspiele der Max- und Moritz-Bühne. Heute, Freitag 16 Uhr, findet das erste Gastspiel der Max- und Moritz-Bühne im Stadttheater Halle statt. Das Programm sieht sechs lustige Bubenstreiche nach Wilhelm Busch vor: „Max und Moritz". Am Sonnabend 16 Uhr und am Sonntag 11 Uhr wird das Gastspiel wiederholt. Kleine Eintrittspreise. (30 Pf. bis 3 Mk.)

Chaplin in London.

Das große Ereignis des Donnerstag war die Ankunft Charlie Chaplins in London. Vor 20 Jahren verließ er arm und unbekannt das jüdische Armenviertel von London. Als er am Donnerstagmittag in seiner Heimat ankam, standen Zehntausende von Menschen auf dem Bahnhof und in den Straßen, um den großen Künstler begeistert zu begrüßen. Auf den Schultern wurde er aus dem Bahnhof getragen. In seinem Hotel warteten 300 Journalisten.

Vor 14 Tagen hatte der Londoner Rundfunk Chaplin bereits 100 000 Pfund Sterling Honorar für eine Rundfunkansprache geboten. Chaplin lehnte an dem gleichen Tage ab, an dem er in Neuyork in dem Staatsgefängnis Sing-Sing weilte, wo er die Gefangenen kostenlos durch eine Ansprache erheiterte.

Die gesamte Londoner Morgen- und Abendpresse bringt spaltenlange Artikel über den Künstler. Am Freitag findet in London die Erstaufführung eines neuen Films von Chaplin statt. Das Theater faßt 3000 Sitzplätze, aber mehr als 150 000 Menschen haben Karten verlangt, die im Schleichhandel zu phantastischen Preisen verkauft werden.

Chaplin erklärte, er werde vier Monate in Europa bleiben und Zeit finden, auch nach Berlin zu kommen.

Krach um Dreyfus

Die zur Zeit in Paris zur Aufführung gelangende „Affäre Dreyfus" hat jetzt neben dem lang erwarteten großen Krach auch zu einem Prozeß Anlaß gegeben. Der Royalisten-Führer und Direktor der Action Francaise, dessen Banden am Mittwoch im Theater „Ambigu" eine große Tracht Prügel bezogen, hat am Donnerstag von diesen Vorfällen in seinem Blatt eine Darstellung gegeben, nach der das Blut der armen Jungen in Bächen die Theatertreppen herabgeflossen sei. Der Direktor des Theaters hat daraufhin die Action Francaise auf eine Million Frank Schadenersatz verklagt.

Opernneueinstudierung im Stadttheater. In der im Freitag stattfindenden Premiere von Halévys großer Oper „Die Jüdin" wirken unter der musikalischen Leitung von Hanns Epstein und der Spielleitung von Heinrich Kreutz mit die Damen: [illegible] und [illegible]; die Herren: Faust, Heimbach, Holstein, [illegible] und [illegible] — Bühnenbild: Peter Kraufen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219310220-15/fragment/page=0002

HALLE

Nr. 43 Freitag, den 20. Februar

Pegasus vor der Protze.

Sind eigentlich alle Glasermeister deutschnational? Es scheint fast so. Denn wenn du vor ihren Schaufenstern stehst, ganz gleich, ob in Pankow oder Aachen, in Elbing oder Essen, dann siehst du dies: Im Hintergrunde eine äußende Magdalena in goldbronziertem Renaissancerahmen, daneben, schmalbeleistet, tanzende Elfen auf nächtlicher Au' und zum Abschluß, und diesmal in holzerne Ellipse gespannt, eine schlafende Mama mit pechschwarzem, gelöstem Haar, auf deren diskret entblößten Busen ein marzipanschweinrosa Baby herumkrazelt.

Dann aber kommen „Deutsche Männer!", und immer ist es ein Terzett, das da unter Glas geklebt zu haben ist: Bismarck, Hindenburg, Zeppelin; oder Zeppelin, Hindenburg, Eckener; oder Luther, Hindenburg, Friedrich der Große. Die Flügelmänner wechseln; Hindenburg als Richtkanonier der Gesinnung bleibt ewig. Und dann die gerahmten Sprüche. Die liegen und hängen überall herum. Das befiehlt in kategorischer Fraktur, daß du Sonne im Herzen zu haben hast; das redet dich mit „Junge" an, und wenn du so alt wie Hindenburg und Methusalem wärst.

„Junge, werde ein Mann,
Das ist das Beste, was ich dir wünschen kann."

Dann ist da eine gerahmte schwarzweißrote Kokarde, und unter ihr klagt das gebrochene Bardenherz:

„Doch dann waren Krieg und Fahrten aus.
Da mußte die kleine Kokarde nach Haus.
Doch zu Hause, da gilt nicht ihr Schwarz-Weiß-Rot.
Da stieß man sie grausam in Schmutz und Kot."

Ein Frauenzimmer heult in gotischen Lettern: „Ich hatte einst ein schönes Vaterland — Es ist dahin . . ." Ihr Nachbar brüllt in schlechten Reimen: „Los von Versailles!" Der Kasernenhof, auf dem die Versfüße Parademarsch kloppen, der Feldwebel mit poetischer Zornesader, Pegasus vor der Protze.

Und Bilder!!! Der Hofmaler Anton von Werner ist ein Pazifist dagegen. Da hebt der „letzte Mann", der gerade am Versaufen ist, die zerfetzte Marineflagge drohend gegen ein englisches Geschwader. Fridericus stelzt durch eine schwarzweißrote Flaggenallee aus seiner Gruft, den Degen in der einen, die preußische Königsstandarte in der anderen Faust, und niemand sieht ihm an, daß er bei Mollwitz aus der Schlacht desertiert ist. Der Zirpitzbart ward zum Farbwimpel. Die Geschichtsmuse Klio lernt Schönschrift mit unzerbrechlichen Legendengriffeln. DRP. Made in Germany.

Hinge Eberts Bild dort, oder gar Rathenau, die Schaufensterscheibe wäre längst zertrümmert. So aber bleibt sie unversehrt. R. M.

Erfolgreiche Werbearbeit.

Der 1. Bezirk des Ortsvereins Halle der SPD. hielt am Donnerstag eine erweiterte Bezirksversammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Vortrag über das Thema: „Besteht § 218 zu Recht nach Gesetz und Moral?" Der Vortrag fand allgemeinen Beifall, und es wurde gewünscht, ähnliche Vorträge folgen zu lassen unter besonderer Einladung von Gästen. Der nächste Vortrag soll über die Weltwirtschaftskrise gehalten werden.

Der 1. Bezirk glaubt annehmen zu können, daß durch diese Versammlungsart zahlreiche Mitkämpfer zu gewinnen sind. Der Abend brachte der Partei 4 Neuanmeldungen ein.

Faschismus und Kultur.

Heute, Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, spricht im „Volkspark" der beste Kenner des thüringischen Faschismus, der Landtagsabgeordnete Lehrer Erich Mäder (Altenburg), über

„Die kulturzerstörende Arbeit der Faschisten".

Genossinnen und Genossen, macht aus der Abwehr den Gegenangriff! Erscheint in Massen!

Deutscher Freidenkerverband E. V.
Sozialdemokratische Partei.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Kartell für Arbeitersport und Körperpflege.

Der „Einkaufskorb"

Der amtliche und der Ernährungsindex der Konsum-Genossenschaften

Halle, den 20. Februar.

Daß die Errechnung eines Teuerungsindex immer eine zweifelhafte Angelegenheit ist, dürfte ausgemachte Sache sein. Das liegt nicht am bösen Willen, sondern mehr an der Schwierigkeit der ganzen Materie. So ist man sich über die Reformbedürftigkeit des amtlichen Lebenshaltungsindex einig und eine Kommission hat schon vor Monaten die Vorarbeiten in Angriff genommen, um die Berechnungsgrundlage des vom Reichsstatistischen Amt aufgestellten Teuerungsindex mehr den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Wie weit das gelingen wird, ist eine Frage für sich.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat währenddes die Lehre aus den Preisdebatten der verflossenen Monate gezogen und ist daran gegangen, einen Ernährungsindex aufzustellen, der ja für den konsumgenossenschaftlichen Warenverkehr in erster Linie in Frage kommt. Danach soll

der konsumgenossenschaftliche Preisstand

für jeden Monat ermittelt werden.

Das Netz der berichtenden Konsumgenossenschaften ist entsprechend dem Aufbau der für die Aufstellung des amtlichen Ernährungsindexes vorgesehenen Berichterstattung gleichmäßig über die städtische Bevölkerung des Deutschen Reiches verteilt. Sowohl die Großstädte als auch die Mittelstädte und Kleinstädte sind in einem dem amtlichen Aufbau gleichzustellenden Verhältnis an der Berichterstattung beteiligt. Zur Feststellung des konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex wird zunächst für die Bezirke der Berichtstellen

der durchschnittliche Preisstand der wichtigsten Bedarfsgüter,

die bei der Berechnung des amtlichen Ernährungsindex als Grundlage dienen (Brot, Mühlenerzeugnisse, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Fleischwaren, Fette, Käse, Eier, Milch, Zucker, Kaffee, Kakao, Salz, Heringe usw.) ermittelt. Die Berechnung der Bedarfsgüterpreise im Reichsdurchschnitt erfolgt auf Grund der von allen Berichtsstellen gemeldeten Preisermittlungsergebnisse. Unter Benutzung der Reichsdurchschnittspreise wird der Wert des „Einkaufskorbes", dessen Inhalt dem normalen Vierwochenbedarf einer Arbeiterfamilie (zwei Erwachsene und drei Kinder im Alter von 14, 7 und 1½ Jahren) entsprechen soll, errechnet. Der Wert des „Einkaufskorbes" bildet dann die Grundzahl zur Feststellung des Ernährungsindex.

Die vom Zentralverband deutscher Konsumvereine vorgenommene Erhebung und Berechnung für die Jahre 1926 bis 1930 und für den Monat Januar 1931 sind bereits abgeschlossen. Das Ergebnis ist aus der folgenden Gegenüberstellung des amtlichen und des konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex zu ersehen:

Im Jahresdurchschnitt	Ernährungsindex amtlicher	Ernährungsindex konsumgenossenschaftlicher
1926	144,4	99,1
1927	151,0	101,5
1928	152,3	102,2
1929	154,5	102,0
1930	142,9	95,4
Januar 1931	133,5	90,5

Vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1931 ist der vom Statistischen Reichsamt errechnete Ernährungsindex von 144,4 auf 133,5, also um 10,9 Punkte oder 7,5 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum ging der konsumgenossenschaftliche Ernährungsindex um 8,6 Punkte oder um 8,7 Prozent zurück.

Die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes haben also in den letzten fünf Jahren ihre Preise für die wichtigsten Massenbedarfsgüter in einem größeren Umfange gesenkt als der an den amtlichen Preisstandserhebungen beteiligte deutsche Lebensmitteleinzelhandel.

Die vorteilhafte Preisbildung der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes — die von den sachlich urteilenden Wirtschaftskreisen stets anerkannt worden ist — gewinnt durch die vorstehende Feststellung eine verstärkte Beweiskraft. Die Gegenüberstellung läßt jedoch noch eine weitere sehr wichtige Tatsache erkennen. Während der konsumgenossenschaftliche Index in den drei Jahren von 1926 bis 1928 nur um 3,1 Punkte oder reichlich 3 Prozent stieg, erhöhte sich der amtliche Ernährungsindex in diesen drei Jahren um 7,9 Punkte oder um 5,5 Prozent. Und obwohl im Jahre 1929 der konsumgenossenschaftliche Index trotz der geringeren Steigerung in den Vorjahren um 0,2 Punkte zurückging, stieg der amtliche Index in dem gleichen Jahre um weitere 2,2 Punkte oder um 1,4 Prozent.

Die Vergleichung zwischen der Entwicklung des amtlichen und des konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex wird erleichtert, wenn der amtliche Index (dessen Grundzahl mit 100 für das Jahr 1913 errechnet wurde) und der konsumgenossenschaftliche Index (dessen Grundzahl mit 100 für das Jahr 1925 gilt) unter Zugrundelegung eines einheitlichen Nenners (1926 = 100) umgerechnet werden. Diese Umrechnung ergibt das nachstehende Bild:

Im Jahresdurchschnitt	Ernährungsindex amtlicher	Ernährungsindex konsumgenossenschaftlicher
1926	100,0	100,0
1927	105,2	102,4
1928	105,2	103,1
1929	107,0	102,9
1930	99,0	96,3
Januar 1931	92,5	91,3

Diese Gegenüberstellung beweist sehr deutlich, wie unangebracht das Geschrei der Konsumgenossenschaftsgegner über das angebliche Zurückbleiben der konsumgenossenschaftlichen Preissenkung war. Eine Durchrechnung ergibt, daß die Lebensmittelpreise im Einzelhandel im Durchschnitt der Jahre 1927, 1928 und 1929 um 3 Prozent höher gelegen haben, als die Preise der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften. Das sind aber rund 1,8 Milliarden Mark. Diese hätten durch konsumgenossenschaftliche Organisation erspart werden können.

Die Nutzanwendung aus diesen Feststellungen? Wer im neuen Konsumverein kauft, spart Geld, wer es zu den Privatkapitalisten der AKB.-Interessengemeinschaft trägt, wird übervorteilt.

Reichsbanner ruft!

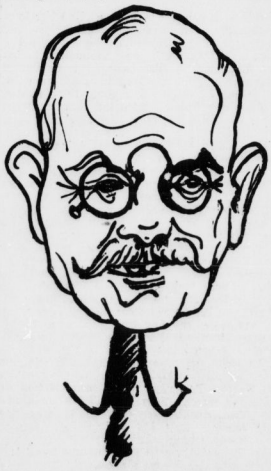
Die Ortsgruppe Halle des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold" hat am kommenden Sonntag, mittags 12 Uhr, im großen Volksparksaal **Gründungsfeier!**

Eine Mittelstandsgröße zieht sich zurück

Die über Verschwendung und hohe Verwaltungskosten zetern

Halle, den 20. Februar.

Wir haben uns allmählich daran gewöhnt: wenn so mancher mittelständlerischer Gernegroß Politik treibt, fängt er an zu schimpfen. Er schimpft auf die Parteibonzen, auf Korruption und Krippenwirtschaft, auf die Mißwirtschaft und Verschwendung von Geldern in allen Verwaltungen, auf die übermäßigen Verwaltungskosten, auf die Paläste der Krankenkassen und so fort. In diesem Zusammenhange sei daran erinnert daß der Wahlaufruf von der Deutschen Wirtschaftspartei zur letzten Reichstagswahl für „finanzielle Gesundung in Reich, Staat und Kommunen" eintrat und gegen die „Krippenwirtschaft" wetterte. Was die Herren von der Wirtschaftspartei aber unter dem Kampf für finanzielle Gesundung verstehen, das wird durch die Auseinander-



Der kann gut lachen, der hat's geschafft!

setzungen im Hauptvorstand der Wirtschaftspartei und durch die Denkschrift des Abgeordneten Colloffer gegen seinen Parteifreund Drewitz gar trefflich illustriert.

Das Bild aus dem Hauptvorstand wird ergänzt durch ein Schreiben, das uns von einem Gewerbetreibenden zugeht. Darin wird nachgewiesen, daß beim gut mittelständlerischen „Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler" eine geradezu ideale Verwendung für die Mitgliederbeiträge gefunden worden ist. Gut 25 000 Mk. an Beiträgen wurden 1929 eingezahlt. Ausgegeben wurden im selben Jahre für Rechtsschutz die „horrende" Summe von 731 Mk. Dafür betragen aber die „Vergütungen" an den Vorsitzenden 4800 Mk., Reisespesen für den Vorstand 2300 Mk., Diäten für dieselben Herren 3400 Mk.

Insgesamt gibt der Verband „nur" 94 Proz. seines Etats für Verwaltungskosten aus!

Aber warum in die Ferne schweifen, wenn das „Gute" — mehr wie gute — so nah liegt? Halle, so reich gesegnet mit Ordnungsschaffern aller Art, hat einen für sich allein Mann, Herrn Direktor Thier. Als ehemaliger Führer der Hausbesitzerfraktion im Stadthaus hat er so manche grimmige Rede gegen die „maßlose Verschwendung und die Mißwirtschaft der Roten" und so manches barmende Lied für die Not der Hausbesitzer gesungen. Dabei mußte Herr Thier es doch wissen, für was alles gerade bei der AOK. Halle die Gelder „verschleudert" werden. Bei der AOK. Halle war er einmal Verwaltungsdirektor. Nach seinem Abbau stellte er Forderungen und klagte dabei auch die niedliche Summe von monatlich weit über 500 Mark Pension und einer Entschädigung von 20 000 Mark heraus. Die AOK. hat sich dem gefügt und zahlt — sie kann nicht anders — die 20 000 Mark ratenweise. Herr Thier ist aber mit dieser „Kleinigkeit" nicht zufrieden. Er klagt weiter. Er muß das ja auch, denn der Haus- und Grundbesitzerverein, dessen Geschäftsführer er bis jetzt gewesen ist, zahlt ja „nur" etwas über 500 Mark Monatsgehalt.

Wahrscheinlich, um seinen Prozeß gegen die AOK. besser führen zu können, hat Herr Thier seinen Geschäftsführerposten jetzt abgegeben. (Sein Gehalt bekommt er noch!) Vor Jahr und Tag, als die AOK. den Verwaltungsdirektor Thier abbaute und seine Forderungen bekannt wurden, schrieb das „Volksblatt": „Ein gefräßig Tier ist Herr Thier." Das hat dem „Volksblatt" die grimmige Feindschaft des tapferen Ordnungshüters und Mittelstandsinteressenvertreters eingebracht. Heute, wo wir ihm diese Abschiedsworte widmen, wird er uns sicher nicht lieben!

Das kommt vom Preisabbau.

Der Index ist nach den letzten Meldungen des Statistischen Amtes der Stadt Halle unverändert geblieben. In der Spezifizierung zeigt sich aber eine Steigerung der Kosten für Ernährung um 0,8. Das Statistische Amt bemerkt zu seiner Meldung: „Der Gesamtlebenshaltungsindex ist unverändert geblieben, obgleich die Butter etwas teurer geworden ist. Dafür sind die Eier billiger geworden."

Im Erwerbslosenhaushalt dürften die Verschiebungen bei Butter- und Eierpreisen wohl kaum wirksam werden. Dort ist der Index immer unverändert weit unter dem, was kümmerlich leben heißt.

Holzarbeiter-Aussperrung in Halle beendet

Durch freie Vereinbarung über die Höhe des Lohnabbaues
Die Arbeit heute bereits wieder aufgenommen

Nach fünfwöchiger Aussperrung zwecks Herbeiführung einer Lohnherabsetzung um acht Prozent und Verschlechterung des Manteltarifvertrags konnte in einer am 18. Februar stattgefundenen Verhandlung zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband für die Deutsche Holzindustrie, Bezirksverband Halle und Umgebung, in freier Vereinbarung eine Einigung zustande gebracht werden.

Der Lohnabzug beträgt im Höchstfalle 6 Pf. für die Ecklöhne. Der Ecklohn ist 1,08 Mk. pro Stunde. Der alte Manteltarifvertrag und der Bezirkstarifvertrag sind bis 1. Juli 1931 verlängert worden, was auch für das Lohnabkommen gilt. Sind während des tariflosen Zustandes Kürzungen des Stundenlohnes vorgenommen worden, so werden diese angerechnet. Die Akkordsätze ermäßigen sich um 6 Prozent.

Die Arbeit ist von dem größten Teil der Belegschaften bereits am heutigen Freitag wiederaufgenommen worden.

Not treibt zum Verbrechen.

Gestern nachmittag versuchte ein 19jähriger wohnungsloser Arbeiter in einer Wohnung in der Karlstraße Kleidungsstücke und Schmucksachen im Werte von etwa 800 Mk. zu entwenden. Er wurde von dem Wohnungsinhaber überrascht und der Kriminalpolizei zugeführt. Ein anderer wohnungsloser Arbeiter, der in Halle und Umgebung Fahrräder stahl und sie verkaufte, wurde ebenfalls festgenommen. Festgenommen wurde weiter ein Arbeiter, der vor vier Wochen im Pathologischen Institut zwei Mikroskope gestohlen hatte.

In vorvergangener Nacht wurde in ein Zigarrengeschäft in der Großen Steinstraße eingebrochen und größere Posten Zigarren und Zigaretten gestohlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219310220-15/fragment/page=0003

Leuna-Prozeß vor dem Abschluß

Der Leuna-Maler Schönfeld gibt klein bei und vergleicht sich mit Leuna – Staatsanwalt fordert in der Berufung strengere Strafe gegen letzte zwei Leuna-Angeklagte

Halle, den 20. Februar.

Der Leipziger Malermeister Schönfeld, einst einer der meist beschäftigten Privatunternehmer beim Bau des Leuna-Werkes, bekannt durch den Monstreprozeß, in dem er wegen Betruges zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 300 000 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, hat noch vor Beginn der nunmehr zu Ende gehenden zweiten Verhandlung seine Berufung zurückgezogen. Der nebenher laufende Zivil-Prozeß Schönfeld—Leuna ist durch einen Vergleich aus der Welt geschafft. Schönfeld gibt darin zu, „in Höhe von einer Million Mark rechtlich nicht begründete Zahlungen vom Leuna-Werk erhalten zu haben“. Weiter überläßt er dem Leuna-Werk alle Werte und Gelder, die dieses mit Arrest belegt hat. Schönfeld behält — wie er dieser Tage als Zeuge unter Eid versicherte, nichts, das Leuna-Werk bekommt etwa eine halbe Million Mark. (Von anderen Angeklagten hat es bereits Hunderttausende bekommen!) Das Leuna-Werk verzichtet auf alle weiteren Forderungen und erklärt, daß es an einer weiteren Strafverfolgung Schönfelds kein Interesse hat.

Damit ist der ungleiche Kampf zwischen dem kleinen Malermeister, der mit Glück im Krieg und Inflation ein Vermögen zusammentrug, und dem gewaltigen JG.-Konzern zu Ende. Der kleine Mann ist tot. Der Konzern bekommt alles, was der kleine Maler noch besitzt. Sogar Möbel und Inventar. Nichts als die Kleider behält der „Leuna-Maler“. Schönfeld wehrt sich auch jetzt noch leidenschaftlich gegen den Betrugsvorwurf. Er will auch mit dem Vergleich nicht das Eingeständnis einer Schuld gegeben haben. Er gibt eben auf, zermürbt und erledigt durch einen jahrelangen Kampf. Schönfeld hat für den Rest seiner Strafe — er hat 16 Monate in Untersuchungshaft gesessen — Bewährung bekommen. Allerdings mit der Verpflichtung, daß er während der nächsten 14 Monate seinen Wohnsitz 200 Kilometer von Leipzig entfernt nimmt. Man kann schon sagen: Leuna ist gründlich, sehr gründlich sogar.

Die meisten der in erster Instanz Verurteilten hatten noch ihre Berufung zurückgezogen. Uebrig blieben nur die ehemalige Buchhalterin Schönfelds, Frau Kretzschmar, der Malermeister Wadle aus Merseburg, der wohl Hauptschuldige, Kaufmann Hechtenberg (Berlin) und der Angeklagte Stuhlfaut. Gegen diese vier wurde die Berufungsverhandlung durchgeführt. Hechtenberg ist ins Ausland geflohen. Stuhlfaut hat noch während der Verhandlungen seine Berufung zurückgezogen. Frau Kretzschmar bleibt nach wie vor bei ihren Angaben, daß sie nach bestem Wissen gearbeitet habe und unschuldig sei. Die Verteidigung hat für sie und Wadle Freispruch beantragt, der Staatsanwalt forderte dagegen eine weit höhere Strafe als im ersten Urteil. Frau Kretzschmar war verurteilt zu 3 Monaten Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe, gegen sie sind jetzt 7 Monate Gefängnis beantragt. Wadle war zu 300 Mk. verurteilt, jetzt sind 500 Mk. Geldstrafe beantragt worden. Das Urteil wird morgen, Sonnabend, gesprochen.

Damit ist für die Chemiekönige und die Oeffentlichkeit der Schönfeld-Leunaprozeß wohl erledigt. Nicht aber für die Angeklagten, die an Gesundheit und Existenz Opfer bringen mußten, die bei den meisten wohl in keinem Verhältnis zu den gegen sie erhobenen Anschuldigungen stehen. Sie haben es bitter erfahren müssen, und werden noch lange daran tragen müssen. — Es tut nicht gut, sich in Wettbewerb mit einem großkapitalistischen Konzern einzulassen!

Die Angst vor der Rute.

Die KPD. hat von den Nazis zur Wahl die Antisemitenphrasen abgesehen, den Young-Plan und ähnliche Zugnummern des Nazischlagwortschatzes ebenso. Wen nimmt's Wunder, wenn die KPD.-Größen sich auch in ihrem persönlichen Verhalten immer mehr die Nazis zum Vorbild nehmen? Der kommunistische Parteisekretär Gutjahr sollte vor den Richtern erscheinen, um sich wegen seines Steuerstreikunfugs zu verantworten. Das hat sich ihm auf den Magen gelegt und die Richter mußten, statt mit Herrn Gutjahr, sich mit einem Attest beschäftigen.

Ein ähnliches Heldenstückchen leistete sich der ewig unbestätigte Bürgermeister von Dieskau, Steinmetz. Ein Strafbefehl gegen ihn ist im KPD.-Blatt veröffentlicht worden. (So was macht Reklame!) Die Veröffentlichung von solchen Akten ist strafbar. Als der tapfere Steinmetz gerade stehen sollte, erklärte er den Richtern: „Ich weiß von nichts, ich habe keine Ahnung, wer das veröffentlicht hat!“

Der eine krank, der andere weiß von nichts. Das ist der neurevolutionäre Bekennermut!

Katerstimmung bei den hallischen Nazis

Man will erfüllen, und sogar die Juden im Lande lassen

Halle, den 20. Februar.

Wie den hallischen Kapodistren, geht's auch den Hinklernden Naziotеn jetzt sehr mies: Dort Konsum-, hier Hinkler-Krach. Also heißt es Theater, noch größeren Krach machen. Bei den Hakenkreuzlern verübte den Krach gestern der bei Hitler gelandete Knüppel-Kunze.

Der „Saalschloß“-Saal, passend zur Faschingsmaskerade geschmückt, war durch großes SA.-Aufgebot notdürftig gefüllt. Auf der Bühne das Musikkorps, Symbol für die Nazis: 20 Trommler und 8 Pfeifer. Großer Krach! Das Publikum braucht die Melodie, die gespielt wird, nicht zu hören. Merkwürdig ruhiger Einzug Knüppel-Kunzes im pelsverbrämten Rock. Die Rede: Olle Kamellen, herausgegriffene „Beispiele“. Das Publikum: Es wartet auf Witze, die es bei Kunze (auch unfreiwillig) reichlich gibt. Sozi-Zentrum ist gleich Ehe zwischen Karpfen und Karnickel. Ich warte auf den Staatsgerichtshof, der die Erfüller alle zum Tode verurteilt. (Das gefiel dem Publikum ausnehmend.) Ueber Erfüllungspolitik später. Herr Kunze hat auch Kunstverständnis. Ihm gefällt am besten ein Bild, das er täglich betrachtet. Auf ihm ist ein Jude, in eine Kiste gepackt, zu sehen, die nach Palästina zurückexpediert wird. (Großer Beifall.) Aber Herr Kunze bremst. Natürlich sollen nicht alle Juden aus Deutschland rausfliegen, sie sollen nur aus den wichtigsten Aemtern. — Merkste was?

Gipfel der Erkenntnis der Lage:

Begeisterung läßt sich nicht auf Flaschen füllen, darum noch heranholen, was geht, oder auf deutsch: Wer weiß, wie lange das Volk noch mitmacht. Oder: Mußte erst die wirtschaftliche Not kommen, damit wir so stark wurden (Elendspartei).

Daneben rührt Kunze die Reklametrommel für Zeitungen, Bücher und Witzblätter in eindringlicher, fast jüdischer Weise. Und der Versammlungsleiter appelliert an das Volk, das schon 50 Pf. Entré bezahlt hat: „Heraus mit den 10-Mark-Scheinen!“ Im Saal aber verkaufte man Sturm-Rasierklingen, garantiert ungefährlich als Waffe, und ein Sprechchor sammelt eine Kampfspende, die — nicht mehr durch Hinklers Hände geht.

„Diskussion“ fällt aus! Dafür Schlußwort über Außenpolitik. Nachdem Kunze alles verraten hat, sagt er: „Außenpolitik darf nicht ausgeplaudert werden; das ist nämlich Diplomatie!“ Wir danken dem „Diplomaten“ Kunze, vor allem auch für die Begründung des Umfalles bei der Abstimmung über die Ablehnung der Tributlasten. Er sagte nämlich:

„Dann wären die Franzosen ins Land gekommen!“

Und vor der Wahl, Herr Kunze? „Mag kommen, was will!“ — Die Stimmung im Nazi-Lager ist merkwürdig gedrückt. Man will erfüllen und sogar die Juden im Lande lassen. Das ist schon allerhand. S.

Guerilla-Schwindel der Nazi-Gouvernante.

Unter der Ueberschrift „Politischer Guerilla-Krieg“ bringt die „Saale-Zeitung“ auch einen Bericht über den von uns ausführlich geschilderten feigen Naziüberfall in der Märkerstraße. Wie dieses, von Ehrlichkeit und christlicher Wahrhaftigkeit triefende Blatt das tut, ist wieder einmal ein Schulbeispiel für die nicht mehr zu überbietende Fälschungskunst und raffinierte Verdrehung, mit der man die wüsten Schandtaten der Nazis zu vertuschen und den verhaßten Sozialdemokraten anzuhängen versucht. Der amtliche Polizeibericht sagt klar und deutlich: „Einer der als Täter festgestellten Nationalsozialisten leistete bei seiner Zuführung zum Polizeipräsidium heftigen Widerstand.“

Die Nazi-Gouvernante schreibt, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten hätten „einen Zusammenstoß“ gehabt und „Polizei schritt ein und verhaftete einen der Angreifer, der auf dem Wege zum Polizeipräsidium Widerstand leistete“. Man will also bewußt den Eindruck hervorrufen, daß die Nazis arme, angefallene Märtyrer, die sozialdemokratischen Arbeiter aber die heimtückischen Angreifer gewesen wären.

Uns scheint, der politische Guerillakrieg, das heißt der heimtückische, unehrliche und feige Angriff aus dem Hinterhalt ist nicht allein durch die Nazis Tag für Tag auf den Straßen im Gange, sondern auch in der Redaktion so mancher „guten nationalen“ Zeitung übt man sich darin.

So kauft man ohne Geld.

In den letzten Tagen ist in Halle ein Betrüger aufgetreten, der sich in Buchhandlungen und photographischen Geschäften Werke und Apparate zur Auswahl vorlegen und die ausgesuchten Dinge in sein kurz vorher gemietetes Zimmer bringen ließ. In einem Falle war es ihm möglich, mit den so erschlichenen Sachen zu verschwinden. Vor dem Betrüger wird gewarnt. Sachdienliche Angaben nimmt die Kriminalpolizei, Drehhauptstraße, Zimmer 39 und 40, entgegen.

Film-Matinee des „Volksblatt“

Sonntag, den 1. März 1931, vormittags 11 Uhr, im „Thalia“, Geiststraße

Zur Vorführung gelangen:

„Giftgas!“

Ein Film nach dem Bühnenwerk von Peter Martin Lampel

„Im Anfang war das Wort!“

Der Film der Arbeiterpresse

Der Film der Arbeiterwohlfahrt

Eintritt 50 Pfg. Karten im Vorverkauf durch die Zeitungsträger, in der Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstr. 27, und im Verlagsbüro, Gr. Märkerstr. 6. ◆ Erwerbslose gegen Vorzeigung der Stempelkarte 20 Pfg. in der Volksblatt-Buchhandlung und im Verlagsbüro.

Weib im Strom

35

Roman von Frederik Parelius
Deutsch von Ernst Züchner

Copyright 1930 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

An jenem Abend schlug er Bolette etwas vor, worüber er lange Zeit nachgedacht hatte: Daß sie von Vika wegziehen sollte. Er ertrüge es nicht länger, sie mit jemand anders zu teilen, das hätte ihn schon immer geschmerzt, hätte den Gedanken daran nur immer beiseitegeschoben. Bei der Polizei wäre er so gut angeschrieben, daß er sie gegen seine Bürgschaft sicher frei bekäme.

Bolette wußte gleich, worauf er hinauswollte. Ihre Freude darüber war groß. Doch ihr Gesicht verriet nichts. Sie dankte für das Angebot. Sie wurde plötzlich Dame, wie sie da in Nachtjacke und Unterrock auf dem Bettrand saß und sagte, daß sie sich erlauben wollte, später auf die Frage zurückzukommen und sie bei passender Gelegenheit zu beantworten.

Der Seifensieder beugte sich schwer über den Tisch:

War sie denn nicht froh, herrgottsfroh, wo sich die Aussicht bot, aus Vika zu entrinnen und wieder unter Menschen zu kommen? Viele Male war sie vor Verzweiflung doch dem Selbstmord nahe gewesen, weil sie hier leben mußte?

Bolette saß starren Blickes da, als wenn sie angestrengt nachdächte. Aber die Gedanken waren vor langem zusammengesucht und längst geordnet. Monatelang hatte sie sich auf diese Stunde vorbereitet.

Ein Negersklave begreift von der christlichen Religion nicht viel mehr, als daß er ebensoviel wert ist wie der Weiße — den Zusatz des Missionars: „Vor Gott“ vergißt er. — So hatte auch Bolette Opstuplassen von Hermann Eeks Reden nichts weiter verstanden und behalten als das, was zu ihrer eigenen Erhöhung diente. Sie beugte sich vor und sah Seifensieder Andersen in die Augen:

„Den Menschen geht's wohl nicht bloß hier in Vika schlecht? Es kommt auch anderorts vor, daß sie manchmal vom Leben genug haben?

Uebrigens hast du mich gewiß nicht verstanden. Ich bin früher ausgehalten worden, von einem netten Grafen. Also ich weiß, was das auf sich hat. Wenn du mich hier heraus haben willst, werde ich in vieler Beziehung noch weniger frei sein, als ich jetzt bin. Und was soll ich den mit der Freiheit anfangen, die du mir bieten kannst? Du willst mir den Umgang, den ich habe, nehmen und mir keinen anderen dafür verschaffen. Draußen willst du dich nicht mit mir zeigen. Und trotzdem wirst du Dankbarkeit von mir verlangen. Und hier kann ich empfangen, wen ich will. Hier habe ich gute Freundinnen, und hier komme ich oft mit den feinsten und kurzweiligsten Mannsleuten der Stadt zusammen. — Uebrigens ist mein Handel mit dir ebenso ehrlich wie der deinige mit mir: Ich verkaufe und du kaufst. Der Preis ist so und so, und Pfaff und Küster kriegen ihr Trinkgeld.“ Sie runzelte die Stirn vor Eifer, um noch mehr Hermann Eek hervorzukramen: „Die Hetären sind einmal die „Töchter der Städte“ gewesen. Ja, Priesterinnen waren sie sogar. Vielleicht werden sie es wieder.“ — Jetzt ließ sie Hermann Eeks Redereien fahren: „Jedenfalls kann man auch hier mit der Zeit mal Puffwirtin werden. So wie Madame Markusen, die „Feldmaus“, es geworden ist. Aber wie gesagt, ich danke dir für dein Angebot. Es kommt mir so überraschend, daß ich mir die Sache erst überlegen muß. Ich gebe dir in ein paar Tagen Antwort. Aber jetzt sei so gut und gehe. Der junge Student, der hier war, als du kamst, klopft. Er war bloß Geld und Punsch holen.“

Der Seifensieder saß mit offenem Munde da. Er hatte von der langen Rede nicht viel begriffen. Aber das letzte, das von dem Studenten, begriff er ausgezeichnet. Und er weigerte sich zu gehen.

Bolette erhob sich:

„Du weißt, ich kann dich von der Wirtin und der Polizei rausschmeißen lassen. Wir stehen hier unter Schutz. Das wäre anders, wenn ich von dir ausgehalten werde. Aber meinethalben kannst du ruhig sitzenbleiben: Ich gehe zu Gunvor und Minka hinein. Dort sind Eek, Björck, Jarman und noch ein paar gemütliche Kerls.“

Der Seifensieder griff nach Hut und Mantel:

„Ich gehe und komme nie wieder!“

Bolette öffnete die Tür, verneigte sich tief und lächelte sicher:

„Meinethalben fahr zur Hölle!“

Der Seifensieder ging. Und blieb vierzehn Stunden lang in der Hölle. Dann hielt er es nicht mehr aus. Bolette empfing ihn wie früher. Uebrigens nicht ganz so wie früher: sie maß ihm die Zeit knapper zu, und oft, wenn er kam, war jemand bei ihr. Dann mußte er im Nebenzimmer warten. Und in der Wartezeit hörte er zuweilen Dinge oder glaubte vielmehr, sie zu hören, die ihn wieder in die Hölle zurückjagten.

In seinem Gesicht verblaßte das Blaue, und er wurde schrecklich dünn, war gewissermaßen bloß noch eine Kostprobe seiner selbst. Im Laufe eines Monats erlitt er zwei leichtere Schlaganfälle. Als er danach wieder auf die Beine kam, bot er Bolette die Ehe an. Obgleich es sein fester Entschluß gewesen war, nie wieder zu heiraten. Seine vorige Frau war nämlich ausgerückt und hatte dabei mehr als sein halbes Vermögen und beinahe seinen ganzen Verstand mitgenommen.

Drei Wochen später verwandelte sich Bolette Engelskind in Frau Fabrikbesitzer Andersen.

Obgleich der bekannte Familienrechtsspezialist, Advokat Billesen, versucht hatte, dies im Namen der armen, aber anständigen Verwandtschaft Andersens zu vereiteln.

In Napoleons Schloß nahm man an Seifensieder Andersens traurigem Geschick regen Anteil. Minka und Gunvor kannten durch Bolette den Verlauf der Angelegenheit bis in die Einzelheiten. Der Prinz war zum Engelskind gekommen. Minka und Gunvor aber träumten weiter.

Minka träumte übrigens nicht lange. Eines Tages, als Eek und Gunvor wie gewöhnlich in Minkas Stube zusammen plauderten, kam sie aus dem Schlafzimmer herein:

„Also, es ist ausgemachte Sache, daß Holger Matsen und ich Hochzeit halten und nach Dänemark reisen. Das ist natürlich nicht so großartig, wie das mit dem Engelskind. Aber Matsen hat einen Krug bei Kopenhagen in Aussicht. Und da kennt mich ja keiner. — Ich meine, du solltest dich mit Gunvor zusammenschmeißen und heiraten, Hermann. Dann ist auch das in Ordnung. Und ein patenteres Mädel kriegst du nicht.“

Eek lächelte, erhob sich und küßte den Damen die Hand:

„Schon wahr, Minka. Aber ich liebe eine andere, und Gunvor liebt mich ja auch nicht. Ihre große Liebe gilt einem ganz anderen, soweit ich verstehe. Ich könnte ihr natürlich den Dienst erweisen, wenn sie es wünscht. Aber ich habe nichts zum Heiraten, nachdem ich beim Storting den Abschied gekriegt habe. Das weiß übrigens auch die Polizei. Außerdem stehe ich mich auch sonst nicht so mit den Behörden, daß ich jemand aus Vika herausbekommen könnte. —

Das war in der Tat so. Denn man hatte Hermann Eeks letztes Buch kurze Zeit vorher beschlagnahmt, zudem war er schon vor diesem Skandal eine berüchtigte Person gewesen.

Als Bolette und Minka fort waren, fand Gunvor keine neuen Freundinnen mehr. Amanda Basken starb. Als Tjommi Petersen bald darauf seine schirmende Hand von Eisen-Aagot und Starke Marta abzog, machte die Polizei ihrem Strichleben ein Ende. Sie mieteten sich jetzt in den freien Zimmern in Napoleons Schloß ein. Aber sie harmonierten mit Gunvor nicht recht. Obgleich die alte Geschichte zwischen ihnen längst vergessen war.

Eines Tages ließen sich Ambrosia und Esmeralda im „Blinkfeuer“ in der Mellemgate dicht neben Napoleons Schloß nieder. Die Zwillinge waren die einzigen Ueberlebenden der Familie Lauritsen, deren andere Mitglieder hatte die Schwindsucht dahingerafft. Sie arbeiteten unter dem Namen „Sia Ueberzeil“ und „Ralla Kommwieder“, wenn sie einzeln auftraten. Aber das geschah nur selten. Für gewöhnlich wurden sie die siamesischen Zwillinge genannt.

Als sie einzogen, hielt Gunvor für die Töchter ihrer früheren Wirtsleute eine kleine Gesellschaft ab. Damit aber war auch der Umgang zu Ende. Obwohl Gunvor sich vorgenommen hatte, sich der Mädchen anzunehmen.

Aber die Siamesen waren zu verkommen. Sie gingen auf Mangelin und in der Feile aus und ein und waren nur sozusagen ferienhalber einmal in Vika. Merkwürdig war, daß sie fast immer gleichzeitig erkrankten oder eingesperrt wurden. —

Björck reiste nach Paris, und Jarman hatte sich erschossen. Den einzigen Bekannten, den Gunvor noch hatte, war Hermann Eek. Er war ein guter Kamerad, kam fast jeden Tag vorbei. Oft las er ihr etwas aus dem Buch vor, an dem er gerade schrieb. Als er damit fertig war, bat er sie, ihm zu fragen, was sie davon meinte.

Gunvor gefiel das Buch nicht. Das lag nicht am Inhalt, sondern ihr schien gleichsam, als wenn Eek die Frau, die er liebte, dabei verriete. Aber nicht nur deshalb. Zumeist lag es wohl daran, daß er das Thema nicht klar genug behandelte. Hätte er ein Lehrbuch geschrieben — eine Abhandlung nannte man das gewiß —, die wäre wohl gut geworden. Er hatte selbst einmal gesagt, daß es gälte, die Worte, die auf aller Lippen sind, einzufangen, mit ihnen zu schaffen, das wäre die Kunst des Wortes — „Staub liegt auf der Landstraße und ist Staub“, hatte er auch gesagt. „Aber eines Tages kommt ein Wanderer und sammelt den Staub auf. Er mischt ihn mit seinem Blut, und der Staub nimmt Farbe und Form an unter seiner Hand. Er bläst seinen Hauch hinein, und er beginnt zu leben — —“

Gunvor saß nach ihrer Kritik verlegen da. Hermann Eek lächelte:

„Du erinnerst dich also meiner Worte ganz genau? Habe ich das gesagt? So? — Du meinst, dem Buch fehlt Form und Leben. Daß es keine Menschen sind, die darin umhergehen. Nur Plakatträger. — Und ich hätte bloß Staub in den Händen. Hätte nicht vermocht, ihm Auferstehung zu bringen?“

„Ja, so etwas Aehnliches meine ich. Und außerdem wirkt es roh. Obgleich du der feinste Mann bist den ich kenne. Und ich habe viel kennengelernt. Verzeihung.“

„Ich danke für deine Aufrichtigkeit, Gunvor. — Aber das Buch sollte gerade die Form haben, die es hat — —“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219310220-15/fragment/page=0004
DFG

Neid und Mißgunst gegen die Kriegerhinterbliebenen

Die Toten des Weltkrieges klagen an

Die Witwen im Reichsbund der Kriegsbeschädigten protestieren gegen Verschlechterung der Versorgung und Fürsorge

Die Soldaten, die verwundet aus dem Felde zurückkamen, gelobten schon während des Krieges, die Hinterbliebenen der gefallenen Kameraden nicht im Stiche zu lassen, gelobten, Reich, Regierung und Volk eindringlich an die selbstverständliche Pflicht zu mahnen, eine ausreichende Versorgung der Kriegerwitwen und -waisen durchzuführen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat sich unter der Parole

„Nicht Dank, sondern Recht"

energisch und zäh für die Ansprüche der Kriegerhinterbliebenen an den Staat eingesetzt. Schnell ist der Krieg vergessen, viele wollen nicht einmal daran erinnert werden: Eine Dankesschuld, von der man patriotisch in den höchsten Tönen geredet, die man aber noch nicht abgetragen hat, ist immer unangenehm. Diese mißgünstige Stimmung benutzt die soziale Reaktion zu ihren unverschämten Angriffen auf die soziale Gesetzgebung und Wohlfahrtspflege.

Die Toten des Weltkrieges klagen an.

Sie klagen an, daß das Volk vergessen hat, was es ihnen schuldig ist; sie klagen an, daß man ihre Witwen, ihre Kinder unzureichend versorgt und sie wie Almosenempfänger behandelt; sie klagen an, daß an Stelle der Hilfe der Neid getreten ist. Angesichts der Gleichgültigkeit weiter Volkskreise und der immer stärker auftretenden sozialen Probleme im Wohlfahrtswesen hatte der Reichsbund der Kriegsbeschädigten im Gau Provinz Sachsen und Anhalt die Vertreterinnen der Kriegerhinterbliebenen in den Ortsgruppen der Organisation zu einer

Protestkonferenz

gegen die Verschlechterung der Versorgung und Fürsorge nach Magdeburg gerufen. Ueber 500 Frauen waren als Delegierte erschienen.

Gauleiter Röber betonte als Zweck der Konferenz, die Oeffentlichkeit über die Lage der Kriegerhinterbliebenen aufzuklären, die wirklich nicht beneidenswert ist. Schweren Vorurteilen gegen die Kriegerhinterbliebenen, unbegreiflichem Unverständnis für ihre Lage begegnet man jetzt überall, selbst in Arbeiterkreisen: „Die ist gut dran, die bekommt eine Menge Rente und kann Lebenschön machen", so hört man hart und abfällig urteilen. Dabei wissen diejenigen, die so neidisch sind, nicht, wie gering die Renten der Kriegerhinterbliebenen sind. Eine alleinstehende Kriegerwitwe eines Arbeiters erhält monatlich ohne Ausgleichszulage in der Stadt 28,15 Mark, auf dem Lande 26,65 Mark und mit einfacher Ausgleichszulage 38 Mark bzw. 34,65 Mark. Anspruch auf Zusatzrente besteht nicht, und Arbeitsmöglichkeiten sind doch meistens auch nicht vorhanden. Wer wagt angesichts dieser Tatsachen noch davon zu reden, daß die Kriegerwitwen zuviel Rente bekommen?

Bei den Behörden scheint man allerdings noch dieser verkehrten Ansicht zu sein, denn es werden jetzt erhebliche Einschränkungen bei Gewährung der kärglichen Unterstützungen gemacht,

außerordentliche Härten

kommen bei Kürzung der Bezüge vor, und die Fürsorgeverbände sind vom Rechnungshof angewiesen, scharf kontrollierend einzuwirken, was eine Verschlechterung der Wohlfahrtspflege zur Folge hat. Zur seelischen Not kommt auch die materielle. Liebe zum heutigen Staate, zur deutschen Republik erzieht man nicht mit Verschlechterung der Fürsorge der Hilfsbedürftigen, und Begeisterung zur Mitarbeit im Staate weckt man nicht mit bürokratischen Abbaumaßnahmen bei den Kriegsopfern.

Ueber die Entwicklung und den Stand der Hinterbliebenenversorgung hielt das Mitglied des Bundesvorstandes Frau Harnoß (Berlin) einen interessanten Vortrag, in dem sie alle Mängel der Versorgung und Fürsorge aufzeigte und die Forderungen der Krigerhinterbliebenen darlegte. Die Frauen der Gefallenen sind nicht gewillt, sich im Staate beiseite schieben zu lassen, sie wollen mitarbeiten am Wohle des Staates. Für die Familien der Gefallenen muß zuerst und nicht zuletzt gesorgt werden, so lauteten die Versprechungen, die noch einzulösen sind. Die 375 000 Kriegerhinterbliebenen stehen mitten im Leben, sie haben auch ein Recht auf Lebensfreude.

Eingehend schilderte die Rednerin die Versorgung und Fürsorge in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung. Ist die Dankbarkeit der Nation verschieden? Sollen die großen Opfer vergessen sein? Die Verantwortung des Staates für die Opfer des Krieges bleibt auch nach einem verlorenen Kriege.

Die Kriegerhinterbliebenen wollen nicht herunter auf das Niveau der Armenpflege.

Auf Wohltätigkeit und Armenfürsorge will man die soziale Gesetzgebung abstellen. Dagegen wehren wir uns mit allen Kräften. Wir müssen den sozialen Gedanken im Volke verstärken, der im Abnehmen begriffen ist.

Es sind keine Mittel vorhanden, sagt man immer. Das ist eine bequeme Ausrede. Gewiß geht es dem Staat und der Kommune schlecht, aber es gibt andere Stellen, wo gespart werden kann, als an den kargen Bezügen der Sozialhilfsbedürftigen.

Ergreifende Klagen über die mangelhafte Versorgung und Fürsorge für die Witwen und Waisen wurden von den delegierten Frauen vorgebracht.

Der Protest der Kriegerhinterbliebenen

Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die von 500 Vertreterinnen der im Reichsbund, Gau Sachsen-Anhalt, organisierten Kriegerhinterbliebenen beschickte Konferenz protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den unheilvollen Abbau der bisher schon stets unzulänglich gewesenen Versorgung der Kriegerhinterbliebenen.

Die erhebliche Einschränkung der Bestimmungen über Beihilfen für Witwen, Waisen und Eltern der Kriegsteilnehmer sowie Gewährung von Zusatzrenten und Erziehungsbeihilfen hat außerordentliche Härten geschaffen. Ein schweres Unrecht bedeutet es auch, daß den Eltern der Kriegsteilnehmer die Möglichkeit genommen wurde, trotz Verlust des Ernährers Versorgungsansprüche noch geltend machen zu können.

Die Konferenz gibt ferner ihrer Enttäuschung Ausdruck darüber, daß der Rechtsanspruch auf Gewährung von Heilbehandlung für Kriegerhinterbliebene noch immer nicht gesetzlich verankert ist.

Die Konferenz fordert von der Reichsregierung nicht nur Aufhebung der erwähnten einschränkenden Bestimmungen, sondern auch Beseitigung der schon stets bestandenen Härten des RVG. Vor allen Dingen wird eine wesentliche Rentenerhöhung für die alleinstehenden Kriegerwitwen erwartet.

Die Konferenz appelliert an das deutsche Volk und seine Parlamente, bei Beurteilung der Versorgung der Kriegerhinterbliebenen die schweren Verluste materieller und seelischer Art zu würdigen, die von den Kriegerhinterbliebenen für Volk und Vaterland gebracht wurden.

Die Abstimmung von Duisburg

Ein erschütternder Ausdruck grausigster Not

Oberbürgermeister Dr. Jarres teilte am Donnerstagabend mit, daß er auf seine Umfrage bei den 9000 Arbeitern der Hütte Ruhrort-Meiderich 4538 Zusagen zur Weiterarbeit erhalten habe. Die Vereinigten Stahlwerke erklären, sie hätten sich mit der Aktion des Oberbürgermeisters und ihrem Ergebnis noch nicht befaßt; zunächst sei für sie noch die Ablehnung des Werksvorschlages in der Abstimmung der Belegschaft maßgebend.

*

Das Ergebnis der Umfrage des Duisburger Oberbürgermeisters kann niemand überraschen. Es war vorauszusehen, daß sich aus den Arbeitslosen viele Arbeitswillige melden würden. Arbeitslosenbrot ist ein bitteres Brot. In seiner Lebensangst klammert sich der Arbeitslose an jedes Versprechen, an jede Arbeitsmöglichkeit. Lieber ein noch so schlechter Lohn als die Hungergroschen der Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung oder als das langsame Hinabrutschen in den Abgrund der Unterstützungslosigkeit! Die Zusagen, die Jarres erhielt, sind ein erschütternder Ausdruck grausiger Not.

Sie sind ein Verzweiflungsakt

und als solcher geeignet, aufs neue nicht nur die Arbeiterschaft, sondern die gesamte Oeffentlichkeit zu alarmieren, damit sich alles, was helfen kann, aufrafft, um der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun.

Die Abstimmung in Duisburg, bei der sich Tausende von Arbeitern bereit erklärt haben, auch bei 20 Prozent Lohnkürzung weiter zu arbeiten, nur um dem Schrecken des Arbeitslosendaseins zu entrinnen oder zu entgehen müßte nicht nur für die Vereinigten Stahlwerke, sondern für das gesamte deutsche Unternehmertum, wenn es nicht von allen guten Geistern verlassen ist, eine ernste Warnung sein. Wenn das Unternehmertum den Duisburger Verzweiflungsakt nur als Auftakt für einen Generalangriff auf die Tariffront der Gewerkschaften betrachtet und benutzt, dann — graut uns bei dem Gedanken an die Früchte, die aus dieser Drachensaat hervorgehen werden.

Jeder Brunnen schöpft sich leer — auch der Brunnen der Geduld der Arbeiter.

Für Tarifbruch haftbar gemacht.

Der Deutsche Metallarbeiterverband beschloß, den Arbeitgeberverband Nordwest für die mit Hilfe der Vereinigten Stahlwerke von Jarres durchgeführte Kampagne zur Herabsetzung der Löhne in Ruhrort-Meiderich um 20 Prozent gerichtlich haftbar zu machen. Der DMV. steht mit dem Arbeitgeberverband Nordwest in Tarifvertrag.

Wie RGO. „marschiert"

In der Generalversammlung der Ortsgruppe Erfurt des Zentralverbandes der Schuhmacher erhielt **die kommunistische RGO. eine entscheidende Niederlage.** Die von der Amsterdamer Richtung vorgeschlagene Liste für die neue Besetzung der Ortsverwaltung wurde mit 60 und 75 Stimmen Mehrheit gegenüber den Listen der RGO. und der kommunistischen Opposition gewählt. Damit ist das letzte Bollwerk der Erfurter Kommunisten, das sie seit Jahren innehatten, in die Hände der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung übergegangen.

*

Bei den Neuwahlen der Leipziger Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind die Kommunisten glatt abgerutscht. **Sämtliche 86 Sitze in der erweiterten Ortsverwaltung sind von „Reformisten" besetzt.** Ihre letzten sieben Posten haben die RGO.-Leute eingebüßt. Es reichte bei ihnen nicht einmal mehr zu einem Wahlvorschlag.

Eisenbahn und Luftschiffahrt

Verkehrsfragen im Reichstag

Der Reichstag begann am Donnerstag mit der zweiten Beratung des Haushaltes des Reichsverkehrsministeriums. Als der Präsident Löbe den deutschnationalen Abgeordneten Dr. Quaatz als Berichterstatter aufrief, war dieser nicht anwesend. Das Haus nahm davon mit Heiterkeit Notiz. Uebrigens sind im Laufe des Tages zahlreiche deutschnationale Abgeordnete in der Wandelhalle des Reichstages bemerkt worden. Es scheint, daß die deutschnationale Fraktion allmählich wieder den Weg zu den Sitzungen des Reichstages sucht.

Der kommunistische Abgeordnete Chwalek erhob im Verlauf der Debatte Einspruch gegen die hohen Aufwendungen für Luftfahrt, weil sie nur zu Rüstungszwecken dienten. Er nannte die Reichsbahngesellschaft ein Ausbeutungsinstitut. Die Ausnutzung der Arbeiter werde schamhaft durch das Wort Rationalisierung bemäntelt. Der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Mollath sprach mit großer Heftigkeit gegen den Vertrag der Reichsbahn mit der Speditionsfirma Schenker. Die Zuweisung der amtlichen Spedition an diese Firma, die zu ⅔ aus Ausländern bestehe, bedeute den endgültigen Zusammenbruch weiter Teile des selbständigen Transportgewerbes und schädige Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten.

Verkehrsminister von Guerard

bedauerte, daß die Finanzlage seinen Haushalt immer mehr einschränke. Er habe eine besondere Abteilung gebildet, die jede einzelne Ausgabe auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit nachzuprüfen habe. Die Finanzlage verhindere auch, daß der Hansa-Kanal und Aachen-Rhein-Kanal gebaut würden. Die finanzielle Lage der Reichsbahn habe sich im Berichtsjahr außerordentlich verschlechtert. Die Einnahmen seien um 790 Millionen gesunken. Die Tageseinnahme sei manchmal unter 10 Millionen Mark geblieben. Das sei seit dem Ruhrkampf nicht mehr dagewesen. Gegen den Schenkervertrag erhob der Minister scharfe Bedenken. Es sei nicht Aufgabe der Reichsbahn, außerhalb ihres eigenen Gebietes Verkehrspolitik zu treiben, sondern das sei Sache des Verkehrsministers. Der Luftfahrthaushalt sei ein besonderes Sorgenkind.

Deutschland habe etwa 200 Verkehrsflugzeuge,

Frankreich dagegen allein 3000 Militärflugzeuge, die Verkehrsfugzeuge gar nicht eingerechnet. Trotzdem dehne sich der deutsche Luftplan aus. So erscheine im Jahre 1931 zum ersten Male die Luftlinie Berlin—Rom. Dem Transozean-Luftverkehr widme die Reichsregierung große Aufmerksamkeit. Man hoffe, diese Aufgabe im Laufe der nächsten Jahre bewältigen zu können. Die Förderung der Motorenentwicklung sei von größter Wichtigkeit für die Sicherheit der Luftfahrt. Hierzu müßten größere Mittel als bisher aufgewendet werden. Zu den kommunistischen Behauptungen erklärte der Minister, daß planmäßige Entlassungen von Arbeitern, die im ständigen Arbeitsverhältnis gewesen seien, im größeren Umfange vermieden werden konnten. Dagegen mußten Zeit- und Aushilfsarbeiter, die für vorübergehende Zeit eingestellt waren, nach Erledigung der Arbeiten, für die sie angenommen waren, wieder entlassen werden.

Der Sozialdemokrat Hünlich bedauerte, daß wichtige Dinge und Pläne im Bereich des Verkehrsministeriums nur in sehr langsamem Tempo oder gar nicht durchgeführt würden, da der Haushaltsplan dies nicht zulasse. Gerade jetzt suchten viele Tausende von Händen Arbeit und könnten sie nicht finden, weil die Staatsverwaltungen nicht genug Arbeit vergeben.

Das Tempo der Kanalbauten dürfe nicht weiter so schleppend bleiben,

insbesondere beim Mittellandkanal. Der Konkurrenzkampf zwischen Reichsbahn und Kraftwagen dürfe nicht zur Abdrosselung des Kraftwagenverkehrs führen. Die Rede des Wirtschaftsparteilers Mollath über die Wirkungen des Schenkervertrages sei sehr übertrieben gewesen.

Der Tag wurde abgeschlossen durch eine Rede des jungen Staatsparteilers Dr. Winschuh, der den Etat in vielen Einzelheiten beleuchtete und auch beklagte, daß die Rationalisierung vielfach auf Kosten des Personals zu weit ausgedehnt werde. — Nächste Sitzung Freitag 3 Uhr.

Plünderung eines Güterzuges. Eine etwa 60 Mann starke Räuberbande überfiel in der Nähe von Bromberg auf offener Bahnstrecke einen Güterzug der polnischen Staatsbahn. Die Banditen sprangen auf den Zug, brachten die Lokomotive zum Halten, fesselten die mitfahrenden Beamten und beraubten die Wagen ihres Inhalts. Vorläufig blieb die polizeilich eingeleitete Verfolgung ohne Ergebnis.

Drama der Zeit. Aus Gründen wirtschaftlicher Not erschoß am Donnerstagnachmittag in Berlin-Charlottenburg ein 50 Jahre alter Bäcker seine 21jährige taubstumme Tochter und sich selbst.

RUNDFUNK

Leipzig

Sonnabend: 11.45: Wetter-, Wasserstands- und Schneebericht. 12: Wilhelm Furtwängler dirigiert. (Schallplatten.) 12.30: Schulfunk. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13: Wetter-, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Wunschprogramm. Schallplatten.) 14.15: Viertelstunde des Deutschen Sprachvereins. 14.30: Bastelstunde für die Jugend. 15.15: Frauenzeitschriften. Dr. Herta Schmidt, Leipzig. 16: Gespräch über eine Großfahrt von 10 Jungen durch Bulgarien bis zum Schwarzen Meer. 16.30: Unterhaltungsmusik. 17.30: Wetter- und Zeitangabe. Anschließend bis 17.45: Funkhilfe. 18: Funkbastelstunde. 18.20: Deutsch. Mutter schreibt einen Entschuldigungsbrief. Dr. Herbert Kranz, Halle. 18.40: Zu Waldemar Bonsels 50. Geburtstag. 19: Die besonderen Aufgaben des mitteldeutschen Sports. Hans Hädicke, Halle. 19.30: Bunte Musik. 20.30: Kabarett: „Wie die Alten sungen, so zwitschern nicht die Jungen." 22.30: Nachrichten und Sonntagsprogramm. Anschließend bis 24: Tanzmusik.

Königswusterhausen

Sonnabend: 6.20 und 6.55: Zeit- und Wetterbericht. 7: Funkgymnastik. 10.35: Neueste Nachrichten. 12: Schallplattenkonzert. 12.25: Wetterbericht. 12.30: Zum 200. Geburtstage von Goethes Mutter. 13.30: Neueste Nachrichten. 14: Schallplattenkonzert. 15: Kinderbastelstunde. 15.30: Wetter- und Börsenbericht. 15.40: Die Mutter singt. Das Wiegenlied im Volkslied und im Kunstgesang (III). 16: Die Darstellung der Menschen in der bildenden Kunst. Ein Beitrag zur Sozialkulturpädagogik (I). Prof. Emil Fader. 16.30 bis 17.30: Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30: Das Auto von heute und seine Entwicklungsmöglichkeiten. Hellmut H. Hellmut. 18: Französisch für Fortgeschrittene. 18.30: Neue Ausgrabungen in Pergamon. Geh. Reg.-Rat Dr. Th. Wiegand. 19: Beruf und Arbeit: **Der Leuna-Arbeiter.** Walter Bauer. 19.30: Stille Stunde: Die kleine Stadt. 19.55: Wetterbericht. 20: Köln: Lustiger Abend. Ab 22: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Danach bis 0.30: Opernball der Staatsoper.

Gewinnauszug

5. Klasse 36. Preußisch-Süddeutsche (262. Preuß.) Staats-Lotterie

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

9. Ziehungstag — 18. Februar 1931

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 149196
2 Gewinne zu 10000 M. 346845
14 Gewinne zu 5000 M. 863 5826 27965 118070 202683 236036 395794
26 Gewinne zu 3000 M. 4479 6713 14579 46237 130180 135760 157258 216506 244013 252646 279588 376813 385292
34 Gewinne zu 2000 M. 6465 55100 60438 73222 106358 128464 143938 234481 267341 267375 310964 327480 340475 341564 384322 389400 397554
96 Gewinne zu 1000 M. 15082 36783 41620 46550 46942 53745 60991 66958 73531 88425 92273 108217 109882 124597 125034 130968 135418 137879 147679 165503 175390 178629 193965 201979 209907 213580 221157 221257 221597 226626 234852 235275 241902 243210 244519 261475 273920 274268 277737 280212 303857 308744 321063 338138 359926 379193 389945 390133
178 Gewinne zu 500 M. 3781 6580 12536 13894 14019 14851 16107 23930 25090 27044 30506 34218 36433 39889 42870 46587 47161 49741 53731 58633 64388 65377 67892 68654 70175 70787 72030 75480 76341 80203 81028 90002 100024 109496 113675 113818 126764 135606 137900 150620 163126 165127 168100 169000 171203 176148 182514 189120 192913 217402 219829 220254 224427 224845 225505 226809 232557 236320 240374 244016 244602 254344 258426 260466 261201 261365 262671 268807 279826 283240 287519 296314 299676 299754 304525 309080 310589 311354 313078 314187 344719 348288 354156 357763 371241 371395 374719 392398 392902

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500 000, 2 Gewinne zu je 500 000 2 zu je 300 000, 6 zu je 75 000, 4 zu je 50 000 22 zu je 25 000, 122 zu je 10 000 834 zu je 5000, 678 zu je 3000, 2066 zu je 2000, 4122 zu je 1000, 6642 zu je 500, 20074 zu je 400 M.

10. Ziehungstag — 19. Februar 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 78189 165138
12 Gewinne zu 5000 M. 72775 199258 236638 276651 304961 331475
20 Gewinne zu 3000 M. 32450 124705 174928 251342 255140 261209 271020 286755 330755 332436
38 Gewinne zu 2000 M. 5097 12373 28132 49823 61928 67076 95952 132935 155999 168061 189638 200576 213543 213560 301038 324350 341848 345445 393154
126 Gewinne zu 1000 M. 9547 9774 12477 18714 31254 50491 51536 52392 53534 56931 59426 61210 64410 69351 80929 91412 103910 109533 120537 131797 153521 153524 157876 163043 163454 183035 189759 201721 202193 205035 211964 212769 214208 222323 233462 253143 256946 268429 270147 273016 277361 291332 291909 298072 299912 310153 312688 318340 325714 334883 335873 337357 345712 348331 370329 370688 375386 376727 385156 390772 391545 396681 399792
222 Gewinne zu 500 M. 3456 8014 11357 17732 22066 24081 24829 25111 28120 35312 41305 43357 49503 54000 54039 59447 60939 63863 66710 67720 69140 70695 77805 78106 83476 84020 88831 89867 102073 107512 110874 113144 119891 124160 124321 124915 132238 136076 138890 141320 147742 152831 156006 159661 167233 171522 175572 177874 178926 190263 193588 193775 194068 202449 206879 214764 217528 219262 226720 227517 232222 237009 244124 246448 254978 258419 258567 260875 266452 271158 271816 271865 272990 277159 277391 284220 284735 288525 290112 292981 294217 295346 296819 303154 304087 304212 309904 312521 320782 326986 330958 337431 341268 344118 349020 351785 357147 357878 360508 362106 362660 364969 365690 370478 375202 377429 389767 394038 395266 396339 396930

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219310220-15/fragment/page=0005

MERSEBURG

Volksblatt-Geschäftsstelle Bismarckstraße 34
Annahme von Abonnements, Anzeigen, Berichten, Druckaufträgen - Buchhandlung - Telephon 3258
Vertreterbesuch: Kurt Schlacht, Seffnerstraße 4, Telephon 2814

Sozialdemokratischer Antrag:

Bau von 80 Kleinwohnungen

SPD.-Stadtverordnetenfraktion sorgt für Beschäftigung der Wohlfahrtserwerbslosen und Entlastung der städtischen Finanzen

Die dringendste Aufgabe, die Staat und Kommune zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu erfüllen haben, ist

die Beschaffung von Arbeit.

Der Staat allein kann dies nicht schaffen, die Gemeinden als Glieder des Staates müssen sich freiwillig in den Dienst dieser Sache stellen. **Der erwerbslose Arbeiter und Angestellte will kein Almosen;** er hat das Recht als Staatsbürger, seine Arbeitskraft in den Dienst der Wirtschaft stellen zu dürfen, um dadurch seine materiellen und kulturellen Bedürfnisse befriedigen zu können. Es ist deshalb die oberste Pflicht der gewählten Kommunalvertreter, nichts unversucht zu lassen, neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, um dadurch die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Wähler zu verbessern.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Merseburgs hat von jeher unermüdlich gearbeitet, die Lage der Arbeiterschaft zu heben und hat erneut nachstehenden

Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung eingebracht:

„Der Merseburger Baugesellschaft wird zur Errichtung von 80 Kleinwohnungen an der Reinefarthstraße aus den Ueberschüssen der Städtischen Werke ein Darlehn von 100 000 Mark zu 1 Prozent Zinsen bei 1 Prozent Tilgung jährlich zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig werden die Anliegerbeiträge, soweit die Wohnungen an bereits ausgebauten Straßen liegen, erlassen. Soweit die Anlage neuer Wohnstraßen erforderlich wird, übernimmt die Stadt den Ausbau derselben. Die entstehenden Kosten werden als Hypothek eingetragen, die mit 1 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen ist."

Begründung: Die rege Bautätigkeit in Merseburg hat den vorliegenden Bedarf an Klein- und Kleinstwohnungen zu einem den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßten Mietpreis noch nicht befriedigen können. Die inzwischen eingetretene Lockerung auf dem Kapitalmarkt, die zu erwartende Herabsetzung des Zinssatzes usw. hat die Verhältnisse gebessert. Bei der Auswahl des Bauplatzes ist darauf Rücksicht genommen worden, daß die Kosten für Bauplatz, Aufschließung und Anliegerleistung höchstens 5 bis 10 Prozent der Gesamtherstellungskosten betragen. Auch mit Rücksicht auf die künftigen Schulraumverhältnisse werden die Wohnungen dort errichtet, wo voraussichtlich in den nächsten Jahren die Aufnahmefähigkeit für Schulkinder in vorhandenen Schulräumen ausreicht. Die Verteilung der Wohnungen nach folgenden Typen und angegebenem Hundertsatz erscheint zweckmäßig:

zirka 60 Prozent Typ I (36 Quadratmeter) bestehend aus Kleinküche, Wohnraum, Schlafraum, Flur, Abort und Duschraum, außerdem Keller und Abstellräume im Boden;

zirka 40 Prozent Typ II (50,5 Quadratmeter) bestehend aus Kleinküche, Wohnraum, Schlafraum, zwei Schlafkammern, Flur, Abort und Duschraum, außerdem Keller und Abstellräume im Boden.

Der Durchschnitt der Wohnungen darf unter Berücksichtigung obiger Typen bei einfachster, aber solider Ausführung den Durchschnittspreis von zirka 6000 Mark pro Wohnung einschließlich der Kosten für Bauplatz, Aufschließung, Anliegerleistung und eines Disagio bei Auszahlung der Anleihen nicht überschreiten. Der Mietpreis würde sich wie folgt zusammensetzen: Bei einem Durchschnittsgeldbedarf von zirka 6000 Mark pro Wohnung sind die Mittel wie folgt aufzubringen:

aus Baudarlehn der Stadt . .	1250 Mk.
„ einer 1. Hypothek	2400 „
„ einer 1b Hypothek	1200 „
„ Staatsdarlehn	1150 „
Summa:	6000 Mk.

Bei der derzeitigen Kapitallage wird die Beschaffung von je 3600 Mark für 80 Wohnungen, gleich 288 000 Mark, aus Mitteln des Hypothekenmarktes, öffentlichen Banken oder Versicherungsanstalten zu 7 Prozent und ½ Prozent Verwaltungskosten möglich sein.

Die Hergabe des Baudarlehns der Stadt stellt einen Wohnungszuschuß dar, der aber von der Allgemeinheit aufgebracht wird und sowohl durch die Beschaffung von Arbeit, wie auch durch billige Wohnungen gerade

den Minderbemittelten zugute kommt

und darin seine Rechtfertigung findet. Sofern etwa ein Drittel der im letzten Jahre 1930 ausgeschütteten Hauszinssteuer zur Verfügung steht, kann mit mindestens 90 000 bis 100 000 Mk. Staatsdarlehn gerechnet werden.

Der durchschnittliche Mietpreis pro Wohnung errechnet sich unter Zugrundelegung vorstehenden Geldquells wie folgt:

	jährlich
aus I. Hypothek, 2400 Mk., 7½ Proz.	180,— Mk.
„ Ib Hypothek, 1200 Mk., 7½ Proz.	90,— „
„ Staatsdarlehn, 1150 Mk., 1 Proz.	11,50 „
„ Stadtdarlehn, 1250 Mk., 1 Proz.	12,50 „
dazu 2 Prozent der Baukosten für Abschreibung, Verwaltung, Unterhaltung	100,— „
Gesamtmiete jährlich:	**394,— Mk.**
oder im Durchschnitt monatlich:	**32,80 „**

Auf die Wohnungsgrößen umgelegt, werden sich etwa folgende Mietsätze ergeben:

Die kleine Wohnung mit 36 Quadratmeter Wohnfläche etwa 26 bis 27 Mark;

die große Wohnung mit 50,5 Quadratmeter Wohnfläche etwa 37 bis 38 Mark monatlich.

Da der Zweck der aufgewendeten Mittel der Beschäftigung von möglichst vielen Arbeitern dienen soll, ist die Ausführung auf einen Zeitraum von 6 bis 7 Monaten zu verteilen. Bei dem Bauvorhaben im Gesamtbetrage von 480 000 Mark können bei normaler Beschäftigung im Achtstundentag und bewußter Ausschaltung jeder Ueberstunde rund

120 Arbeiter auf die Dauer von 6 bis 7 Monaten beschäftigt

werden. Hierbei bleiben unberücksichtigt diejenigen Arbeitskräfte, welche indirekt zur Herstellung und Abtransport des Baumaterials aller Art beschäftigt werden können. Rechnet man insgesamt etwa 120 Arbeiter mit einer monatlichen Unterstützung von 70 Mark, welche bei Nichtbeschäftigung bezahlt werden müssen, so erspart die Stadt Merseburg pro Monat 8400 Mark, oder bei 6 Monaten 50 400 Mark. Hinzu kommt, daß diese Arbeiter **nach dieser Zeit für 39 Wochen aus der Unterstützung der Stadt ausfallen.** Da der Zweck des Bauvorhabens auch die Beschäftigung möglichst vieler selbständiger Personen aus Handwerk und Gewerbe ist, so wird grundsätzlich an einen Unternehmer nur ein Teil der anfallenden Aufträge seiner Berufsart vergeben.

Der Zweck des Baudarlehns ist, eine möglichst große Zahl bisheriger Wohlfahrtsunterstützungs-Empfänger zu beschäftigen. Die Lieferfirmen sind daher vor Auftragserteilung zu verpflichten, sämtliche Arbeitskräfte, mit Ausnahme der leitenden Personen und des notwendigen Aufsichtspersonals, durch Vermittlung des Arbeitsamts Merseburgs zu beziehen. Mit dem Arbeitsamt ist vorher zu vereinbaren, daß bis zur Ausschöpfung der letzten Möglichkeit nur die Vermittlung solcher Personen erfolgt, welche Wohlfahrtsunterstützung beziehen.

Die Inangriffnahme der Arbeiten ist unverzüglich vorzubereiten.

Der Baubeginn muß spätestens der 1. April 1931 sein.

Die Initiative der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zur Behebung der Arbeitslosigkeit wird nicht eher aufhören, bis dieser ungeheure wirtschaftliche Druck, der auf der Arbeiterschaft lastet, endgültig behoben ist.

Beginn der Arbeitsgemeinschaften

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung über kulturelle Vorträge und Arbeitsgemeinschaften der städtischen Deputation für Kunst und Volksbildung wird uns weiter mitgeteilt, daß unter anderem folgende Themen behandelt werden: „Das 19. Jahrhundert im Spiegel der Kunst." Die Vorträge mit Lichtbildern finden ab 6. März jeden Freitag von 20.15 bis 22 Uhr in der Aula der Mittelschule statt und werden von Lehrer Thielsen geleitet.

Weiter wird eine Arbeitsgemeinschaft über „Die deutschen Dome" unterrichten. Von der Entstehung der christlichen Gotteshäuser aus wird die Entwicklung der Baustile bis zum Barock behandelt. Zahlreiche Lichtbilder werden die Eigentümlichkeiten aller Kirchenbaustile zeigen. Diese Vorträge mit Lichtbildern finden ab 6. März jeden Freitag von 17.15 bis 19 Uhr in der Aula der Mittelschule statt. Geleitet wird die Arbeitsgemeinschaft von Gröger.

„Das deutsche Drama des 19. Jahrhunderts als Spiegelbild deutschen Geistes" ist Thema einer Arbeitsgemeinschaft, die die geistigen Hauptströmungen Sozialismus, Individualismus, Realismus, Idealismus, Materialismus, Monismus, mechanistische Weltanschauung, Darwinismus, Religion aufzeigen will. Die Vorträge finden ab 3. März jeden Dienstag von 20.15 bis 22 Uhr in der Aula der Mittelschule statt. Leiter: Dr. Ernst Kaminski.

Naphtali spricht

Am Mittwoch, dem 25. Februar, abends 8 Uhr, findet im „Tivoli" für Gewerkschaftsfunktionäre ein Vortrag des freigewerkschaftlichen Wirtschaftspolitikers Naphtali, Mitglied des Reichswirtschaftsrates und des Forschungsinstituts für Konjunktur und Wirtschaft, statt mit dem Thema „Gibt es einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise".

Am 17. März Provinziallandtag

Das Preußische Staatsministerium hat den Provinziallandtag der Provinz Sachsen auf Dienstag, den 17. März, nach Merseburg berufen. Die Eröffnungssitzung findet an diesem Tage um 15½ Uhr im Provinzialständehaus in der üblichen Weise statt.

Auf der Landstraße im Nebel verunglückt.

Gestern vormittag ereignete sich auf der Hallischen Chaussee ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Privatkraftwagen, der aus Richtung Halle kam, wollte zwischen Kilometerstein 12,6 und 12,7 einen Radfahrer überholen. Infolge des herrschenden Nebels übersah der Führer, daß aus Richtung Merseburg im gleichen Augenblick ein Lastkraftwagen kam. Durch starkes Bremsen kam derselbe ins Schleudern, so daß die Wagen zusammengerieten und der Radfahrer, ein Arbeiter R. aus Merseburg, vom Rade gestoßen wurde. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Mann von dem Lastkraftwagen, der nur leicht beschädigt wurde, ins Krankenhaus gebracht. Der Privatkraftwagen mußte stark beschädigt abgeschleppt werden.

Regierungspräsident v. Harnack bei der Arbeiterjugend.

Auf dem letzten Heimabend der SAJ. war Genosse v. Harnack anwesend. Wie stets zu Vorträgen, war auch diesmal das Heim überfüllt. Trotzdem lauschte alles mit Spannung den Ausführungen des Regierungspräsidenten, der über das Thema „Jugend und Staat" sprach. In anschaulicher Weise schilderte er in kurzen Zügen das Werden der deutschen Demokratie mit besonderer Berücksichtigung der Nachkriegszeit. Dabei warf er selber Fragen auf, die die Jugend zur Kritik an der politischen Arbeit der Sozialdemokratie anregten. Aus der Entwicklung des Themas ergab sich dann von selbst die Stellungnahme der Jugend zum Staat und umgekehrt. Im Anschluß daran behandelte er auf Wunsch der Jugend noch die Arbeitsdienstpflicht. Alles in allem, es war ein Vortrag, der für die Jugend in überreicher Fülle Probleme aufrollte und ihr Anlaß zu weiteren Diskussionen geben wird. Die frische lebendige Art des Vortragenden ließ Befangenheit bei der Jugend nicht aufkommen, so daß sich das frohe Treiben in der Gruppe wie gewöhnlich entwickelte.

Einwohnerversammlung.

Leuna. Gestern abend fand in der Turnhalle der Ludwig-Jahn-Schule die lange angekündigte und erwartete Einwohnerversammlung der Gemeinde statt. Annähernd 800 Personen waren erschienen, um sich Aufklärung über den Stand der Gemeinde Leuna zu holen. Ein Artikel der Nazizeitung „Kampf" hatte in verleumderischer Art und Weise die Verwaltung der Gemeinde Leuna angegriffen. Der Nazihäuptling Simon versuchte gestern, diese Angriffe als „humoristisch gemeint" hinzustellen. Er mußte sich aber von dem größten Teil der Versammlungsteilnehmer sagen lassen, daß derartiger „Humor" als mindestens sehr geschmack- und geistlos zurückgewiesen wird. Der „Pg." Dr. Tölpel machte mit seinen Ausführungen seinem Namen alle Ehre. Die übrigen, angeblich akademisch gebildeten, Nazis benahmen sich nicht wie Gebildete, so daß einer von ihnen gleich nach Beginn der Versammlung nach Hause geschickt werden mußte. Der Vertreter der äußersten Linken blamierte sich ebenfalls nach bestem Können nach dem Motto: „Ich habe gesprochen, und was ich gesprochen habe, war Quatsch." Die sachlichen Ausführungen des Gemeindevorstehers Cornely wurden mit starkem Beifall aufgenommen und durch den Redner der SPD., Genossen Tenhagen, wirkungsvoll unterstrichen. Wir kommen ausführlich auf die Versammlung zurück.

Schladebach. Die Pleite im Konsumverein Merseburg können auch die hiesigen „altbewährten" Funktionäre kommunistischen Stils nicht mehr aufhalten. 50 Genossenschaftler der Verkaufsstelle 5 (Kötschau) haben bis jetzt ihren Austritt aus dem Konsum vollzogen. In letzter Zeit machten Theodorchen und seine Untertanen bei einem Teil der ausgetretenen Mitglieder Visite, um sie wieder als Mitglied zu gewinnen. Auf die talentvollen, wunderbaren Erzählungen der Kommunisten sind 2 (in Worten zwei) Einwohner aus Kötschau und Witzschersdorf hereingefallen. Noch einmal warnen wir ausdrücklich vor Eintritt in den kommunistischen Pleiteladen. Der Konsumverein Merseburg hat seine Zahlungsunfähigkeit erklärt. Außerdem droht den Mitgliedern die Gefahr, noch mit der Haftsumme von 50 Mk. herangezogen zu werden. Einwohner von Schladebach, Kötschau und Witzschersdorf! Laßt nicht mit Euch Schindluder treiben. Gebt den Kommunisten die richtige Antwort!

Weißenfels. Keine Steuernacherhebung im Landkreise Weißenfels. Die preußische Regierung hat den Beschluß des Weißenfelser Kreistags auf nochmalige Erhöhung der Kreisumlage beanstandet. Die Nachtragsumlage darf daher nicht erhoben werden; ebenso dürfen die Realsteuern, die einzelne Gemeinden in Verfolg des Kreistagsbeschlusses vorgesehen haben, nicht durchgeführt werden.

Die Nazis auf der Anklagebank!

Sonnabend, den 21. Februar, 20 Uhr, spricht im Gasthof Oome

in Großkayna

Polizeipräsident Krüger (Weißenfels).

Holt Euch Aufklärung! Alle Volkskreise sind hierzu eingeladen.

Kreis Querfurt

Neues SPD.-Büro.

Für die Ortsvereine des Kreises Querfurt und der zugeteilten Orte des Kreises Eckartsberga haben wir in Querfurt, Taheimstraße 13 (Telephon 676), ein Sekretariat eingerichtet. Sprechstunden: Dienstags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends von 11 bis 17½ Uhr.

Der Unterbezirksvorstand.

Die Entführung.

„Es sollte doch nur ein Spaß sein!" sagte Karl K. aus Laucha immer wieder, als er sich vor dem Großen Schöffengericht in Naumburg verantworten mußte. Es ist ein verdammt teurer Spaß geworden. Und das kam so:

Ein schöner Herbsttag. In der „Erholung" in Grochlitz im schönen Saaletal unweit Naumburg ist Hochbetrieb. Karl, Chauffeur von Beruf, ist mit seinem Chef und dessen Wagen ebenfalls dabei, und als man in übermütiger Stimmung an die Heimfahrt denkt, werden zwei junge, hübsche Naumburgerinnen zur Mitfahrt eingeladen. Der feierliche Schwur, sie bestimmt in Naumburg auszuladen, verleitet die beiden, mitzufahren. Karl jedoch denkt, das Eisen zu schmieden, solange es warm ist, und statt in Naumburg anzuhalten, geht's, heidi, die Hallesche Straße entlang. Den beiden Mädels fallen vor Schreck sämtliche Mädchenhändlergeschichten ihrer Pubertätsjahre ein, sie sehen sich schon in brasilianischen Freudenhäusern schmachten, und um diesem schrecklichen Schicksal zu entgehen, springt die eine kurzerhand aus dem fahrenden Auto. Sie hat Glück und landet mit nur leichten Verletzungen im Straßengraben. Die andere kann der entsetzte Chef vor dem gefährlichen Sprung festhalten. Jetzt merkt Karl, daß es Ernst wird und hält an. Wie schon gesagt, hatte das Gericht nicht das geringste Verständnis für den „Spaß". 3 Monate Gefängnis wegen Freiheitsberaubung beantragte der Staatsanwalt, und der als Nebenkläger zugelassene Vater des verletzten Mädchens verlangte außerdem eine Bestrafung wegen Körperverletzung. Das Gericht gab beiden Anträgen statt und verurteilte den darob ganz verdutzten Karl wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis.

Querfurt. Holzverkauf. Morgen, Sonnabend, den 21. Februar, 13 Uhr, werden in den Kuhbergen etwa 230 Raummeter Kiefernstangenholz öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung verkauft. Der Durchmesser der Stangen beträgt am starken Ende etwa 20 Zentimeter.

Nebra. Holzverkauf. Im Gasthause zu Wippach gelangen Montag, den 23. Februar, aus den Abteilungen 1, 2, 3, 4, 5 nachstehende Brennhölzer meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf: Zirka 230 Raummeter Buchenscheite, zirka 8 Raummeter Buchenknüppel, zirka 150 Raummeter Buchenreisig I. Klasse. Zusammenkunft 10½ Uhr vormittags.

Familien-Nachrichten

Halle: gest. Karl Otto; Wilhelm Münster; Elisabeth Schmidt. Delitzsch: gest. Albert Hempel. Eilenburg: gest. Traugott Angermann. Falkenberg: gest. Karl Reuther. Bönitz: gest. Wilhelm Schultze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219310220-15/fragment/page=0006

Auch in Nebra unterstützt die KPD. die Bürgerlichen

Nebra. In der Stadtverordnetensitzung wurde die Ehefrau Hankel als Stadtverordnete für den ausgeschiedenen KPD.-Stadtverordneten Rosenstock verpflichtet. Bei der

Wahl des Büros

entpuppte sich unsere KPD.-Fraktion wieder als richtige „Arbeitervertretung". Statt den SPD.-Vorschlag bei der Stichwahl zu unterstützen, gab die Moskaufraktion weiße Zettel ab. Dadurch verhalf sie nicht hier wieder einem Bürgerlichen zum Vorsteherposten. In der Stichwahl des stellvertretenden Vorstehers wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen und der SPD. ein Sozialdemokrat gewählt. Die Sowjetfraktion gab wiederum weiße Zettel ab. Den Schriftführer- und -stellvertreterposten besetzten die Bürgerlichen.

Den Antrag auf Wiedergewährung einer Pension an den früheren Bürgermeister Müller wollte der Bürgerblock schmälern, er kam aber bei dem Beigeordneten Moritz (Stp.) schief an. M. hat die Stadtverordneten mehrmals, den Magistratsantrag auf lebenslängliche Zahlung der Pension anzunehmen. Demgemäß wurde beschlossen. Um die Gewährung eines Mietzuschusses an den in Nebra stationierten Landjäger entspann sich eine scharfe Debatte. Die Linke wollte von einem Zuschlag nichts wissen, da die Wohnung für zwei Personen zu groß und zu teuer wäre. Bei der Abstimmung siegte der Bürgerblock, da einer der Linken sich seiner Stimme enthielt. Es handelt sich um einen Wohnungswechsel des Landjägers, der jetzt eine höhere Miete zahlen muß, als ihm der Staat zubilligt.

Bei dieser Aussprache betätigte sich die KPD.-Zuhörer- und -Gesellschaft schon fleißig und regsam mit Störungsversuchen. Der Vorsteher mußte von seinem Hausrecht Gebrauch machen. Die Polizei wies zwei Zuhörer aus dem Saal. Ein KPD.-Stadtverordneter erhielt einen Ordnungsruf. — Auch die

Ausführung von Notstandsarbeiten

brachte eine lebhafte Aussprache. Die Sitzung stand schon von Anfang an unter dem Zeichen des KPD.-Radauklubs, der sich durch fortgesetzte Zwischenrufe bemerkbar machte. Das steigerte sich immer mehr bis zum Schluß der Tagesordnung. Die Aussprache ging unter dem Lärm der Zuhörer teilweise verloren. Der Vorsteher ließ daher abermals mehrere Zuhörer durch die Polizei aus dem Saale verweisen. Das war das Zeichen für die KPD.-Fraktion: Alle Schuld wurde den „Sozialfaschisten" zugeschoben. „So sieht eure Einheitsfront aus, ihr Arbeiterverräter", „ihr Kapitalistenknechte" und anderes mehr schrien die Kapebisten. Leider finden sich immer wieder Dumme, die auf das Gebrüll eines kleinen Häufleins hereinfallen und den KPD.-Führern Vorspanndienste leisten.

Arbeiter Nebras, wollt Ihr Euch das Treiben der fünf Mann starken KPD. in Nebra noch länger gefallen lassen? Lug und Trug ist ihr Spiel. Das haben sie allein schon bei der Vorsteherwahl bewiesen.

Der Magistratsantrag auf Ausführung von Notstandsarbeiten (Steinekloppen je Quadratmeter 2,50 Mk.) wurde gegen 5 Stimmen angenommen.

Saalkreis

„Volksblatt"-Vertretungen in **Ammendorf:** Willh Schönherr, Neue Straße 71. — **Wettin:** Erich Kramer, Markt. — **Könnern:** Kurt Schlüter, Peter-Hohmann-Straße 6. — **Löbejün und Umg.:** Paul Koch, Lange Straße 22.

Wissen Sie es schon? —

Wer der Achtgroschen-Junge von Nietleben ist?

Aus Nietleben wird uns geschrieben:

Daß das „Volksblatt" die Wahrheit über die hiesigen Zustände schreibt, erkennt man bei einem Vergleich mit dem Schwindel-Pamphlet „Der Knüppel", Herausgeber KPD., Redakteur Otto Wolf, 1. Vorsitzender der KPD. in Nietleben. Dieser „Ritter von der traurigen Gestalt" (nach Cervantes Roman „Don Quichote") kann nicht eine einzige unserer Behauptungen widerlegen, sondern nur noch bekräftigen. Daß der Artikel nicht „bloß ein Pfund" wiegt, wie der im Denunzianten-Knüppel, sondern mindestens einen Zentner, geht daraus hervor, daß „Wölfchen" in seinem „Knüppel" sich zu den „Achtgroschenjungen-Manieren" verleiten läßt.

Aber Herr Wolf, warum nennen Sie denn keine Namen? Sie scheinen doch über die Diebstähle und so weiter sehr gut unterrichtet zu sein? Hier können Sie sich doch den Judas-Lohn verdienen, der für die Aufklärung solcher Taten von den Behörden ausgegeben wird. Also

heraus mit den Namen!

Solange das nicht geschieht, trifft auf Sie ein bekannter Ausspruch über Denunzianten zu.

Was die Sache mit Wolfs Stiefbruder, dem bürgerlichen Gemeindevertreter Hauk, betrifft, sei hier folgendes festgestellt: Nicht wir sind Herrn Hauk den Beweis schuldig geblieben, sondern Hauk unserem Genossen, welcher nach wie vor seine Behauptung aufrecht erhält, weil sie der Wahrheit entspricht.

Herr Wolf erlaubt sich auch einen Witz. Er schreibt: „Ist ein Tänzchen gefällig, bitte, wir spielen auf!" Wohlan, Herr Wolf, wir beginnen den Tanz! Sie haben wahrscheinlich schon einmal etwas von Mozarts Komischer Oper „Figaros Hochzeit" gehört, nur scheinen Sie dieses Meisterstück Mozarts nicht begriffen zu haben, sonst hätten Sie bestimmt den Taktstock, genannt „Knüppel", nicht zu diesem Tänzchen geschwungen. In dieser Oper singt im 1. Akt der Kammerdiener des Grafen, Figaro, der weiß, daß es der Graf mit der ehelichen Treue nicht so genau nimmt und auch versucht, bei der Braut des Figaro anzubändeln, voll humorvoller Eifersucht: „Will nicht das Gräflein ein Tänzchen wagen, mag er's nur sagen, ich spiel ihm auf; soll ich im Springen ihm Unterricht geben! Auf Tod und Leben bin ich sein Mann." Ist das nicht fein, Herr Wolf? Nur hätte der arme Prolete, dessen Familienglück Sie zerstört haben, nicht die Elle in humorvoller Weise, sondern den von Ihnen zum Vorbild erhobenen Knüppel voller Wucht unter diesem Gesang schwingen müssen. Ob dieser Abschnitt nicht mindestens 50 Pfund wiegt, Herr Wolf?

Sie werden sagen nein, aber wir sagen, die Säcke auf der Alten Zementfabrik wogen 100 Pfund. Da kann man bei der Akkordschufterei sogar von der Rampe „fallen".

Arbeiter, Einwohner von Nietleben, dieser Mensch, der zu jeder Zeit bereit ist, einen körperlich schwächeren Arbeitskollegen bei der Arbeit zu überturnen, nennt sich Kommunist. Hat ihn einmal der Kadi erwischt, so bittet und betteltt er beim Ortspfarrer um Unterstützung. Ja, er läßt dann schnell die Kinder taufen. Arbeiter von Nietleben, erkennt Ihr denn nicht, daß Ihr von diesem Mann nur in die Irre geführt werdet?

Hierfür zum Schluß ein Beispiel: Im „Knüppel" veröffentlicht man auch Inserate von Geschäftsleuten, aber keins von dem angeblich so glänzend dastehenden AKB. Wie kommt das, Herr Wolf? Hat etwa Herr Major a. D. Beil die Inseratenkosten verweigert? Oder besitzen Sie tatsächlich noch so viel Ehrgefühl, daß Sie es nicht wagen, der Arbeiterschaft dieses „Rote Proviantamt" zu empfehlen? Und nun zum Schluß: Warum wandern Sie denn nicht auch in das gelobte Sowjet-Rußland? Ist Ihnen dort zu kalt? Oder läßt es sich mit der „Hungerunterstützung", die bestimmt nicht unseren Beifall findet, besser leben, als im gelobten Land? Wir warten auf Auskunft.

Staatsbürgerlicher Bildungstag des Saalkreises

in Verbindung mit der Reichszentrale für Heimatdienst — Landesabteilung Mitteldeutschland.

Am Sonnabend, dem 28. Februar 1931, vormittags 9 Uhr, findet ein Staatsbürgerlicher Bildungstag im Thalia-Saal in Halle statt. Als Vortragende sind gewonnen: Dr. Schwannecke (Magdeburg), Schulrätin Dr. Rosenow (Halle) und Landrat Dr. Lucas (Neuhaldensleben). Besprochen werden staatsbürgerliche, politische und wirtschaftliche Themen.

Reges Interesse am Gemeindeleben.

Gröbers. In der Gemeindevertretersitzung am 16. Februar sollte die Bereiterklärung abgegeben werden, daß die Separationswege von der Gemeinde übernommen werden. Dieser Punkt wurde aber vertagt. Im zweiten Punkte wurde der Wohnungsausschuß gewählt. Dafür wollte sich aber niemand hergeben; deshalb wurde Wiederwahl beantragt. Einer der Bürgerlichen wollte aber nicht mehr dabei sein, da er anscheinend für die Wohnungsuchenden nichts mehr übrig hat. Wohlwollenderweise übernahm unser Genosse Kirsten dieses Amt. Danach wurden für den Feuerwehrlehrgang in Diemitz unser Genosse Kirsten sowie Stellmachermeister Schaaf vorgeschlagen. Mitgeteilt wurde, daß ein Radfahrweg von Gröbers nach Osmünde vom Kreise angelegt wird, wobei die Gemeinde die anteiligen Kosten tragen soll.

Es entspann sich weiter eine ausgedehnte Debatte über die durch den Regierungspräsidenten anders bestimmten Steuerzuschläge. Ein bürgerlicher Hausbesitzer bergaß sich dabei, so daß er für sein Verhalten vom Vorsitzenden eine Rüge erhielt.

Ein Antrag, die Gemeinde möge die Zubrüsse zu den angekfahrenen Kohlen für die Erwerbslosen mit übernehmen, wurde von unserem Genossen Kirsten dahin ausgedehnt, daß, damit auch die Gutsbesitzer etwas für die Erwerbslosen tun, ihnen nur 1,50 Mk. pro Stunde berechnet wird. Das wurde einstimmig beschlossen.

Die Gemeindeeinwohner hatten sich zur Sitzung in Stärke von fast 50 Personen eingefunden.

Erfolg für Partei und Presse.

Gröbers. Im Monat Januar unternahm die Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei Gröbers-Osmünde-Schwoitsch eine Werbeaktion für das „Volksblatt". Trotz der Wirtschaftskrise hatten wir einen sehr guten Erfolg zu verzeichnen, auch für Monat März sind schon wieder Neuaufnahmen gemacht worden, so daß dadurch die Zahl der „Klassenkampf"-Leser überholt werden konnte und auch die bürgerliche Presse einen Rückgang verzeichnen muß. Auch weiterhin werden unsere Genossen hier bestrebt sein, den Arbeitern klarzumachen, welche Presse für sie allein in Frage kommt.

Aber auch in der Parteibewegung selbst wurden gute Fortschritte gemacht. Dies alles ist wohl ein Zeichen, daß es wieder vorwärts geht. Die Herren von der Kuharbeiterparteiparteipartei

Was leistet die SAJ.?

Rückblick auf ein Jahr Tätigkeit sozialistischer Arbeiterjugend im Bezirk Halle-Merseburg

Die Bezirkskonferenz.

Die Bezirkskonferenz der Sozialistischen Arbeiterjugend des Bezirks Halle-Merseburg findet am Sonntag, dem 22. Februar, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saal des „Volksparks" in Halle mit folgender Tagesordnung statt:

1. **Berichte:**
   a) **Geschäftsbericht.**
   b) **Kassenbericht.**
   c) **Bericht der Revisoren.**
2. **Jahresprogramm 1931:**
   a) **Bildungsarbeit.**
   b) **Reichszeltlager und Reichsjugendtag.**
3. **Anträge.**
4. **Wahlen.**
5. **Referat: „Arbeiterjugend und faschistische Gefahr". Referent: Erich Ollenhauer (Berlin).**

Die Bezirksarbeit im Jahre 1930

Dem Geschäftsbericht der SAJ.-Bezirksleitung entnehmen wir:

Als wir das Jahr 1930 antraten, waren wir voll der Hoffnungen auf eine Besserung der Lage des proletarischen Jungvolks. Wir sind jedoch darin bitter getäuscht worden.

Wirtschaftlich gesehen trat eine weitere Verschlechterung ein, die sich auch besonders auf die heranwachsende arbeitende Jugend auswirkte. Die durch das kapitalistische System erzeugten Not- und Elendsphasen sind dazu angetan, große Teile der Arbeiterschaft, insbesondere ihrer Jugend, um ihre persönliche und gesellschaftliche Sicherheit, ihr Selbst- und Klassenbewußtsein zu bringen. Daß dem so ist, zeigen uns die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe des Jahres 1930. Sie dürften aber

das Signal zu verstärkter Werbe-, Erziehungs- und Bildungsarbeit

sein. Die Wahl am 14. September ist ein deutliches Zeichen dafür, daß weite Volkskreise, ja, Teile des Proletariats, ins gegnerische Lager geschwenkt sind. Den größten Teil dieser Wählerschaft der gegnerischen Parteien (NSDAP.) stellt die junge Generation. Es dürfte hier auch mit an uns, an unserer Agitations- und Werbekraft liegen, um den Jungarbeiter auf den richtigen Weg zu bringen. Grenzen — finanzieller und sächlicher Art — werden uns immer bei der Arbeit gesetzt sein. Keine Grenzen sind uns aber bei der Werbung der Jugendlichen gesetzt. Unermüdliche Arbeit läßt uns das gesteckte Ziel erreichen:

10 Prozent der Parteimitgliedschaft!

Lernen wir, wo es sich notwendig macht, vom Gegner. Wir brauchen uns nicht ihre Agitationsmethode anzueignen, können uns aber auf dem Gebiete der Propaganda und Werbung viel von dem zu eigen machen, was die anderen durch rohe und brutale Propaganda-Mittel verzerren und beschmutzen.

Aktiver denn je soll uns das Jahr 1931 vorfinden. Gilt es doch, auch unsere Propaganda und Werbung durchzuführen unter dem Losungswort: „Wo bleibt der zweite Mann!"

Die Organisation.

Auf dem 1929 geschaffenen Fundament war es möglich, 1930 weiter aufzubauen. In vielen Orten wacht sich in der Parteibewegung das Fehlen der Jugend bemerkbar und man ging dazu über, den Boden für eine Jugendgruppe vorzubereiten. So konten wir die Zahl unserer Ortsgruppen von 45 auf 58 erhöhen. Diese Erhöhung entspricht einer Steigerung um 28,8 Prozent. Die Mitgliederzahlen konnten um 9,13 Prozent gesteigert werden. Gegenüber der Parteimitgliedschaft im Bezirk hatten wir in den Jahren 1928 und 1929 5,7 Prozent, während wir es 1930 auf 6,2 Prozent bringen konnten. Wir konnten in dem stark landwirtschaftlich eingestellten Unterbezirk Eilenburg selbst auf dem Lande Bresche schlagen. Ebenso war es möglich, in Mansfeld einen weiteren Aufbau durchzuführen. Dieser Erfolg dürfte auch auf den in Eisleben so wunderbar verlaufenen Bezirksjugendtag zurückzuführen sein. Unsere Erwartungen, daß im neugebildeten Unterbezirk Liebenwerda, einem industriellen Bezirk, ein Erfolg zu verzeichnen sein müsse, wurden nicht getäuscht. Der Grundstein ist gelegt und die Aussichten für weitere Erfolge sind ebenfalls gut zu nennen. Nicht vergessen soll sein, daß auch im Zeitzer Bezirk Fortschritte gebucht werden.

Bildungswesen und Schulungskurse.

Wir hatten uns vorgenommen, im Jahre 1930 den Versuch zu machen, die Wochenendkurse zu einem achttägigen Schulungskursus zusammenzufassen. Fest steht, daß bei der Durchführung von Wochenendkursen eine Erfassung breiter Funktionärschichten möglich ist, während bei einem Schulungskursus nur eine ausgewählte Teilnehmerzahl in Frage kommt, die aber eine um so konzentriertere Arbeit leisten kann. Es ist für 1930 eine

weitere Verjüngung unserer Mitgliedschaft und unserer Funktionäre

festzustellen, was wir in der kommenden Bildungs- und Schulungsarbeit berücksichtigen müssen. Bezirks- und Unterbezirkskurse sollen eine gegenseitige Ergänzung darstellen.

Die Bezirksveranstaltungen 1930.

1. Bildungskursus im Januar 1930. Referent: Engelbert Graf (Dürrenberg): 47 Teilnehmer.

2. Pfingstzeltlager 1930: Die Unterbezirke Halle, Mansfeld und Sangerhausen trafen sich in Bornstedt, um dort ein sozialistisches Gemeinschaftsleben für einige Tage der Freizeit zu führen. Die Teilnehmerzahl betrug 220

3. Der Unterbezirk Zeitz veranstaltete am Scheiblizer Schachteich bei Tenchern ein Lager mit rund 200 Teilnehmern.

4. Auch der Bitterfelder Unterbezirk sammelte sich in der Dübener Heide bei Radis mit etwa 120 Teilnehmern.

Die Zeltlagerarbeit ist zu einem wichtigen Bestandteil unserer sozialistischen Erziehungsarbeit geworden. Die Betonung dieser Arbeit ist notwendig, da durch die Zeltlager

eine gemeinschaftsgestaltende Gesinnung

erzeugt wird.

5. Der Bezirksjugendtag fand in Eisleben, der Metropole des Bergbaureviers von Mansfeld, statt. Dieser Jugendtag mit allen seinen Veranstaltungen war der Höhepunkt unserer bezirklichen Arbeit, zumal er die Geschlossenheit und Stärke unserer Bewegung repräsentierte. 800 Mitglieder nahmen teil. Dieses große Erlebnis hatte nachhaltige Wirkung, wurde doch dadurch der Gedanke für solche Jugendtreffen größeren und kleineren Stils geweckt. — Zeigen wir uns im kommenden Jahre öfters und überall, wo sich Gelegenheit bietet, und wo es not tut.

6. Vom 14. bis 20. September fand im Landjugendheim Düben eine von 25 Genossen besuchte Schulungswoche statt. Die Auswahl der Referenten, der Kursusstoff, wie die Zusammensetzung des Kursus waren eine gute.

7. Der Bezirk beteiligte sich auch an den Reichskursen mit elf Vertretern.

Das Kapitel „Kommunisten".

Unter der Parole „Verräter an der Arbeit" gaben wir einen Rundbrief an unsere Gruppen, der eine Aufstellung der kommunistischen Schandtaten enthielt. Der sichere Vorwärtsgang im Bezirk Halle und die weiteren Fortschritte im Reich brachten die Zentrale der KJV. auf den Gedanken, unserer Parole: „Wo bleibt der zweite Mann", ein Paroli entgegenzusetzen. Neben der Zersplitterungsarbeit, die durch das Aufziehen einer „SAJ.-Opposition" geleistet werden soll, geht man nun zum offenen Angriff über mit der Zielsetzung, „die Liquidierung der SAJ.-Bewegung" zu erreichen. Vielleicht wäre diesen „Klassenkämpfern" mehr gelungen, wenn nicht die SAJ.-Bezirks- und Gruppenleitungen die Angriffe abgewehrt hätten.

Die KJ. ist in unserem Bezirk, abgesehen vom Bestand einiger weniger Gruppen, ein Trümmerhaufen. In Scharen gehen ehemalige KJ.-Mitglieder zu den Faschisten über. Es ist uns gelungen, die Angriffe der KJ. im Keime zu ersticken, wie z. B. in Naumburg und Artern.

Die kommunistische Presse bringt fast täglich Meldungen über den Uebertritt ganzer Gruppen und Funktionäre aus der SAJ. Wir glauben, daß für uns eine Ursache zur Antwort auf diese Schwindelmeldungen nicht besteht. Unsere stille, zähe Arbeit soll der Beweis sein, daß wir nicht nur das Vorhandene verteidigen, sondern daß wir Neuland gewinnen wollen. Trotz Hetze und Verleumdungen konnten wir 1930 Erfolge buchen. Vorwärts! lautet die Parole, wir müssen und wir werden siegen!

Organisatorisches.

Folgende Zahlen sind von Interesse: 3 Ortsgruppen benutzen eigene Jugendheime, 16 Ortsgruppen benutzen öffentliche Jugendheime, 37 Ortsgruppen müssen noch in Gastwirtschaften zusammenkommen, 15 Ortsgruppen haben eigene Bibliotheken mit zusammen 1680 Büchern

An Veranstaltungen der Gruppen gab es im 1. Quartal 1930 890 mit insgesamt 14 519 Teilnehmern, im 2. Quartal 945 mit 16 611 Teilnehmern, im 3. Quartal 1015 mit 15 705 Teilnehmern und im 4. Quartal 1094 mit 17 627 Teilnehmern.

Die SAJ.-Gruppen liegen in den Unterbezirken wie folgt verteilt:

Zeitz: 13 Gruppen. Mansfeld: 10 Gruppen. Bitterfeld: 9 Gruppen. Merseburg: 9 Gruppen. Halle: 5 Gruppen. Eilenburg: 5 Gruppen. Liebenwerda: 5 Gruppen. Sangerhausen: 2 Gruppen.

WO bleibt der ZWEITE MANN ?

Erich Ollenhauer

(Berlin), der Verbandsvorsitzende der SAJ. spricht am kommenden Sonntag in **Halle** auf der Bezirkskonferenz der SAJ. Halle-Merseburg über

Arbeiter-Jugend und faschistische Gefahr!

Alle an der Jugendbewegung interessierten Parteigenossen werden aufgefordert, sich anzuhören, was ihnen der Führer der SAJ. zu sagen hat. Einlaß zum Referat 14.30 Uhr (kl. Volksparksaal).

Für die hallische SAJ. ist es Ehrenpflicht, der Konferenz von Anfang an (10.00 Uhr) beizuwohnen

Jahresprogramm 1931.

7./8. März: Kursus für erwerbslose SAJ.-Mitglieder der Unterbezirke Halle, Merseburg, Mansfeld und Sangerhausen in Halle. Thema: Die Not der erwerbslosen Jugend. Referent: Kreisjugendpfleger Wegmann (Zeitz).

22. März: Zusammenkunft der Werbe- und und Gruppenleiter in Halle. Thema: Unsere Frühjahrs- und Sommerarbeit. Referenten: Mitglieder der Bezirksleitung.

22./28. März: Reichswerbewoche.

23./25. Mai: Pfingsten. Unterbezirkszeltlager Unterbezirkstreffen.

23./28. August: Reichszeltlager Namedy.

28./30. August: Reichsjugendtag in Frankfurt am Main.

6. September: Reichssportfag.

27. September: Zusammenkunft der Werbe- und Gruppenleiter in Halle. Thema: Unsere Bildungs- und Werbearbeit. Referenten: Mitglieder der Bezirksleitung.

4. Oktober: Internationaler Jugendtag.

22. November: Funktionärkursus in Halle. Thema: Der Weg zum Sozialismus.

6. Dezember: Mädeltagung in Halle. Thema: Die Stellung der Frau im Gegenwartsleben.

31. Dez./1. Jan.: Jahreswendtreffen der Unterbezirke.

Mitte Januar: Führeraussprache. Thema: Die materialistische Geschichtsauffassung.

*

Jeder Unterbezirk soll im Jahre 1931 zwei Kurse im Unterbezirksmaßstabe durchführen. Davon soll einer Bildungsfragen, der zweite Spiel- und Sportfragen erörtern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219310220-15/fragment/page=0008

An alle Organisationen!

Um zu vermeiden, daß durch das gleichzeitige Stattfinden größerer Veranstaltungen der verschiedensten Arbeiterorganisationen an einem Tage Schädigungen eintreten, ist vereinbart worden, daß im Parteisekretariat des SPD.-Ortsvereins Halle, Harz 42/44, Telephon 310 30, künftig eine Liste geführt wird, in der sämtliche Termine der einzelnen Veranstaltungen der betreffenden Organisationen eingetragen werden. Um diese Liste immer auf dem Laufenden zu halten, werden die Organisationsleitungen gebeten, alle Termine sofort nach ihrer Festlegung dorthin zu melden bzw. vor Festlegung von Veranstaltungen im Parteisekretariat anzufragen, ob an dem in Aussicht genommenen Tage schon andere Veranstaltungen angesetzt sind.

Der Aktionsausschuß.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Monat Januar 1931.

Nach Mitteilung des Deutschen Braunkohlen-Industrievereins betrug im mitteldeutschen Braunkohlengebiet im Januar die Braunkohlenförderung 7 082 568 Tonnen (im Vormonat 7 794 419 Tonnen), die Braunkohlenbrikettherstellung 1 628 635 Tonnen (im Vormonat 1 692 049 Tonnen und die Braunkohlenkoksgewinnung 55 241 (im Vormonat 54 526 Tonnen).

Der Witterungsumschlag, der die Lage auf dem Brikettmarkt flüssiger gestalten sollte, setzte nicht ein. Die kurzen Kältewellen belebten nur vorübergehend die Abrufe. So war es im Gebiete des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats möglich, den Stapelbestand etwas herabzumindern.

Der Buchdrucker-Gesangverein „Gutenberg"

veranstaltet am Sonntag unter der bewährten Leitung seines Dirigenten Kapellmeisters Leo Schönbach ein Nachmittagskonzert für die Gefangenen im hiesigen Gefängnis. Am vergangenen Sonntag veranstaltete der Verein eine kleine Morgenfeier im Elisabeth-Krankenhaus anläßlich des 50. Geburtstages eines zurzeit dort krankliegenden Kollegen. Im Monat März findet noch ein Konzert für die Insassen des Städtischen Alters- und Pflegeheims statt. Wir wünschen, daß sich vorgenannter Verein noch weiter in den Dienst der guten Sache stellt, dann wird ihm auch bei allen seinen Veranstaltungen ein großer Erfolg beschieden sein.

Das Krankengeld der Arbeitslosen.

Neue Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes.

Die Höhe des Krankengeldes richtet sich bei Arbeitslosen nach dem jeweiligen Betrage der Arbeitslosenunterstützung. Für die Bemessung des Krankengeldes bei Arbeitslosen, die sich gemäß § 123 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bei ihrer Krankenkasse weiterversichert haben, gilt die Vorschrift des § 120 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes nicht, nach dem als Krankengeld derjenige Betrag gewährt wird, den der Arbeitslose als Arbeitslosenunterstützung erhielte, wenn er nicht erkrankt wäre. Arbeitslose sind auch während des Bezuges von Krisenunterstützung für den Fall der Krankheit versichert. Als Krankengeld wird derjenige Betrag gewährt, den sie als Krisenunterstützung erhielten, wenn sie nicht erkrankt wären.

Das Gesundheitswesen der Stadt Halle. Im Anschluß an den Volkshochschulvortrag des Herrn Stadtmedizinalrats Privatdozent Dr. Schnell über „Das Gesundheitswesen der Stadt Halle" findet morgen, Sonnabend, 15 Uhr, die dritte und letzte Führung statt. Besichtigt wird die Desinfektionsanstalt in der Freiimfelder Straße. Die Teilnehmer sollen einen Einblick in das Desinfektionswesen, in die Mücken- und Ungezieferbekämpfung usw. erhalten. Treffpunkt pünktlich 15 Uhr Freiimfelder Straße 69.

Wieder 2 Prozent Dividende bei David Söhne AG. In der Generalversammlung der David Söhne AG. in Halle wurde beschlossen, wieder eine Dividende von 2 Prozent bei reichlichen Abschreibungen zur Verteilung zu bringen. Wie mitgeteilt wurde, hat sich das Geschäft im neuen Jahr befriedigend angelassen.

Normung des Krankenscheins. Die Krankenkassenspitzenverbände haben sich über eine Normung des Krankenscheins verständigt. Krankenschein heißt der Ausweis, auf Grund dessen ärztliche Behandlung gewährt wird. Der Ausweis, auf den hin Krankengeld beansprucht wird, wird zum Unterschiede Krankengeldschein genannt. Der Krankenschein hat mehrere Abschnitte.

Feuer in der Moritzkirche. In einem Heizkanal in der Moritzkirche war Ruß zur Entzündung gekommen. Die Feuerwehr beseitigte den Schaden.

Sturz wegen schlüpfrigen Pflasters. Auf der Leipziger Chaussee in der Nähe des „Leuchtturms" stürzte infolge des schlüpfrigen Pflasters ein Motorradfahrer und verletzte sich beide Knien.

Diebe in der Schule. In der Nacht statteten Diebe dem Lyzeum I einen Besuch ab. Unter Anwendung von Nachschlüsseln drangen sie in die Verwaltungsräume ein, wo sie alles durcheinander warfen, da sie anscheinend nur nach Geld gesucht haben. Im Schreibtisch des Oberstudienrats fanden sie dann auch einen Geldbetrag vor, der von der Stadthauptkasse zur Auszahlung abgehoben worden war.

Die Darlehen an ältere Angestellte. Unter Mitwirkung der Reichsanstalt sind durch die Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen Deutschlands bis zum 30. September 1930 insgesamt 1853 Darlehen mit einem Gesamtbetrage von rund 2 538 000 Mk. ausgezahlt worden. Die Darlehen werden nach sorgfältigster Prüfung aller Verhältnisse an ältere erwerbslose Angestellte zum Aufbau einer neuen Existenz ausgegeben.

Das Theater der Komiker im Dienste der Kriegsbeschädigten. Heute, Freitag, 20 Uhr, veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft der hallischen Kriegsopferverbände im Theater der Komiker (Modernes Theater) eine Sondervorstellung für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene und Angehörige. Freier Eintritt, bedeutend ermäßigte Getränkepreise.

Walhallatheater. Sonntag nachm. 4 Uhr ist eine Familienvorstellung der erfolgreichen Operette „Schwarzwaldmädel" zu kleinen Preisen.

Die 11 Nazi-Paragraphen

der „Auch"-Arbeiterpartei auf Maß zugeschnitten

Aufnahmebedingungen.

§ 1. Mitglied kann jeder Original-Germane werden, der die Ziele der NSDAP. für grundsätzlich geeignet hält, das deutsche Volk aus wirtschaftlicher, kultureller und politischer Not zum klassischen Untergang zu führen.

Zwecks Feststellung der völkischen Rassereinheit sind beizubringen:

1. eine Blut- und Haarwurzelprobe;
2. der Tatbeweis für die Bekömmlichkeit des Nationalgerichtes Sauerkraut mit dickem Speck;
3. eine eidesstattliche Versicherung, daß die erotischen Komplexe des Antragstellers nur auf rein germanische Angehörige des anderen Geschlechts reagieren.
   Bei zweifelhaftem Befund entscheidet die Augenfarbe.

Uniformierung.

§ 2. Jeder Pg. trägt als geheimes Zeichen seiner Parteizugehörigkeit ein feststehendes Messer oder einen Totschläger (made in Germany) oder eine sonstige von der Parteileitung anerkannte Waffe. Zur Vervollständigung dient das Braunhemd mit aufgenähter Stinkbombentasche. Die Kosten der Uniformierung hat jeder Pg. selbst zu tragen, sofern ihm dieses nicht durch den p. p. Industriellenverband verwehrt wird.

Pflichten.

§ 3. Die Mitgliedschaft verpflichtet zu widerspruchslosem Gehorsam, soweit der Pg. einer gesellschaftlich untergeordneten Klasse zugehört.

§ 4. Einzelheiten über den nationalen Sozialismus sind streng geheim zu halten.

§ 5. Schutzparagraph. Jeder Pg. verzichtet auf eigenes politisches Denken, sofern die natürliche Veranlagung des Pg. ein solches nicht von selbst verbietet.

§ 6. Bei etwaigem Streik hat sich jeder Pg. solidarisch auf Seite des Arbeitgebers zu stellen.

§ 7. Pg. vom vollendeten 16. Lebensjahr haben sich mindestens einmal im Jahre an einem Ueberfall auf politische Gegner aktiv zu beteiligen. (Siehe § 9, Abs. 2.) Die Kosten der Vorbereitung trägt die Parteikasse, im übrigen handelt der Pg. auf eigene Rechnung und Gefahr.

§ 8. An Stelle der unter § 7 aufgeführten Verpflichtung kann auch eine Beschimpfung der Republik oder eine Verleumdung von Arbeiterführern oder beides treten. (Siehe § 9, Abs. 2.)

§ 9. Politischer Mord berechtigt zu den höchsten Ehren- und Vertrauensstellungen. Im allgemeinen genügt die formelle Bestätigung durch ein republikanisches Gericht. Sollte eine Verurteilung aus örtlichen Gründen (Thüringen, Braunschweig) nicht erfolgen, so kann der Täterschaftsbeweis nachträglich vor einem nationalsozialistischen Preisrichter-Kollegium erbracht werden.

§ 10. Das dritte Reich ist eine Glaubenssache. Die Pg. sind strikte angewiesen, ihren Glauben durch gemeinschaftliche politische Exerzitien zu erhalten. Als solche gelten offiziell:

1. der römische Gruß.
2. die Naturlaute „Deutschland erwache" und „Juda verrecke!"

Rechte.

§ 11. Jeder Pg. hat das Recht, sich über mangelhafte Kassierung seines Beitrages zu beschweren.

Dixi.

„Zündapp" gab das Signal

Eine „gemütliche" ländliche Holzerei!

Undank ist der Welt Lohn. Die Richtigkeit dieses alten Weisheitsspruches verspürte der Arbeiter Peter W. aus Greppin am 20. September 1930 in einer dortigen Gastwirtschaft auf „eindeutige" Art am eigenen Körper. In der Rolle des „friedebringenden Schlichters" hatte er sich am fraglichen Tage in den Auseinandersetzungen zweier kampfeswütiger Parteien in der Gastwirtschaft aufgespielt. Aber sein Schwingen mit dem Palmwedel hatten die Kampfhähne der beiden feindlichen Heerhaufen — übereinstimmend — falsch aufgefaßt. „Krankenhausfähig" zugerichtet, so machte er sich am späten Abend von der Stätte seiner friedlichen Mission zum Aufbruch bereit. Doch der Dank für seine uneigennützigen Bemühungen war damit noch nicht vollkommen abgestattet. Die Staatsanwaltschaft Halle hatte ihn jetzt obendrein noch wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperletzung mit „Streitern" der feindlichen Heere gemeinsam vor die Schranken des Gerichts gestellt.

Insgesamt waren neun Arbeiter und Maurer aus Greppin angeklagt,

die am 20. September mit dem Peter W. — der sich seiner Haut wehren mußte — „führend" an der Holzerei, die gegen 22 Uhr stattfand, beteiligt waren. Gekommen war die Rauferei wie schon sooft. Ein Wort hatte das andere gegeben, und die verschiedenen schon hinter die Binde gegossenen Gläser Bier taten das Uebrige.

In der allgemeinen Stänkerei hatte einer der Angeklagten zu seinem Gegenpartner „Zündapp" gesagt in der Absicht, da dieser Besitzer eines Kleinmotorrades desselben Namens ist, ihn recht geringschätzig zu bezeichnen. Das war für den ebenfalls anwesenden Vater „Zündapps" zuviel. Mit einem Schrei der Empörung sprang er nach Wiederholung des Schimpfwortes dem Spötter an die Gurgel. Sein Schwiegersohn, der auch bereits durch vorherige Stankreden böses Blut erzeugt hatte, leistete ihm Beistand. In diesem Stadium des Kampfes nun — auch „Schlichter" W. setzte hier ein — wurde die übrige „Allgemeinheit" in der Gaststube aktiv.

Wie auf ein Signal durchflogen Stühle und Biergläser den Raum.

Ein besonders findiger Kopf sorgte für Zerstörung der Beleuchtungsanlage und — dann holzte man sich, ganz egal wer gegriffen wurde, immer zu zweit oder zu dritt. Tischbeine, Stuhlbeine, Biergläser, Schraubenschlüssel und Taschenmesser unterstützten die Kämpfenden wirkungsvoll. Daß ein jeder der Raufbolde sein Bestes getan hatte, zeigten später der ganz nett demolierte Raum und die zahlreichen ärztlichen Atteste.

Da sich einzelnen der holzenden Helden die Beteiligung an den Körperverletzungen positiv nicht nachweisen ließ, so kamen sie mit dem Schrecken der eventuellen Verurteilung davon. Die anderen aber bekamen einen gehörigen Denkzettel versetzt. Drei Angeklagte wurden zu

Gefängnisstrafen von 1, 2 und 4 Monaten

verurteilt, zwei bekamen Geldstrafen von 100 Mk. und 50 Mk. Unter den vier Freigesprochenen befand sich auch der „Friedensengel" Peter W.

Putt-putt mein Hühnchen!

Eine Ballade in Prosa vom großen Märker-Fritz und seiner Hühnerfarm

Wer kennt ihn nicht, den Märker-Fritz aus Halle, den „großen General" aus dem mitteldeutschen Aufstand und späteren Gewerkschaftsspaltungs-Strategen der KPD.! Er hat so etwas von dem Rattenfänger von Hameln an sich, und wenn er auch keine Flöte besaß, so doch ein großes Maul, mit dem er eine ganze Zeitlang ebenso leicht einfältige Kinder einzufangen wußte wie sein Hameler Vorgänger, nur mit dem Unterschied, daß ihm sogar große Kinder in Scharen folgten.

Aber das große Maul Märkers besaß doch keine Zauberkraft für alle Ewigkeit, und so mußte er sich denn gelegentlich nach einer anderen Tätigkeit umsehen, die ihm Geld in die Tasche brachte. Da las er einmal, daß die Errichtung einer Hühnerfarm eine lohnende Sache sein sollte. Also

Märker fing an, in Teutschenthal eine Hühnerfarm einzurichten.

Dabei gibt es nun allerhand Arbeit. Doch wozu gibt es gutmütige Genossen, die solche auf Fritz Märkers Geheiß gern übernehmen, besonders als man ihnen diese Farm als eine Art Schlaraffenland geschildert hatte. Das nötige Geld durften sie auch noch mitbringen.

Sehnsüchtig wurde nun auf das nächste Frühjahr gewartet, wo die Hühnchen die ersten Eier legen sollten. Und wahrhaftig, die Hühner legten zuerst auch ganz gut, und Märker-Fritz konnte in Gemeinschaft mit seinem Freund Baumann die Eier koffervoll an die Kundschaft liefern.

Aber auf einmal streikten die Hühner.

Sie bekamen nicht den Lohn, den sie verdienten, das Futter war zu knapp. Das merkte Märker-Fritz bald an seinem Portemonnaie. Jetzt kam ihm die Idee, die Sache großzügiger aufzuziehen. Er gab

Geschäftsanteile auf die Hühnerfarm

aus, und viele kleine Geschäftsleute, auch einzelne Märker-Fritz: Die Dummen werden nicht alle! Gemeinden, nahmen solche Anteile, im ganzen für mehrere tausend Mark. Mit dem Erlös der Farm konnte Märker jetzt ein flottes Leben führen, wofür er allerdings mehr Verständnis zu besitzen scheint als für die Leitung einer Hühnerfarm. Denn

lange dauerte es nicht, da kehrte bei ihm wieder der Dalles ein.

Das Ende war, daß der Gerichtsvollzieher sich auf der Hühnerfarm einstellte. Dafür ließ sich aber Märker-Fritz nicht mehr dort sehen. Die Hühner bekamen das zu spüren, indem sie ihre Futterration wieder auf Lebensmittelkarten empfingen und Schlangestehen mußten. Das hielten viele von ihnen noch weniger aus als die Menschen 1917/18, und sie sagten der schönen Welt und dem Schlaraffenland in Teutschenthal Ade. Das gab eine große Aufregung bei all denen, die ihr schönes Geld in die Märkersche Tausendgoldfundgrube hineingesteckt hatten.

Schließlich sollte der ganze Rest versteigert werden.

Da kam Märker-Fritz, um die Gem[illegible] zu beruhigen. Die Hühner sollten von der Cholera dahingerafft worden sein. Aber es gelang ihm diese Irreführung nicht. Jeder suchte zu retten, was zu retten war. Die Anteile wurde gekündigt. Ob aber noch etwas aus der Masse für die Gläubiger übrig bleibt, ist noch sehr fraglich. Jedenfalls glauben es nicht einmal die Freunde von Fritz Märker, denn als die Gemeindevertretung in Unterröblingen a. See ihren Anteil zu kündigen beschloß, da enthielten sich sogar die Kommunisten ihrer Stimme. Also faul!

Jedenfalls ist die Geflügelfarm in Teutschenthal ein schönes Pendant zu der großen Konsumpleite in Halle. Aber ein Trost ist es auch für

WO BLEIBT DER ZWEITE MANN?

Sport und Spiel

Kreiskartell für Arbeitersport und Körperpflege des Kreises Delitzsch.

Alle Arbeitersportvereine und Sportkartelle im Kreise Delitzsch, welche ihre Anschrift noch nicht eingesandt haben, werden hierdurch nochmals um schnellste Erledigung dieser Angelegenheit gebeten.

Max Härtel (Delitzsch), Dübener Vorstadt 9.

Arbeiter-Radfahrer sind bundestreu.

Dieser Tage hielt die Ortsgruppe Löbnitz des Arbeiter-Rad- und Kraftradfahrerbundes „Solidarität" die Monatsversammlung in Roitzschjora ab. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Anträge der Ortsgruppen zum Bezirkstag am 1. März in Delitzsch. Sie verursachten eine lebhafte Aussprache, die damit endete, einig und geschlossen

das Bundesstatut anzuerkennen.

Als Delegierter zum Bezirkstag wurde Otto Pöhlig einstimmig gewählt.

Anschließend brachten einige Bundesgenossen zur Sprache, daß gewisse Zeitschriftenagenten in Löbnitz und Umgebung ihr Unwesen treiben und versuchen, den Bund hinsichtlich der Unfallversicherung herabzuwürdigen. Dazu ergriff Otto Pöhlig das Wort, um an Hand des zur Verfügung stehenden Materials zu zeigen, wie diese Abonnentenversicherungen aussehen. Er forderte alle Bundesgenossen auf, sich nicht beeinflussen zu lassen und dem Bunde mit seinem vielseitigen Versicherungsschutz treuzubleiben. Im Falle einer Lebensversicherung empfahl er die „Volksfürsorge".

Letzte Schneeberichte von heute:

Johanngeorgenstadt: —2 Grad, 105 Zentimeter Schneehöhe, Ski und Rodel sehr gut. Oberhof: —3 Grad: 110 Zentimeter Schneehöhe, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. Brocken: —3 Grad 230 Zentimeter Schneehöhe, Ski und Rodel sehr gut; übriger Harz bis —3 Grad, 80 bis 100 Zentimeter Schneehöhe, verharscht, Ski und Rodel gut.

Sportamtliche Bekanntmachungen.

6. Bezirk. Freie Wintersportvereinigung. Als Abschluß für diesen Winter findet vom 28. Februar bis 1. März eine Fahrt nach dem Harz statt. Alle Teilnehmer treffen sich am Donnerstag, dem 26. Februar, ½20 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Die Abfahrt erfolgt am Sonnabend 15.50 Uhr bis Harzburg. Im Braunschweiger Naturfreunde-Heim wird übernachtet. Es wird erwartet, daß sich alles restlos beteiligt.

Adolf Werge.

6. Bezirk. (Fußball.) Spielausschuß: Wegen Nichtbezahlung der Strafgelder aus dem Jahre 1930 sind ab Montag, dem 2. März, disqualifiziert: Blau-Weiß, Kötzschen, Möckerling, Rössen und Raundorf. Eine Aufhebung der Disqualifikation kann nur jedesmal Montags in der Geschäftsstunde geschehen. — Ferner sind nun noch folgende Strafen rechtskräftig, da am Montag, dem 16. Februar, die Einspruchsfrist verstrichen war: Rössen 3 Mk., Möckerling 10 Mk., Raundorf 5 Mk. Diese Strafen sind bis Montag, dem 9. März, an den Kassenverwalter Otto Schmidt, Ernestusstraße 6 oder auch Montags in der Geschäftsstunde zu zahlen. Serienspiele. Die Vereine werden gebeten, bis Montag, den 9. März, in der Geschäftsstunde ihre Meldeformulare zu den Serienspielen in Empfang zu nehmen. Die Meldegebühr beträgt für Vollmannschaften 2 Mk. und für Jugendmannschaften 1 Mk. und ist mit der Meldung zu zahlen. Vereine, erledigt diese Sache bald, damit die Serienspielhefte fertiggestellt werden können. Allgemeines. Möckerling wird zum letztenmal aufgefordert, am kommenden Montag einen Vertreter in die Geschäftsstunde zu entsenden.

Die Bezirksleitung: Friedemann, Vorsitzender.

6. Bezirk. Handball Nr. 7. Vereinsspielleiter! Die Geschäftsstunde ist verlegt, und zwar nach Soefts Hof (Kurt Lange), Merseburger Straße 54 (Ecke Schlosserstraße). — Zörbig zieht seine Mannschaft von der Serie zurück. Die noch auszutragenden Spiele fallen aus. — Dieskau sucht für kommenden Sonntag für I. Mannschaft Gegner. Meldung an Willy Rasch, Dieskau, Hallesche Straße 15. — Vom Spiel Beuchlitz — Regatta-Klub erhalten erstere die Punkte. — Merseburg ist mit 3 Mk. wegen Nichtstellen von Schiri bestraft. Zörbig muß 2,60 Mk. Schiriunkosten beim Bezirk hinterlegen, desgleichen Fichte Ammendorf 1,10 Mk., Beuchlitz 1,30 Mk. Spieländerungen für 22. Februar: Die Spiele von Fichte Ammendorf müssen wegen Platzschwierigkeiten wie folgt festgelegt werden: 11 bis 12 Uhr: Fichte Ammendorf II — Lochau I. ½13 bis ½14 Uhr: Fichte Ammendorf Jgd. — Rössen Jgd. ½14 bis ½15 Uhr: Fichte Ammendorf I — Rössen I. Das Spiel Regatta-Klub Süd — Fichte III fällt aus. Spiele Queis gegen Raundorf b. R. sind zeitlich wie folgt geändert: I. Mannschaften um 14 Uhr und II. Mannschaften um 15 Uhr. — Alle Vereine haben bis zum 1. März an Walter Möllhoff Halle, Huttenstraße 18 I, die vollständige Adresse des Vereinsspielleiters sowie das Verkehrslokal nebst Telephonnummer anzugeben. Beachtet dies genau und meldet pünktlich. Vergeßt nicht Sonntags von ½19 bis ½20 Uhr die **Berichte und Resultate** an die Beri-Zentrale — Telephon 253 08 — „Jagdschloß", Moritzzwinger, mitzuteilen.

4. Kreis, 1. Bezirk. Vereinsspielleiter, Schiedsrichter, Berichterstatter! Die Ausweise nebst den Spielbogen für 1. und 8. März sind zum Versand gekommen. Am 1. März muß jeder Schiedsrichter und Berichterstatter seinen neuen Ausweis vorzeigen können. Spielveränderungen am 22. Februar: Zeitänderungen: Zschortau — Möckern 13.30 Uhr. Ausfallendes Spiel: Dürrenberg I — Wahren II.

Vereinsmitteilungen.

„Fichte" Ammendorf. (Fußballabteilung.) Sonnabend, den 21. Februar, 8 Uhr: **Monatsversammlung** im „Burgschlößchen". Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219310220-15/fragment/page=0009
DFG

Ostecke der Provinz Sachsen

Vertretungen des „Volksblatt" in **Torgau:** Erich Fränkel, Feldstraße 9. — **Herzberg:** Karl Gensichen, Dr.-Franz-Straße. — **Falkenberg:** Wilh. Küwer, Friedrich-Ebert-Straße 1. — **Bad Liebenwerda:** Karl Figkow, Torgauer Straße. — **Bockwitzer Ländchen:** Kurt Heyne, Gewerkschaftssekretär, Bockwitz.

Kreis Torgau

Torgau (Stadt)

An alle Reichsbanner-Ortsgruppen und Parteivereine im Kreise Torgau!

Am 22. Februar ist das Reichsbanner marschfertig. Antreten aller Kameraden und Genossen mittags ½2 Uhr im Lokal Liesegang, Schützenstraße 16. Aktions-Ausschuß.

Handelsminister Schreiber hält Abrechnung mit den Nazis

In einer überfüllten Versammlung, die von der Deutschen Staatspartei einberufen worden war, sprach der preußische Handelsminister Dr. Schreiber. Bemerkenswert waren seine Ausführungen zur Arbeitsdienstpflicht, die er mit aller Entschiedenheit ablehnte. Das Wirtschaftsprogramm des Herrn Feder bezeichnete er als politische Schaumschlägerei. Das Parteiprogramm der Nationalsozialisten strotze von Verlogenheit. Als der Redner auf den Kaschemmenton, den der Rechtsradikalismus in der Politik führe, einging, wurde der Zwischenruf gemacht „Hörsing". Der Minister antwortete unter großem Beifall folgendes: „Wenngleich er nicht immer alles decke, was Hörsing sage, so **sei Hörsing und dem Reichsbanner das große Verdienst zuzuschreiben, daß die Republikaner diesem Treiben der Nazis nicht wie die sanftmütigen Lämmer gegenüberstehen."** Besonders beachtenswert waren seine Ausführungen über die Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Wenngleich die Vorschläge der preußischen Regierung noch nicht mit einem Federstrich die Arbeitslosigkeit beseitigen, so zeigen die Vorschläge doch eine Reihe praktischer Möglichkeiten. Mit einem besonderen Dank an das zahlreich anwesende Reichsbanner fand die Versammlung ohne Aussprache einen würdigen Abschluß.

Glänzende SPD.-Versammlung.

Annaburg. Die öffentliche Versammlung der SPD., in der Reichstagsabgeordneter Genosse Seger (Dessau) vor über 300 Personen über das Thema „Die Flucht der Nazis nach der Niederlage" sprach, verlief glänzend. In seinem über eine Stunde dauernden Referat verstand es Genosse Seger treffend, den wahren Charakter der Nazis aufzuzeigen. Die blöden Zwischenrufe einiger Nazis vermochten nicht den Eindruck seiner markanten Rede abzuschwächen. Stürmischen Beifall zollte ihm die Versammlung.

In der Diskussion sprach der ehemalige Kommunist Kuritzsch, jetzt strammer Nazi. Er versuchte, die Ausführungen Segers abzuschwächen seine Faselei ging im Gelächter der Versammlung unter.

Im Schlußwort knüpfte sich der Referent den Nazi vor, worauf er mit seinem Anhang fluchtartig verschwand. Nach Schluß der Versammlung wurden für die Partei drei neue Mitglieder und 20 „Volksblatt"-Leser gewonnen.

Neue „Reinigung".

Annaburg. Die kommunistische oppositionelle „Arbeiterpolitik" berichtet:

„Inzwischen hat man mit der Einleitung organisatorischer Maßnahmen bereits begonnen. Die Genossen Eich sen., Geschäftsführer des Konsumvereins, Globig, Kassierer des KV., und Grube, Lagerhalter, erhielten die Aufforderung zur Niederlegung ihrer Mandate als Gemeindevertreter. Die beiden ersten Genossen sind noch vor wenigen Monaten wegen Unterzeichnung des Aufrufes zum Steuerstreik zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden."

Diese Vorgänge sind die Folge des Verhaltens genannter Kommunisten im Konsumverein. Weil sie das Eigentum der Genossenschaft vor der hässlichen Pleite retten wollen, geht man gegen sie vor.

KPD.-Elemente als Vertreter der Nazis.

Lichtenburg. Wie in vielen Ortschaften des Kreises Torgau, so fand auch hier eine öffentliche Versammlung gegen die Nazipeuche statt. Die Nazis, die am gleichen Abend eine Versammlung hatten, **hielten es diesmal nicht für nötig, zu erscheinen.** Die letzten Wochen haben diesen angeblichen Arbeitern wahrscheinlich bewiesen, daß sie in SPD.-Versammlungen nicht schalten und walten können, wie es ihnen beliebt. Dafür stellten sich die Lichtenburger Kommunisten als Vertreter der Nazis vor. Die Versammlung, welche von über 70 Teilnehmern besucht war, sollte durch Störungsversuche der KPD. zunichte gemacht werden. Der Genosse Brenner (Halle) setzte sich jedoch bis zum Schluß energisch durch. Als zum Schluß ein Annaburger Kommunist Ziske und ein weiterer Lichtenburger KPDist Kralle, der sich ziemlich dem Alkohol ergeben hatte, verlangten, sprechen zu wollen, solange es ihnen beliebt, wurde dies natürlich nicht genehmigt. Unter Brüllen, wie man es von Kindern gewöhnt ist, verließen diese „Nazivertreter" darauf den Saal.

Großtreben. Die Aufklärungsarbeit unter der Großtrebener Arbeiterschaft nimmt weiter zu. So wie man durch Aussprachebende versucht, neue Genossen für die SPD. zu gewinnen, so wurde in der letzten Zeit auch genügend gegen die bürgerliche Presse, die man ja hier fast noch in jeder Arbeiterfamilie vorfindet, gearbeitet. Ein Vorstoß, der am Sonntag unternommen wurde, hatte Erfolg. Rund 20 neue „Volksblatt"-Leser wurden geworben.

Kreis Liebenwerda

Immer noch die Verunstaltungs-Vorlage

Die Liebenwerdaer Stadtverordneten bewilligen Etats-Überschreitungen

Bad Liebenwerda. Die am Dienstag stattgefundene außerordentliche Stadtverordnetensitzung befaßte sich mit den bei der letzten Sitzung schon behandelten Vorlagen. Vom Bürgermeister wurden die Mehrausgaben schriftlich begründet, die umfangreiche Vorlage wurde vom Vorsteher verlesen.

Die Etatsüberschreitungen betragen im ordentlichen Etat 28 170 Mk. und im außerordentlichen Etat 27 317 Mk.

Die Gelder sind durch Darlehen gedeckt und wurden einstimmig nachbewilligt. Der Bürgermeister begründete die Mehrausgaben damit, daß zu wenig Steuern eingegangen und auch einzelne Positionen im alten Etat zu niedrig eingesetzt worden sind. Von seiten des Kollegiums wurde angeregt, daß in Zukunft bei Ueberschreitungen den Stadtverordneten rechtzeitig Mitteilung gemacht wird.

Die Stadthauptkasse weist einen Ueberschuß von 8040 Mk. auf; dem Rendanten wurde Entlastung erteilt.

Die Vorlage gegen die Verunstaltung des Stadtbildes,

welche in letzter Sitzung an den Magistrat zurückverwiesen wurde, lag mit den angeregten Aenderungen erneut vor. Es wurde in Zweifel gestellt, ob die neue Baupolizeiverordnung ein Ortsstatut nicht hinfällig macht. Die vom Vorsteher verlesene Baupolizeiverordnung sieht vor, daß die Baupolizei allein zu entscheiden hat, während im Ortsstatut eine Deputation zu entscheiden hat. Von bürgerlicher Seite wurde ein neuer Entwurf verlesen. Ein Antrag auf abermalige Vertagung wurde angenommen.

Der Magistrat wurde ersucht, zur Betreuung der erwerbslosen Jugend Mittel zur Verfügung zu stellen. — Die schlechte Beleuchtung der Stadt wurde auch zur Sprache gebracht.

Bürgerliche Gemeindevertreter in Reinkultur

Ein bürgerlicher Dringlichkeitsantrag, für dessen Dringlichkeit die Antragsteller nicht stimmen - Gemeindevertreter Schwickall wird zum Verräter an der Arbeiterschaft

Grünewalde. Die letzte Gemeindevertretersitzung war von Zuhörern stark besucht. Durch Bestellung des Mühlenbesitzers Wilhelm Starke zum kommissarischen Schöffen ist nunmehr die Gemeindevertretung vollzählig. Bei den verschiedenen Abstimmungen ergab sich aber, daß der kommissarische Schöffe dem Mehrheitswillen in der Gemeinde nicht entspricht. Der Ueberlassung der Jugendräume in der Schule für die erwerbslose Jugend wurde zugestimmt. Dem Ersuchen der Gemeinde auf Zusammenlegung des Gutsbezirks (Staatl. Forst) Amtsheida mit der Gemeinde Grünewalde zu einem Gesamtschulverband hat die Regierung nicht entsprochen. Für den Hilfsverein für Taubstumme in der Provinz Sachsen soll in der Gemeinde eine Sammlung durchgeführt werden. Zwei Anträge auf Gewährung von Schulentlassungsbeihilfen wurden an den Fürsorgeausschuß verwiesen. Ein Antrag des Arbeitersportkartells um

Bereitstellung von Mitteln für die Förderung des Sports

soll bei Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 1931/32 Verwertung finden. In gleicher Weise wurden Anträge auf Erlaß oder Ermäßigung von Lustbarkeitssteuern verabschiedet.

Alle diese Anträge wurden einstimmig verabschiedet. Die Situation änderte sich, als der schon lange angekündigte, einen Tag vor dem Sitzungstage eingereichte

Antrag der bürgerlichen Fraktion

zur Verhandlung kam. Die Antragsteller wünschen eine anderweitige Regelung der Gemeindeverwaltung. Festsetzung (lies: Herabsetzung) der Entschädigung des Gemeindevorstehers, Abtrennung der Steuereinnahme vom Gemeindeamt. Sie bezeichneten ihren Antrag als Dringlichkeitsantrag. Als der Gemeindevorsteher über die Anerkennung der Dringlichkeit zur Abstimmung schritt, verlangten die Antragsteller die Vertagung des Antrages. Diese Antragstellerei ist das reine Kasperletheater, zumal die Gemeindevertretung die Regelung der Gemeindeverwaltung in zweckdienlicher Weise erst kürzlich besprochen hat. Die Regelung ist dem Wunsch der Gemeindevertretung entsprechend erfolgt.

Mit der Stimme des Gemeindevorstehers wurde beschlossen, in die Beratung der Anträge einzutreten. Der auf der Liste der SPD. gewählte Gemeindevertreter Schwickall gab hierbei den Bürgerlichen Hilfsstellung, indem er mit für die Vertagung stimmte. Die bürgerliche Fraktion wollte nicht im Angesicht der stark vertretenen Arbeiterschaft die Schändlichkeit ihres Antrages bloßgestellt sehen. Der Gemeindevorsteher nahm denn auch, nach einer äußerst mageren Begründung des Antrages durch den Gemeindevertreter Waldau, Gelegenheit, seine Riesenbezüge in der Oeffentlichkeit darzulegen. Entsprechend den Bezügen eines Arbeiters nach Stunden berechnet erhält der Gemeindevorsteher einen Stundenlohn von 55 Pf. Als Patentlösung schlug der Gemeindevertreter Ober (Bürgerl.) vor, die Familie des Gemeindevorstehers solle sich „mehr an Kartoffeln halten". Um diese für die Gemeindevertretung blamable Aussprache zu beenden, beantragte Schöffe Heinroth (SPD.),

über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Mit 8 gegen 6 Stimmen wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Herr Schwikall stimmte hier zum anderen Male auf der Seite der Bürgerlichen.

Die Inanspruchnahme der unter Mitwirkung des Landgemeindeverbandes einzurichtenden Buchprüfungsstellen für die Gemeinde wurde beschlossen. Die Rechnung für das Jahr 1929/30 ist durch die Rechnungsprüfer der Gemeinde geprüft und in Ordnung befunden. Den Rechnungslegern wurde Entlastung erteilt. Zur Einrichtung einer

neuen Lehrstelle an der Volksschule

hielten Rektor Huth über die innere Schulgestaltung und der Gemeindevorsteher über die Finanzgebarung der Gemeinde im kommenden Jahre Vortrag. Nach Aussprache kam die Gemeindevertretung zu dem Schluß, daß vor endgültiger Beschlußfassung die finanzielle Grundlage für den Plan gesichert sein muß. Diese soll bis zur nächsten Sitzung herbeigeführt werden.

Die dann vollzogene Neuwahl des Schulvorstandes ergab ein neues Versagen des Gemeindevertreters Schwickall. Er sowohl als auch der Kommunist Stricker gaben nach ihrer eigenen Angabe ihre Stimme für den bürgerlichen Vorschlag ab. Der Schulvorstand hat nunmehr unter Einschluß des zum Schulvorstand delegierten Lehrers

eine bürgerliche Mehrheit.

Der Vorschlag der SPD. erhielt wie auch der Vorschlag der Bürgerlichen 2 Sitze. Wenn aus der Haltung des Schwikall den mit Kindern gesegneten Familien nunmehr Nachteile erwachsen, so werden sich die Eltern bei Herrn Schwikall bedanken müssen. Wir setzen als selbstverständlich voraus, daß die Arbeiterschaft solchen Helden den Standpunkt nachdrücklichst klarmachen wird.

Was kostet die Schule?

Lauchhammer. Der leitende Architekt des Schulneubaues hat in diesen Tagen der Schulbaukommission eine Zusammenstellung über die veranschlagten und bisher tatsächlich entstandenen Kosten des Bauprojektes unterbreitet. Daraus geht hervor, daß sich die Gesamtkosten nach den neuesten, nunmehr abgeschlossenen Ermittelungen und Berechnungen auf zirka 475 000 Mark belaufen. Die bisherigen Kosten für Rohbau usw. halten sich durchaus im Rahmen der Voranschläge. Nach menschlichem Ermessen darf demnach angenommen werden, daß die festgesetzte Endsumme nicht überschritten wird. Damit dürften sich Gerüchte, die von hohen Mehrkosten zu berichten wußten, als falsch erwiesen haben.

Bockwitzer Ländchen

Lichtspielhaus Haberland Bockwitz bringt stets gute Doppelschlager

Wilhelm Piha Bockwitz Ortrander Str. 10 empfiehlt seine Herren- und Knabengarderobe sowie Nähmaschinen zu stets billigsten Preisen.

Arbeiter benutzt bei **Bedarfsdeckung** den **Konsumverein Bockwitz u. Umg.** dort erhaltet Ihr die **vorzüglichen GEG-Produkte**

Die sieben Schwaben

Oder: Eine lächerliche Jagd auf „Sozialfaschisten"

Ostrau, den 17. Februar.

Am vergangenen Sonnabend wollte die KPD. in Ostrau einen ganz großen Schlag gegen die angeblichen Genossenschafts-Zerstörer führen. Man hatte am Mittwoch mit dem Gernegroß Schmidt aus Bitterfeld die Versammlung vorbereitet, aber am Freitag erst bekanntgemacht, damit der Gegner wenig Zeit zur Vorbereitung fand. Damit auch Leute in die Versammlung kamen, hatte man als ersten Punkt, dick unterstrichen, angegeben: Das hinterlistige Treiben von Hartleb und Konsorten. Aus Sensationslust und um zu hören, was der „Sozialfaschist" und frühere Lagerhalter auf dem Kerbholz hat und wie man ihn unmöglich machen könnte, strömte alt und jung, Männlein und Weiblein heran, den Versammlungssaal stark füllend, kaum so viel Platz lassend, daß das unvermeidliche Rollkommando aus Halle — die geistigen Waffen der Kommunisten — eben noch mit rein konnte; auch waren eine Anzahl „Prominente" aus dem Orte erschienen.

Die Versammlung wurde eröffnet und alles spannte auf die Anklagerede gegen Hartleb. Aber o weh: Der Redner äußerte sich dahin, daß er die örtlichen Verhältnisse in Ostrau nicht kennt und deshalb auch nicht über den ersten Punkt reden wolle.

Er fand eben keine Angriffsflächen, um mit Schmutz um sich werfen zu können,

was er doch so gern getan hätte. Die Anwesenden wurden also auf das „nächste Mal" vertröstet.

Nun kam der Held des Tages mit den üblichen Agitationsschlagwörtern der KPD. Mit der Erwerbslosen-Konferenz in Bitterfeld, Landarbeiterstreik im Frühjahr und der RGO. wollte er Blumentöpfe gewinnen, aber er sah nur kalte Schultern, und wäre er auf der Höhe gewesen, hätte er merken müssen, daß seine Ausführungen nur ermüdend wirkten; nicht einmal die sagenhaften Erzählungen vom „Arbeitervaterland" Rußland fanden Gegenliebe. Er sollte nun mal nüber machen, er käme bestimmt mit einer anderen Ueberzeugung wieder.

Wäre nicht über den zweiten Punkt zuerst diskutiert worden, dann hätte bestimmt die Hälfte der Besucher den Saal verlassen. Der anwesende Bowitzki hielt dann aber dem Redner an Hand von Beispielen aus der Vergangenheit und Gegenwart das verbrecherische Spiel der Kommunisten vor Augen, und

der Beifall bewies, daß die Zuhörer verstanden, daß die Arbeiter sich durch hohle Phrasen nicht aufhetzen lassen,

sondern sich enger denn je zusammenschließen müssen als festes Bollwerk gegen das Kapital. Der von Halle herbeigeholte linientreue Lagerhalter Otto Müller glaubte in dieser Situation für die KPD. noch etwas zu retten; er machte sogar Bowitzki darauf aufmerksam, daß der Betriebsrat nicht nur Pflichten habe, sondern laut Betriebsrätegesetz müsse er den Betrieb vor Erschütterungen bewahren. (Also in diesem Falle hätte er die Mitglieder mit beschwindeln müssen). Da Müller sich aber durch Zwischenrufe und Richtigstellungen seitens Bowitzkis in Sachen Produktiv und AAV. öfter revidieren mußte, endeten seine Ausführungen recht lendenlahm.

Da der Kommunist Waldau aus Halle allgemeine Ausführungen machte, erhielt Bowitzki das Wort zur Diskussion über Punkt 1: Er zeigte, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankomme, den Proleten zu helfen, sondern

nur Bewegungen auszulösen, die schon in ihrem Entstehen zum Tode verurteilt sind.

Ferner gab er zu, daß der AAV. innerhalb drei Jahren ungefähr 40 000 Mk., darunter allein 17 000 Mk. beim hallischen Metallarbeiterstreik abgegeben hat und daß das schwierigste Problem immer wieder der Fall Härtel gewesen sei. Ferner wies er auf Gotha usw. hin, denen es doch wie den Hallensern geht, nur mit dem Unterschiede, daß in Gotha keine Interessengemeinschaft die Genossenschaft übernimmt, sondern die GEG.

Lagerhalter Müller stellte natürlich Härtel als reinen Engel hin. Im Geschäft sei er gut (au, au!), und was er nach Geschäftszeit mache, wäre seine Sache. (Das trifft wohl nur bei linientreuen Kommunisten zu?) Durch die Anwesenheit Bowitzkis, der doch als Betriebsrat Mitglied des Aufsichtsrates war und alle Einzelheiten in der hallischen Genossenschaft kannte, konnte sich Müller nicht um Tatsachen drücken und

mußte notgedrungen alles zugeben,

was im AAV. alles geschehen ist in bezug auf Wechselüberziehung, Nichtabführung von Beiträgen an Pensions- und Krankenkassen, Steuern, Zinsen usw. und gab dann die Zwangslage des Konsums zu, um die Notwendigkeit der Interessengemeinschaft zu beweisen. Ueber „Hartleb und Konsorten" wußte er aber auch nichts, und

so wurde die Sensation für die KPD. zu einer Niederlage.

Aber in nächster Versammlung will man alles nachholen. Auch will man mit 80 Zeugen nach Zerbig zum Gericht marschieren. O diese Feigling, sie bekennen sich noch nicht einmal zu ihren Taten.

Kundgebung im Bockwitzer Ländchen!

Am **22. Februar** marschiert das Reichsbanner in einer Kundgebung gegen den Faschismus auf. Alle Republikaner, Parteimitglieder und Gewerkschaftler schließen sich an. Punkt 9 Uhr nimmt die Demonstration von Roloff (Mückenberg) ihren Anfang. Nach einem Umzug durch den Ort wird nach Bockwitz marschiert, wo die Kundgebung auf dem Markte ihren Abschluß findet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262193102 20-15/fragment/page=0010

Ausverkauf bei Hohenzollerns

Die Versteigerung des Inventars von Schloß Glienicke bei Potsdam

Unmittelbar hinter der Glienicker Brücke bei Potsdam lehnt seit zwei Tagen ein großes weißes Schild. Gewaltige rote Buchstaben lassen von weitem den Text erkennen:

„Zur Versteigerung."

Die Versteigerung der Einrichtung des alten Schlosses Glienicke ist zur Zeit die Sensation von Potsdam. Ueber das Schloß selbst verfügt seit dem Jahre 1927 der preußische Staat, der Inhalt an Möbeln und Kunstgegenständen aber gehört „S. k. H. Prinz Leopold von Preußen", um im Stile des Versteigerungskatalogs zu sprechen. Monarchistische Kreise sind wenig begeistert darüber, daß altes Hohenzollernerbgut hier verramscht werden soll. Man kann die Betrübnis um so eher verstehen, als es sich hier nicht nur um Stücke von künstlerischem, sondern auch um Gegenstände von preußisch-historischem Wert handelt.

Aber Prinz Friedrich Leopold führt seit Jahren in Lugano ein nicht gerade sehr bescheidenes Leben

und scheint sich des Potsdamer Besitzes nicht ungern zu entledigen. Prinz Leopold ist übrigens nicht anwesend, hat aber zur Versteigerung seinen Sohn delegiert, der mit erstaunlicher Ausdauer von morgens bis abends in der ersten Publikumsreihe sitzt und den Auktionsbeamten auf die unermüdlichen Finger sieht. Die malen phantastisch hohe Ziffern: Königliche Hoheit sehen zu und lächeln . . .

Wer das Schloß in diesen Tagen betreten will, muß entweder über einen Presseausweis verfügen oder aber an der Kasse 30 Mk. deponieren. Einige, die weder über den Ausweis noch über das Geld verfügen, stehen, etwas traurig, in dem großen Schloßhof herum, spazieren nach hier und nach dort in den weiten Park hinein, trösten sich an dem schönen Bild der winterlich träg und eisweiß dahinfließenden Havel.

Die beiden zusammenhängenden Versteigerungssäle sind von einer interessierten Menge gefüllt, fast überfüllt. Soweit die zur Versteigerung gelangenden Dinge einen größeren künstlerischen Wert repräsentieren, was man immerhin von zahlreichen Möbeln aus der Schinkelzeit und aus früheren Epochen sagen kann, finden sie meist

ihren Weg zu bekannten Berliner Kunsthändlern,

die entweder über sehr hohe Kapitalien verfügen müssen oder schon wieder bestimmte Auftraggeber hinter sich haben. Für fast alle Gegenstände werden Preise erzielt, die normalerweise im Antiquitätenhandel ungewöhnlich sind. Für einen aus der Zeit Schinkels stammenden Tisch wandert das Angebot bis 1300 Mk., für einen verhältnismäßig kleinen und einfachen Musiksalon bis zu 1500; auch für einige Sofas werden außergewöhnlich hohe Summen geboten. Doch auch Dinge, die nicht den geringsten Kunstwert besitzen, sondern den Kitsch in Reinkultur repräsentieren, klettern im Wert außerordenlich hoch. Hier greifen allerdings nicht Kundhändler zu, sondern Private, denen ganz offenbar der Gedanke, Dinge aus Hohenzollernbesitz zu erwerben, den guten Geschmack vertrieb. Treue um Treue, Kitsch um Kitsch: fast rührend ist es, mit anzusehen, was der ewige Untertan im Glücke der großen Stunde hier zusammenkauft.

Die Hohenzollern bleiben im Besitz des Renaissance-Thrones; man gönnt ihn ihnen. Ebenso hat Prinz Eitel Friedrich die Uhr Friedrichs des Großen für 5000 Mk. dem Haus Doorn erhalten.

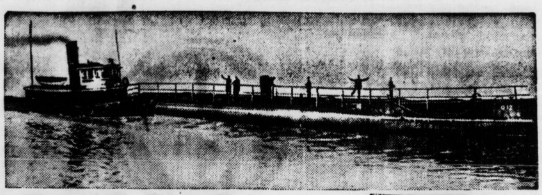
Und dann der Kampf um die Flöte

Friedrichs II. Haus Doorn ist, wachgerüttelt durch einige Proteste in Rechtsblättern, pietätvoll genug, als Interessent aufzutreten, aber auch Hugenberg erschien der Flöte wegen auf dem Kriegsplan der Auktion . . .

638 Nummern umfaßt der Katalog. Ende der Woche wird die Versteigerung beendet sein. Die Möbel werden abtransportiert, Handwerker ziehen ins Schloß, um es zu erneuern. Wenn der Frühling da ist, wird Schloß Glienicke, ein Baujuwel zwischen alten Bäumen, ein Glanzpunkt am glanzpunktreichen Havelufer, ein Hotel sein. Für die Gründung des Großen Kurfürsten beginnt jetzt das demokratische Zeitalter.

Das Rad der Geschichte dreht sich, es dreht sich vorwärts.

Auktion in Glienicke.



Vor Wilkins U.-Boot-Start zum Nordpol

Oben: U-Boot „Nautilius", das vor der Fertigstellung steht.

Rechts: Sir Hubert Wilkins.

Das U-Boot „Nautilius", benannt nach dem utopistischen Roman von Jules Verne, steht vor seiner Fertigstellung und damit nähert sich der Zeitpunkt, an dem der amerikanische Forscher und Nordpolüberflieger Wilkins zu seinem kühnen Unternehmen startet: Mit dem U-Boot unter dem Polareis zum Nordpol vorzudringen.

Internationaler Schwindler verhaftet

Die Eisenbahnüberwachungspolizei wurde vor einigen Tagen durch Funkspruch ersucht, einen internationalen Schwindler zu verhaften, der sich im FD-Zug nach Duisburg befinde. Zwei Beamte bestiegen den Zug bei seiner Ankunft im Duisburger Hauptbahnhof. Kurz vor Krefeld gelang es ihnen, den Gesuchten zu finden. Er wurde der Kriminalpolizei übergeben. Der Betrüger, der sich Ingenieur William Fortune aus Amerika nennt, hat es verstanden, in Deutschland Schmuckgegenstände im Werte von 15 000 Mk., einen Nerzpelz und sonstige Kleidungsstücke im Gesamtwerte von 12 000 Mk. zu erschwindeln. Nach seiner Festnahme versuchte der Verhaftete sich durch Aufschneiden der Pulsadern das Leben zu nehmen, was ihm jedoch nicht gelang. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen wegen einer ganzen Reihe von Straftaten gesuchten englischen Staatsangehörigen handelt. Der Schwindler war im Besitz einer Fahrkarte Berlin—Paris.

Geflüchteter Notar

Der bekannte Berliner Rechtsanwalt beim Kammergericht und Notar Dr. Ludwig Goldberg ist seit einigen Tagen flüchtig. Dr. Goldberg vergriff sich an Stempelgebühren, die bei Abschluß von Notariatsverträgen an ihn gezahlt worden waren und die er den Finanzämtern hätte abliefern müssen. Das Vergehen des bisher sehr geachteten Anwalts dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Dr. Goldberg auf Grund eines Formfehlers, der ihm in einer Wechselklage unterlaufen war, an einen seiner Mandanten 40 000 Mk. Schadenersatz zu zahlen hatte. Diese Summe mußte Dr. Goldberg sofort aufbringen. Da Wucherer, die ihm ausgeholfen hatten, von ihm ungewöhnlich hohe Zinsen verlangten, war Dr. Goldberg, dessen Einnahmen in der letzten Zeit zurückgegangen waren, nicht in der Lage, hinsichtlich der Kapital- und Zinsenzahlung seinen Verpflichtungen nachzukommen. Als bei einer Revision des Notariats durch die zuständigen Behörden das Fehlen der Stempelgelder in Höhe von 7000 Mk. entdeckt und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet wurde, erlitt Dr. Goldberg einen Nervenzusammenbruch. Nachdem er einem befreundeten Anwalt Generalvollmacht erteilt hatte, verließ er Berlin. Dr. Goldberg wird jetzt steckbrieflich verfolgt.

Ein Indianerkrieg

Rothauts Erfahrungen im kapitalistischen Zeitalter

Die Indianerstämme von Oklahoma, die Osages und die Quapawes, liegen im bitteren Rechtsstreite mit der amerikanischen Bundesregierung, der zum großen Leidwesen der klagenden Rothäute noch manches Jahr in Anspruch nehmen mag. Wie immer, dreht es sich um wertvolle Petroleum-, Mineral-, Blei- und Zinkvorkommen, die vor einer Reihe von Jahren mit dramatischer Plötzlichkeit auf den ärmlichen Ländereien der Indianer entdeckt wurden und ihnen in Gestalt von Mutungsrechten und Gewinnanteilen

riesige Einkommen eingebracht haben.

In diesen wenigen Jahren wühlten die Hände von kaum 3000 Osages und eine handvoll Quapawes im Golde, wie in einem unwiderstehlichen blendenden Wasserfall. Das Leben war ein unendlicher Märchenfilm; die Wirklichkeit war im Schatten verschwunden. Riesige Luxusautomobile mit vergoldeten Schlössern und ausgefallendsten Einrichtungen, großartige Häuser, Weltreisen in den Staatskabinen der Ozeandampfer, die besten Erziehungsinstitute für ihre Kinder, alles das folgte den 350 Millionen Dollar, die sich unaufhaltsam über die glücklichen Besitzer ergossen.

Wunsch und Erfüllung waren eins,

wieder einmal sah der vergessene Indianer den geldgierigen weißen Bezwinger zu seinen Füßen. Der alte Manitou hatte sich seiner verstoßenen Kinder wieder erinnert.

Aber wir alles Gute ist den fetten Jahren jetzt die magere Periode gefolgt, wenn man die Aufspeicherung der indianischen Einkommen unter Aufsicht der Bundesregierung als magere Periode bezeichnen kann. Die Petroleum- und Mineralpreise zeigen seit Jahren eine scharfe Abwärtskurve, und so haben sich die Gesellschaften nach besseren und profitableren Ausbeutungsmöglichkeiten umgesehen und sie auch in anderen Landesteilen gefunden. Mit dem Nachlassen des Geldstromes kam der

wirtschaftliche Zusammenbruch vieler Familien.

Zahlreiche Indianer sind bankerott und bis über den Hals in Schulden versunken. So griff die Bundesregierung im Interesse ihrer indianischen Schutzbefohlenen ein und ordnete die Konzentrierung der noch fließenden Einkommen in einer Art Mündelfonds an, der jetzt die stattliche Summe von 40 Millionen Dollar umfaßt. Aus diesem Fonds erhalten die indianischen Bodenbesitzer eine jährliche Zuwendung von je 4000 Dollar, sicherlich ein Betrag, der in Anbetracht der Tatsache, daß die Indianer auf ihren Reservationen leben, reichlich bemessen ist.

Das Eingreifen der Regierung fand den schärfsten Widerstand der Indianer, die langsam auf den Geschmack gekommen waren. Da ihnen die Aufsicht der Behörden nicht paßte, und sie sich überdies im Verschleudern ihrer Vermögen keine noch so gut gemeinten Vorschriften machen lassen wollten,

liefen sie zu den Kadis

und sind jetzt mit Hilfe teurer Anwälte bemüht, in den unbeschränkten Besitz des Mündelfonds zu kommen. Dieser Fond umfaßt nur die Einkommen der reinblütigen Indianer und bezieht sich nicht auf die mischblütigen Stammesmitglieder, die über ihre Einkommen frei verfügen können. Leider steht den mischblütigen Indianern auch das Recht des Verkaufs ihrer Bodenrechte an die weißen Männer zu, mit dem unangenehmen Resultat, daß jetzt mehr als 700 000 Morgen ursprünglichen Bodenbesitzes der Osage-Nation in den Händen der Weißen sind.

Der Reichtumssegen, der gewissermaßen über Nacht kam, hat manchmal Probleme geschaffen, die eines tragikomischen Einschlages nicht entbehren. Da ist der vollblütige Osage-Indianer John Stink, der über 200 000 Dollar im Regierungsfonds deponiert hat, keinen Cent anrührt und sich auch nicht kümmert, was aus seinem Vermögen werden soll.

Er lebt mit seinen drei halbwilden Hunden

wie ein Eremit in einem halb verfallenen, ungestrichenen Holzhause bei Pawhuska und läßt sich nur bei den seltensten Gelegenheiten inmitten seiner eigenen Stammesbrüder sehen. Daneben haßt er die Weißen wie die Sünde und geht ihnen unter allen Umständen in einem weiten Bogen aus dem Wege.

Dafür treiben es die anderen um so wilder, besonders wenn die Frauen dahinterstecken. Allein in den letzten fünf Jahren haben 60 Quapaws 6 500 000 Dollar an Mutungsrechten für ihre Mineralvorkommen erhalten und . . . bis auf den letzten Cent ausgegeben. Jetzt hat sich die Regierung weiterer 4 Millionen Dollar angenommen und läßt sie nicht heran, obgleich sie Himmel und Hölle in Bewegung setzen. Einzelne Fälle sind nicht weniger schön und zeigen deutlich die Verwirrung, die der

Geldfluch unter diesen einfachen Naturkindern

angerichtet hat. Frau Frances Goodeagle, die Witwe eines Quapaw-Chefs, erhielt in fünf Jahren 650 000 Dollar und besitzt davon noch knappe 30 000 Dollar. Ruth Dehannis, recht hübsch und bis auf Geldfragen ganz gescheit, erhielt mehr als eine halbe Million Dollar und besitzt heute mit Ausnahme von 50 000 Dollar im Regierungsfonds keinen Cent mehr. Anna Slage gab in vier Jahren 600 000 Dollar aus, besitzt aber noch 300 000 Dollar, an die sie nicht herankommen kann. Den Höhepunkt schoß die Familie des Weißen Vogels ab, die in vier Jahren die Kleinigkeit von 2 Millionen Dollar verausgabte, sich aber mit dem angenehmen Gefühl begnügen kann, weitere 700 000 Dollar im Regierungsfonds sicher zu haben. Im Lichte dieser Beispiele sieht es kaum so aus, daß die Indianer mit ihrer Forderung auf Herausgabe der Fondsgelder viel Glück haben werden.

Schneestürme über Asien

Große Schneestürme haben alle Zufuhrstraßen und Eisenbahnen im Bezirk Hankau versperrt. In Hankau selbst fehlen die notwendigsten Nahrungsmittel. 61 Personen sind hier in den letzten Tagen an Hunger gestorben. Die Schneemassen haben viele Häuser zum Einsturz gebracht, wobei Dutzende von Menschen getötet und verwundet wurden. Auf der Strecke Hankau-Peking ist durch die Schneemassen ein Eisenbahnzug engleist. 36 Reisende kamen ums Leben, 72 wurden verletzt.

Mord in der Faschingsnacht.

Bei Neusand, in der Nähe von Lehenthal, wurde ein 17 Jahre altes Mädchen, namens Margarethe Müller aus Neusand, tot aufgefunden. Das Mädchen ist nach den Ermittelungen offenbar einem Mord in der Faschingsnacht zum Opfer gefallen. Die Leiche wurde zur Obduktion nach der Leichenhalle geschafft. Als mutmaßlicher Täter ist ein junger Mann aus der Umgebung verhaftet worden, der jedoch die Tat bestreitet.

Notrufe eines deutschen Dampfers

Der deutsche Dampfer „Anni Hugo Stinnes VI" sandte gestern gegen 10 Uhr SOS.-Rufe aus. Das Schiff war in der Nordbai, zwanzig Meilen westlich vom Borkum-Feuerschiff, leck gesprungen und bat um Hilfe. Der Bergungsdampfer „Ozean" ist von Terschelling und der Dampfer „Simson" von Borkum abgegangen. Um 11 Uhr teilte die „Anni Hugo Stinnes VI" mit, daß der Radiotelegraphist nunmehr die Schiffstation verlasse. Es wird daher angenommen, daß die Besatzung in den Booten das Schiff verlassen hat.

Nebelkatastrophe

Auf dem Lek-Fluß bei Sikkerveer (Holland) wurde am Donnerstag ein Passagierboot, auf dem sich 100 Personen, größtenteils Schüler aus Rotterdam, befanden, im dichten Nebel von einem Leichter gerammt. Da das Schiff bald nach dem Unglück zu sinken begann, entstand an Bord eine große Panik. Indes gelang es den von allen Seiten herbeifahrenden Hilfsbooten, die Gefährdeten zu retten und das gerammte Schiff an Land zu schleppen. Zahlreiches Vieh, das in den unteren Räumen des Bootes untergebracht war, ertrank.

Ein wilder Kanonier.

Die Bewohner des Berliner Westens wurden am Donnerstagabend durch einige heftige Kononenschüsse nicht wenig erschreckt. Die Schüsse, die von dem Balkon eines Hauses in der Pfalzburgerstraße abgegeben wurden, rissen mehrere Ziegel von den Dächern gegenüberliegender Häuser, verletzten aber glücklicherweise niemand. Der Schütze wurde verhaftet: es ist ein früherer Offizier namens Lautin; er behauptet, eine Kanone konstruiert zu haben, die ohne Pulver schießen soll. Eine Behörde, der er die Erfindung eingereicht habe, habe aber abschlägigen Bescheid erteilt. Er habe deshalb durch eine Demonstration beweisen wollen, daß sein Geschütz funktioniere. Offenbar hat der Erfinder, der im Krieg verschüttet gewesen war und seit einiger Zeit ein befremdendes Wesen zur Schau trug, in einem Anfall von Geistesverwirrung gehandelt.

Ermittlungen in der Brandenburger Mordsache

In der Mordsache des in seiner Wohnung durch mehrere Beilhiebe getöteten Schuhmachermeisters Eckert haben die neuesten Ermittelungen der Mordkommission ergeben, daß Eckert wahrscheinlich schon zwischen 6 und 6.30 Uhr nachmittags ermordet worden ist, während bisher angenommen wurde, daß er dem Mörder nach Ladenschluß zum Opfer gefallen ist. Die Polizei hat weiter festgestellt, daß am Mordtage nach 6.30 Uhr mehrere Kundinnen Eckerts ihre Schuhe abholen wollten. Als sie auf mehrfaches Klopfen an der Wohnungstür keine Antwort erhielten, nahmen sie an, daß er nicht zu Hause sei. Die eine dieser Kundinnen öffnete sogar die Tür zur Werkstatt, trat aber wieder in den Hausflur zurück, als sie sah, daß es in der Werkstatt dunkel war. Vermutlich war Eckert um diese Zeit schon ermordet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch der Mörder um diese Stunde noch im Zimmer war und nur die elektrische Birne herausgeschraubt hatte, als er die Haustür gehen hörte.

Mordfall Freudenhein vor der Aufklärung?

Das Beweismaterial gegen den unter dem Verdacht des Mordes an dem Berliner Rentier Freudenhein verhafteten Monteur Klein häuft sich immer mehr. Bis jetzt sind sämtliche Alibi Beweise Kleins als nichtig, sämtliche Erklärungen für die Herkunft der hohen Geldsumme, die er unmittelbar nach der Tat ausgab, als unwahr erwiesen worden. Außerdem ist Klein noch durch das Gutachten eines bekannten Schriftsachverständigen vom Polizeiwissenschaftlichen Institut schwer belastet. In der Wohnung des Ermordeten wurde ein beschriebener Zettel gefunden, den der Schriftsachverständige als von der Hand Kleins stammend erklärt.

Sechs Kinder verbrannt.

Wie dem Pariser „Journal" aus Hoyos (Spanien) gemeldet wird, sind sechs Kinder im Alter von 3 bis 7 Jahren, die von ihren Eltern, die sich auf den Markt begeben hatten, allein im Hause gelassen worden waren, durch eine Feuersbrunst ums Leben gekommen. Das Feuer dürfte dadurch entstanden sein, daß eines der Kinder mit Streichhölzern gespielt hat.

Noch ein Alsdorf-Opfer. In Kellersberg bei Alsdorf erschoß sich ein 17jähriger Bergmann, der bei dem großen Explosionsunglück auf Grube Anna II zwar unverseht geblieben war, aber alle seine Kameraden verloren hatte. Seit dieser Zeit plagte den jungen Mann Schwermut, die ihn jetzt in den Tod trieb.

Nazirübel. Mehrere junge Burschen verübten einen Anschlag auf die Heinrich-Heine-Buchhandlung in Hamburg, die anläßlich des 75. Todestages des deutschen revolutionären Dichters Festschmuck trug. Zwei der Täter, die die Fensterscheiben demolierten, wurden festgenommen. Einer ist Mitglied der NSDAP.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219310220-15/fragment/page=0011

Vereins-Kalender

der Ortsvereine der SPD., sozialistischen Frauen- und Jugendgruppen im Bezirk Halle-Merseburg / Bezirkssekretariat Halle a. S., Harz 42—44, Hofgeb. 2 Treppen. Fernruf 21029 und 35701 ◆ Ortssekretariat Halle a. S., Harz 42—44 Hofgebäude 2 Treppen. Fernruf 31030

Halle

Frauengruppe. Unser geselliges Beisammensein findet am Freitag, dem 20. Februar, abends 8 Uhr, im kleinen Volksparksaal statt. Die Jugend ist hierzu herzlichst eingeladen. Die Hel erinnen müssen um 6 Uhr erscheinen.

SAJ. Gesamtgruppe. Alle Genossinnen und Genossen treffen sich am Sonntag, dem 22. Februar, vormittags ½9 Uhr, im Jugendheim zum gemeinsamen Abmarsch zur Bezirkskonferenz. Fahnen zur Stelle (Fahrtenkluft). Erscheinen eines jeden ist Pflicht.

— Genossen, welche sich am Tanzkreis beteiligen, finden sich 19.30 Uhr im kleinen „Volkspark"-Saal zum Heiteren Abend der Republikanisch. Frauengruppe ein.

— Gruppe Süd. Freitag, den 20. Februar, gehen wir zur Freidenker-Versammlung in den „Volkspark". Es ist Pflicht, daß alle Genossen erscheinen.

Aus dem Bezirk

Merseburg. Sonntag, 22. Febr., vormittags 10 Uhr, Fortsetzung des Funktionärkursus.

— **Kinderfreunde.** Einen bunten Abend, verbunden mit dem schönen Filmwerk „Kinderrepublik Seekamp" veranstaltet die Gruppe am Sonntag, dem 22. Februar, 6 Uhr, im „Herzog Christian". Eltern, Freunde und Gönner sind herzlichst eingelad.

— **Arbeiter-Wohlfahrt u. Frauengruppe.** Montag, den 23. Februar, 20 Uhr, im „Herzog Christian" Vorstandssitzung.

Leuna. Freitag, den 20. Februar, im Jugendheim Parteiabend. Ref. Genossin Schob (Halle).

Wettin. Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Stern" Generalversammlung. Gen. Betich (Halle) ist anwesend. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Dommitzsch. Freitag, den 20. Febr., abds. 7 Uhr, im Lokal „Stadt Potsdam" Mitgliederversammlung. Wahl des Vorstandes. Vollzähliges Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

Eilenburg. Sonnabend, 21. Febr., 20 Uhr, im „Volkshaus" Funktionärsitzung. Erscheinen aller ist notwendig.

Liebenwerda-Torgau-Schweinitz. Sonnabend, den 21. Febr., 18 Uhr pünktlich, im „Kaiserhof" zu Falkenberg wichtige Unterbez.-Vorstandssitzung. Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner e. V.

Ortsverein Halle.

Sonntag, den 22. Februar, 12 Uhr, im großen Saale des „Volkspark" Gründungsfeier. (Siehe auch Inserate und lokale Hinweise.) Die Abteilungen sammeln sich in folgenden Lokalen: 2. Abteilung Restaur. Emmer, Eichendorffstr.; 5. Abteilung Eisenbahner-Haus, Dryanderstr., 10.30 Uhr; 1., 3. und 4. Abteilung „Gewerkschaftshaus", 11 Uhr. Abmarsch vom „Gewerkschaftshaus" pünktlich 11.30 Uhr. Der Vorstand.

Abteilungskassierer: Freitag abend von 6.30 Uhr Abrechnung im Büro.

Ortsverein Ammendorf.

Kameraden, wir nehmen geschlossen an der Gründungsfeier des Reichsbanners im „Volkspark" Halle am 22. Februar teil. Treffpunkt um 10 Uhr an der Ecke Schachtstraße.

Ortsverein Leuna-Rössen.

Aus Anlaß des siebenjährigen Bestehens des Reichsbanners findet am Sonntag, dem 22. Februar 1931, 17 Uhr, im Gasthaus „Heiterer Blick" eine Mitgliederversammlung statt. Thema: „Gegen die Nazipest — für die demokratisch-soziale Republik". Referent Kamerad Tenhagen. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Mein ärztliches Hausbuch
Ein modernes und übersichtliches Hausarzt-Buch
von Dr. Th. Robert, H. Döhler und anderen.
Neuzeitliche Heil-Methoden durch Biochemie, Homöopathie Pflanzen- und Naturheilmittel.
Mit Anhang: **Erste Hilfe bei Unglücksfällen**
346 Seiten mit vielen Abbildungen. Ganzleinen.
Preis 4,80 Mk.
Zu beziehen durch die **Volksblatt-Buchhandlung** Halle a. S., Gr. Ulrichstr 27

Rheuma ischias, Hexenschuß, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerzen), Gicht. Gern teile ich kostenlos ein einfaches Mittel mit, das mir und zahlreichen Patienten in kurzer Zeit half. Ueber 4000 Dankbriefe. (Ich verkaufe nichts). Krankenschwester Margret Beber, Wiesbaden H 13

Stadttheater
Heute, Freitag, 16—18¾ Uhr: Gastspiel d. Max- und Moritzbühne in 3 Opel durch die Welt. **Max und Moritz** 6 lustige Bubenstreiche nach Wilhelm Busch.
20—23 Uhr: **Die Jüdin** Oper von J. Halévy.
Sonnabend, 16—18½ Uhr: Gastspiel d. Max- u. Moritz-Bühne **Max und Moritz**
20—23¾ Uhr: **Tannhäuser** von Rich. Wagner.

Thalia-Theater
Sonnabend: 20—22½ Uhr: **Der Mustergatte** Schwank von A. Hopwood
Sonntag, 20—22½ Uhr: **Wetten, daß ...?!!** Komödie von Herm. Richter.

Und abends? in **Koch's Künstlerspiele**
Ein konkurrenzlos. **Kabarett-Programm** was jedermann sehen muß!
Ohne Eintrittsgeld Sonnabends und Sonntags nur 50 ₰ Neu!

Immer am billigsten
Metallbetten 14,— 17,50 21,—
Holzbetten 20,— 25,— 30,—
Matratzen
Auflieger, dreiteil. mit Keil 14,50 16,— 19,— 22,—
Stahldrahtmatr. 11,50 15,— 17,—
Auf Wunsch Zahlungserleicht. Transport frei.
Bettenhaus **Bruno Paris** Halle a. S.
Kl. Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9 3 Min. vom Markt

Knoblauch-Rohsaft Fl. 1,60, empf. Edelkosthaus **Frugisana** am Stadtbad

Musikalien bei 6815 **Arno Rammelt** Barfüßerstr. 12 langj. Mitarb. der Fa. Reinh. Koch

Monogramm- u. Maschinen-Stickereien aller Art sauber und preisw. **Gust. Lerche** Kl. Ulrichstr. 33

Gebr. Chaiselongue, kleiner Schrank zu kaufen gesucht. **Trabert,** Kl. Ulrichstr. 5

Lumpen Wolle, Knochen Zeitungen kauft **A. Bode jr.** Gr. Klausstraße 22

Walhalla
Der Bomben-Erfolg: **Schwarzwaldmädel**
Operette in 3 Akten. In der Titelrolle **Mimi Vesely** und die **große Starbesetzung** vom Apollo-Theater Wien.
Sonntag nachmittag 4 Uhr kleine Preise ab 50 Pfg.

Café Freischütz
Inh. H. Hartung, Kl. Ulrichstr. 20
Täglich Künstler-Konzert
Streng reelle, saubere Bedienung
Vom Besten das Beste, dafür bürgt mein Name!
Geöffnet täglich von 15 bis 3 Uhr
Neudekoriert!

IV. Städt. Sinfoniekonzert
im „Stadtschützenhaus"
Montag, 23. Februar, 20 Uhr
Leitung: Generalmusikdirektor E. Band
Solisten:
Edmund Meinhardt (Klavier)
Alexander Petschnikoff (Violine)
Armin Liebermann (Cello)
Vortragsfolge:
VI. Sinfonie (Pastorale) F-Dur op. 68 Ludwig van Beethoven
*) Triplekonzert (Episodes concertantes) op. 45 f. Klavier, Violine, Violoncello u. Orchest. Paul Juon
„Geschichten aus dem Wiener Wald", Walzer Johann Strauß
Konzertflügel: Blüthner vom Pianohaus B. Döll, Gr. Ulrichstraße 33
*) Erstaufführung
Oeffentliche Hauptprobe Sonntag, den 22. Februar, 11 Uhr
Preise: Siehe Plakat - Vorverkauf: Kasse des Stadttheaters Abendkasse: Saaleingang

Staubfreie Ofenreinigung Wilhelmstraße 44 Tel. 314 92

Beste Ware Wenig Geld
Cocosspeisefett	Pfd.	45
Gute Margarine	Pfd.	42
Alpen-Limburger	Pfd.	40
Reiner Honig	Pfd.	110
Feinste Salami	Pfd.	160
Frische Eier	Stück	8

FKH
BUTTER KRAUSE

Elektrisch kochen macht Freude am Kochen!
Für die Zeit vom 1. bis 19. März 1931 wird die aus ihren Vorträgen bestens bekannte Frau Ettlinger zur Abhaltung von Kochkursen zur Verfügung stehen.
Wir bitten alle Hausfrauen, die schon elektrisch kochen oder sich dafür interessieren, um Angabe ihrer Anschrift. Wir werden dann Zeit und Ort der Kochkurse bekanntgeben.
Werke der Stadt Halle Aktiengesellschaft.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsverein Halle a. S.
Sonntag, den 22. Februar 1931, mittags 12 Uhr, im großen Saal des „Volkspark":
Gründungsfeier
verbunden mit Verpflichtung der Schutzformation.
Zutritt haben nur Mitglieder republikanischer Parteien und Verbände, die auf dem Boden der Weimarer Reichsverfassung stehen

Herabgesetzte Preise **Schlafzimmer**
1050,- 920,- 810,- 750,- 680,- 550,- 350,-
Große Auswahl
Gebr. Jungblut Albrechtstr. 37

Eilenburg-Torgau
Mäntel, Kleider das Neueste, bekannt billig
Gülsdorf Nachf. **Müller** Leipziger Straße 52

Kreis Liebenwerda
Kaffee und Restaurant Hauptvogel Pleßa empfiehlt seine Lokalitäten
Schuhwaren gut und preiswert. Maß- und Reparatur-Werkstatt. **E. Lehmann** Neuburxdorf
Otto Paul, Hohenleipisch, **Brot- Weiß- und Feinbäckerei.**
F. SCHULZ Neu-Dobra bringt seinen **Gärtnereibetrieb** sow. **Kranzbindereien** aller Art zur Empfehlung
Likörfabrik, Kolonialwaren, Drogen, Farben und Bauartikel. Größtes u. ältestes Geschäft am Platze.
L. A. Richter, Hohenleipisch.

Kleine Anzeigen haben großen Erfolg

Nicht **1×** sondern ständig müssen Sie inserieren! Denn je öfter Ihr Inserat erscheint, desto bekannter werden Sie, und desto umfangreicher Ihre Kundschaft!

KAMERAD IM WESTEN
Ein Bericht in 221 Bildern mit einem Vorwort und 2 Kartenskizzen
Aus über 300 000 Originalaufnahmen die stärksten und eindruckvollsten Bilder
Preis: Gebunden 6 Mark
Zu beziehen durch: **Volksblatt-Buchhandlung** Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27

Rekord der Verbilligung!

MÖBEL
jetzt besonders billig
Bei Barzahlung 20 Proz. Rabatt
Teilzahlung. Lieferung überall hin
Möbel-Fabrikniederlage GUSTAV GAA
Merseburg, Neumarkt 22
Alfred Osang

Stadtforst Halle.

Am Montag, dem 23 Februar 1931, 10 Uhr, findet in der Gastwirtschaft „Waldkater" ein Brennholzverkauf statt. Es werden ausgeboten aus den Jagen 81, 82, 84, 95 und 96 aus der Heide:
Eichen 35 rm Scheit, 2 rm Knüppel, 1 rm Reis I;
Kiefern: 16 rm Scheit, 45 rm Knüppel, 5 rm Reis I.
Barzahlung im Termin. 941

Heidedezernat.

Gaststätten die sich empfehlen.
Annaburg:
Gastwirtschaft **Hoppe,** Feldstraße
Eilenburg:
„**Kaffee Bismarck**" (Martin Kohlmann)
„**Stadthalle**" (E. Kühnemann), Bahnhofstraße
„**Reichskanzler**" (A. Henze), Torgauer Straße
„**Zum Lindengarten**" (Schiller), Dübener Str.
„**Reichskrone**" (O. Winkler), Wurzener Landstr.
„**Volkshaus**", (Kühnemann), Mühlplatz
Gasthof Muldental Rud. Schäfer)
„**Zum Bergschlößchen**" (Artur Bertram)
Delitzsch:
„**Elberitzmühle**" (Franz Ohme)
„**Goldene Kugel**", Grünstraße 3.
„**Lindenhof**", Grünstraße 48.
„**Nordschlößchen**" (G. Eschke), Nordplatz 12
„**Goldener Ring**", Markt 22.
Kreischau bei Torgau:
Gasthof und Gartenlokal **Karl Seidel**
Plößkuff (Kreis Torgau):
Restaurant Schneidemühl
In Schildau:
„**Zur guten Quelle**" (W. Naumann)
Torgau:
Restaur. „Bürgergarten" (Hans Zwiebel
Jede Zeile kostet monatlich **1,— Mark.**
Der Betrag wird mit dem Bezugsgeld eingezogen.

Laden mit Ladenstube passend für eine Gemüse-, Obst- und Südfruchthandlung, per sofort billig zu vermieten. Offert. unt. **H. O. 535** bef. **Rudolf Mosse, Halle a. S.**

F·E·M Zigarren sind die besten! Eigene Fabrikation **Friedrich Ey** Merseburg, Bismarckstraße 38

Warum wollen Sie für fachmännisch genau geprüfte Schweizer **Qualitäts-Uhren bis 50%** mehr bezahlen als bei uns?
Diese Vorteile bieten wir durch direkten Einkauf ab Fabrik und durch Vermeidung hoher Kosten für Ladenmiete usw.
Ein Beweis unserer Leistungsfähigkeit:

Echte Silber-Lunette, 10 Steine **7.50**
Echt Silber, 800 gest., 10 Steine **10.-**
Gold-Doublé, 10 J. Gar., 10 St. **11.-**
Echt Gold, 585 gest., 10 Steine **17.75**
Echt Gold, 585 ff. Ankerwerk **22.75**

Platinin, 10 Steine m. Lederbd. **11.00**
Echt Silber, 800 gest., 10 Steine **12.75**
Gold-Doublé, 10 J. Gar., 10 St. **14.75**
Echt Silber, 800 ff Ankerwerk **15.75**

Platinin, 10 Steine, Leuchtzahl. **13.–**
Echt Silber, 830 gest., 10 St. **13.75**
Dieselbe, ff. Ankerwerk, 15 Rub. **19.75**
Armbanduhren mit minderwertigen Werken ohne Steine führen wir nicht
350 Muster 5–300 Mark
Eigene Reparatur-Werkstätte
Uhrenhaus Präzision G. m. b. H.
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63
Verkaufsstellen:
Leipzig, Neumarkt 24
Dresden, Amalienstraße 13
Magdeburg, Breiter Weg 36
Hannover, Bahnhofstraße 6/7
Breslau, Schweidnitzer Straße 54
Katalog mit 24 Uhren gratis durch uns Zentrale Dresden, Amalienstr. 13
Direkter Versand an Private

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219310220-15/fragment/page=0012